

ORIENTIERUNGEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND GESELLSCHAFTSPOLITIK

121

September 2009



- **Bundestagswahl 2009**
Aufgaben der neuen Bundesregierung
- **Abbau der Staatsschulden**
Ein Plädoyer gegen Steuererhöhungen
- **Auswirkungen der Finanzkrise**
in Großbritannien und Frankreich
- **Liberale Ökonomen**
Widerstand gegen den Nationalsozialismus
- **Wilhelm Röpke**
und die christliche Soziallehre
- **Ludwig-Erhard-Preis**
für Wirtschaftspublizistik 2009

Inhalt

Ordnungspolitische Positionen

*Mitglieder der
Ludwig-Erhard-Stiftung*

Zur Bundestagswahl 2009

Was muss die nächste Bundesregierung tun? 2

Staatsverschuldung

*Heinz Gebhardt/Rainer Kambeck/
Christoph M. Schmidt*

Keine Steuererhöhungen! – Schuldenabbau
durch Wirtschaftswachstum und Einsparungen 21

Finanzkrise

*Rainer Hillebrand/
William E. Paterson*

Wie geht es den Briten in der Finanzkrise? 26

Henrik Uterwedde

Frankreich und die Finanzkrise:
Interventionismus und Strukturreformen 33

Buchbesprechung

Lars Vogel

Ökonomische Theoriegeschichte mit Methode –
Zu einem Buch von Bernd Ziegler 40

Historische Betrachtungen

Philip Plickert

Liberale Ökonomen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus . . . 41

Manfred Spieker

Wilhelm Röpke und die christliche Soziallehre 51

Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik 2009

Ursula Weidenfeld

Laudationes II

Rainer Hank

Shylocks Erbe – Was wir von Shakespeare
über die Finanzkrise lernen können V

Martin Wolf

Globalisierung nach der Finanzkrise XI

Es gähnt ein Loch in der Wohlstandsrechnung

Zukunft: In politischen Debatten ist viel die Rede von der nächsten Generation. Das passt ins Bild des fürsorgenden Staates einer Gesellschaft mit zeitlich weit gespannter Wohlfahrtsperspektive. Störend oder gar verstörend wirkt indessen, was die Deutschen von den Finanzen ihres Staates zu erwarten haben: wachsende Schulden oder steigende Steuern; sinkende Leistungskraft der Sicherungskollektive oder sprunghaft steigende Beiträge. Eine gesicherte Zukunft, in der der Staat eine helfende Rolle spielt, sieht anders aus. Zu wünschen wäre, dass sich in der neuen Legislaturperiode ein Wettbewerb um die Solidität der Staatsfinanzen entfaltet.

Die Staatsschuld lag im Jahr 2008 noch bei knapp 66 Prozent des Bruttoinlandsprodukts; in diesem Jahr wird sie wohl dicht an die Marke von 75 Prozent heranwachsen. Und damit ist noch kein Schuldengipfel erreicht: Im Jahr 2009 wird sich die Staatsschuld auf bis zu 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen. Es setzt dann eine „Stabilisierungsphase“ bis zum Jahr 2013 ein. Die Schuld wird in dieser Phase aber nicht geringer: Sie steigt nur noch „geringfügig“ auf 82 Prozent. In welche Zahlendimension der fiskalischen Unordnung die öffentlichen Finanzen dann vorgestoßen sein werden, zeigt eine Vergleichszahl: Der schon üppig bemessene Referenzwert des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes liegt bei 60 Prozent.

Aus heutiger Sicht wirkt der Wert wie eine Zahl aus Zeiten fiskalischer Knausrigkeit. Dennoch beziffert sich auch in ihr eine Vorbelastung der Zukunft, die mit Verantwortung für die Zukunft des Gemeinwesens und für die Bürger, die es bilden, nicht zu vereinbaren sind. Und die Zinslast der Staatsschuld ist nicht die einzige Hypothek, die von der nachrückenden Generation zu bedienen ist. Hohe Lasten ergeben sich aus der Alterung der Gesellschaft. Die „Stiftung Marktwirtschaft“ beziffert diese implizite – am anschaulichsten übersetzt wohl mit „verdeckte“ – Nachhaltigkeitslücke auf etwa 185 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das wären sechs Billionen Euro.

Es gähnt ein Loch in der Wohlstandsrechnung. Das wird zum Risiko nicht nur derjenigen, die auf ein finanzwirtschaftlich zuverlässig basiertes Sozialsystem angewiesen sind, weil der Gesetzgeber sie in dieses System hineingezwungen hat: in fürsorglicher Absicht, aber für die Masse der Bevölkerung eben auch mit der Folge, dieser Vorsorgeeinrichtung auf ihrer Einnahmeseite und auf ihrer Ausgabenseite überantwortet zu sein. In diesem System weht ein wirtschaftlicher Wechselwind. Mit der Entscheidung, das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre anzuheben, hat die Große Koalition die Nachhaltigkeitslücke zunächst verringert. Dieser Effekt ist aber mittlerweile schon durch weitere Manipulationen verbraucht. Schier unkalkulierbar würde das Risiko der Nachhaltigkeitslücke, wenn die Idee Wirklichkeit würde, die Renten von der Lohnentwicklung abzukoppeln.

Hans D. Barbier

Was muss die nächste Bundesregierung tun?

Mitglieder der Ludwig-Erhard-Stiftung nehmen Stellung

Klaus Büniger, Königswinter

■ Wer eine Politik für mehr Beschäftigung will, der muss Wachstum und Investitionen fördern, der muss Leistungsträger ermutigen, der muss Steuern und Abgaben senken, damit sich Leistung und Risikobereitschaft wieder lohnen.

Steuersenkungen sind wegen der desolaten Haushaltslage aktuell nicht möglich. Das Potenzial dafür muss sich die Politik erst erarbeiten. Das bedeutet nicht wie bisher Konsolidierung über höhere Steuern, sondern über eine strikte, nachhaltige Haushaltsdisziplin. Senkung der Abgaben bedeutet Reform der sozialen Sicherungssysteme. Mit den Hartz-IV-Reformen wurde der richtige Weg beschritten, mit der Verlängerung der Zahlung von Arbeitslosengeld I oder der wiederholten Aussetzung der Rentenformel inzwischen aber leider wieder verlassen.

Wer eine Politik für mehr Beschäftigung will, der muss den Arbeitsmarkt flexibilisieren. Geboten wäre vor allem eine Reform des Kündigungsschutzes und des Tarifvertragsrechts (zum Beispiel Änderung des Günstigkeitsprinzips, der Nachwirkungsklausel von Tarifverträgen oder von Allgemeinverbindlichkeits-erklärungen). Besonders nachteilig wirken sich die staatlichen Mindestlöhne aus. Sie erhöhen das Risiko von Arbeitslosigkeit für die Schwächsten der Gesellschaft, hebeln die Tarifautonomie aus und dienen der Absicherung von Monopolen.

Gefordert ist eine Stärkung des Wettbewerbs. Tatsächlich aber kennzeichnet punktueller industriepolitischer Aktionismus die Politik, oder es werden Monopole abgesichert (Deutsche Post). *Ludwig Erhard* hat davor gewarnt, den Staat vom Schiedsrichter zum Mitspieler mutieren zu lassen. Bei Opel ist die Politik in diese Falle gelaufen.

Wer mehr Beschäftigung verspricht, muss sagen, wie er das erreichen will. Das aber wird meist verschwiegen. Verlangt sind viel Kraft und politischer Mut. Viel Unpopuläres muss in Angriff genommen werden – im Interesse all derjenigen, die Beschäftigung suchen oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind.

Prof. Dr. Wilhelm Bürklin, Potsdam

■ Die Kernaufgabe der nächsten Bundesregierung wird darin bestehen, den Staatshaushalt zu sanieren, die Verschuldung zu bremsen und Deutschland wieder auf einen Pfad nachhaltigen Wirtschaftswachstums zurückzubringen.

Die noch immer zu geringe Investitionstätigkeit der Unternehmen muss verbessert werden. Flankierend dazu gilt es, die anhaltend schwache Binnen- nachfrage zu stärken, indem den Bürgern „mehr Netto vom Brutto“ belassen wird. Ansatzpunkte dazu bieten das Steuerrecht sowie die Haushalts- und Arbeitsmarktpolitik. Nur mit einer konsequenten Wachstumsagenda werden sich zum Ende der Legislaturperiode auch wieder neue Handlungsspielräume zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovationen eröffnen.

Die Wirtschaftskrise hat den Finanzbedarf der öffentlichen Haushalte drastisch erhöht. Bei einer Staatsquote von mittlerweile fast 50 Prozent müssen alle Staatsaufgaben auf den ordnungspolitischen Prüfstand. Dazu sollte die 2003 vorgelegte „Koch-Steinbrück“-Liste zum Subventionsabbau aktualisiert und rasch umgesetzt werden. Die Haushaltskonsolidierung muss dem Grundsatz folgen, die konsumtiven Staatsausgaben zugunsten der investiven zurückzuführen.

Das Steuersystem ist so zu gestalten, dass es leistungsbereite Bürger entlastet und zu mehr Wachstum und Beschäftigung beiträgt. Dazu sollten bei der Einkommensteuer die kalte Progression beseitigt und die Einkommensgrenze, ab der der Höchststeuersatz greift, angehoben werden; bei der Unternehmenssteuerreform müssen die krisenverschärfenden Regelungen korrigiert werden (beispielsweise die Zinsschranke). Um den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren und dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen, sollte die Debatte um Mindestlöhne neu geführt werden mit dem Ziel, diese durch Kombilohnmodelle zu ersetzen.

Diese Korrekturen werden sich ohne radikale Verwerfungen umsetzen lassen, wenn sie der Bevölkerung von einer ordnungspolitisch standfesten Regierung als die überlegene Alternative erläutert werden. Das Vertrauen der Deutschen in die freiheitliche Wirtschaftsordnung muss gestärkt werden, damit die Staatstätigkeit auf die unbedingt notwendigen Aufgaben zurückgeführt werden kann.

Dr. Hans Daniels, Bonn

■ In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise wird wieder mehr nach dem Staat gerufen. Das hat für die Rahmenbedingungen der Finanzwirtschaft seine Berechtigung.

Verfehlt ist jedoch der Ruf nach mehr Staat in der sogenannten Daseinsfürsorge. Aus meiner Erfahrung als Oberbürgermeister der Stadt Bonn weiß ich: Bei der Erstellung von Gütern und Dienstleistungen ist die private Wirtschaft leistungsfähiger als der Staat. In der Privatwirtschaft ist der wirtschaftliche Erfolg der Motor der Leistung. Öffentliche Arbeitgeber haben höhere Personalkosten, weil sie bei Tarifverhandlungen weniger Widerstandskraft aufbringen als private, deren Existenz unter Umständen davon abhängt.

Selbst wenn die öffentliche Hand Art und Umfang der Leistungen und die Höhe der Entgelte selbst festlegen will, wie etwa beim öffentlichen Personennahverkehr, braucht sie nicht die Leistungen selbst zu erstellen, etwa Omnibusse kaufen und Fahrer einstellen. Sie kann private Unternehmen damit beauftragen, die in der Regel kostengünstiger sind. Werden die Entgelte aus politischen Gründen niedriger festgesetzt als die Kosten, kann die Differenz aus Steuermitteln finanziert werden.

Auch bei öffentlichen Investitionen zur Konjunkturbelebung ist zu bedenken: Was aus Steuern oder öffentlicher Verschuldung finanziert wird, unterliegt nicht dem heilsamen Ausleseprinzip des Marktes, der auf die Dauer nur das produziert, was gebraucht wird und freiwillige Käufer findet. Die öffentliche Hand ist immer in Gefahr anzubieten, was gar nicht gefragt ist.

Dr. Julia Dingwort-Nusseck, Hamburg

■ Was die neue Bundesregierung tun muss? – Mut zeigen! Mut zu politischen Rahmenbedingungen in Verantwortung für die kommenden Generationen.

Nötig sind: die Schaffung von Leistungsmöglichkeiten, indem das Angebot an Arbeitsplätzen stimuliert wird, statt es durch Reglementierungen zu behindern; die Erhöhung von Leistungsbereitschaft durch den Kampf gegen Missbrauch staatlicher Leistungen sowie Verminderung der Schattenwirtschaft durch einfache und leistungsgerechte Steuern; die Verbesserung der Leistungsfähigkeit durch größere Bildungschancen.

Mut ist nötig für schmerzhafteste Entscheidungen in der Gegenwart. Der Abbau von Subventionen und der Abbau von Bürokratie im Sinne eines schlanken Staats sind nur zwei Beispiele.

Mut gehört auch dazu, getroffene Entscheidungen, welche die Zukunft belasten, als Fehler zu benennen: Konjunkturpaket II (da es vermutlich prozyklisch wirkt), Rentengarantie, Abwrackprämie, Mindestlöhne, Staatshilfen für Unternehmen, deren Schwäche nicht durch die Krise entstand, sondern nur dadurch aufgedeckt wurde.

Das klingt radikal und vielleicht auch banal. Vor über 60 Jahren hat ein Einzelner den Mut aufgebracht, sein Amt und sogar seine Freiheit zu riskieren, um das Richtige für die Zukunft zu tun: die Soziale Marktwirtschaft einzuführen – der Gründer und Namensgeber der Ludwig-Erhard-Stiftung. Ich will glauben, dass Exekutive und Legislative nach der Wahl den Mut haben werden, unseren Nachfahren eine Zukunft mit Arbeitslosigkeit, erwürgenden Steuern und Abgaben sowie Inflation zu ersparen.

Prof. Dr. Johann Eekhoff, Bonn

■ Verschuldung ohne Investitionen ruiniert die Wirtschaft und belastet künftige Generationen. Eine vierköpfige Familie zahlt künftig im Durchschnitt jeden Monat rund 300 Euro Zinsen. Um diese Belastung tragen zu können und wenigstens die Neuverschuldung auf null zu bringen, kommen Steuererhöhungen nicht in Betracht. Vielmehr kommt es darauf an, die wirtschaftliche Leistung zu steigern. Dazu ist es notwendig, verstärkt Kapital zu bilden, insbesondere risikotragendes Eigenkapital, und die insgesamt jährlich geleisteten Arbeitsstunden in nicht subventionierten Arbeitsverhältnissen kräftig auszuweiten. Die Schweizer erbringen etwa 30 Prozent mehr Arbeitsstunden pro Kopf der Bevölkerung.

Prof. Dr. Gerhard Fels, Bergisch Gladbach

■ In Russland verabreicht man Patienten, die sich mit Methylalkohol vergiftet haben, Wodka als Therapie. Die Leber bevorzugt offenbar den weniger giftigen Stoff und hält dadurch die hochtoxische Substanz von sich fern. Auch in der aktuellen Krisenbekämpfung war die Politik gezwungen, unreine, an sich schädliche Instrumente einzusetzen: exzessive Staatsdefizite, übermäßige Vermehrung von Zentralbankgeld, Abwrackprämien oder sogar gezielte Verstaatlichungen. Die Rezession scheint nun zum Ende zu kommen. Auf die Therapie muss jetzt die Entwöhnungsphase folgen. Der Staat muss sich allmählich wieder auf das Vor-Krisen-Niveau zurücknehmen. Ordnungspolitik verlangt aber auch, dass die Regeln für die Finanzmärkte weniger krisenanfällig gestaltet werden. Mittelfristig stehen vor allem ein effizienteres Steuersystem, ein flexiblerer Arbeitsmarkt, bessere Bildungsangebote und mehr Klimaschutz auf der Agenda. Nur so kann man dem Problem der Arbeitslosigkeit zu Leibe rücken.

Heike Göbel, Frankfurt am Main

■ Es ist an der Zeit, das Krisenregiment zu beenden und Schluss zu machen mit der Berufung auf Ausnahmen. Die neue Bundesregierung sollte bei allem, was sie tut, darauf achten, Regeln und Institutionen einer Marktwirtschaft wieder zu respektieren und ihnen damit neue Geltung zu verschaffen. Das Hauptaugenmerk wäre auf mehr Bescheidenheit des Staates zu richten: Er sollte sich aus den Wirtschaftsfeldern, in die er sich im Namen des Krisenmanagements begeben hat, wieder zurückziehen; insbesondere im Bankensektor bleibt rein privaten Instituten derzeit kaum Luft zum Atmen. Aber auch die Not- und Bürgschaftsprogramme für die übrige Wirtschaft sowie die – auch unter dem Mantel des Klimaschutzes – wild wuchernde Industriepolitik müssen zurückgenommen werden. Das schafft auch Spielräume in den öffentlichen Haushalten und trägt zur Einhaltung der Schuldengrenzen im Grundgesetz sowie im Maastricht-Vertrag bei. Beides ist dringlich, denn von der Schuldenpolitik gehen Gefahren für die Währung aus. Eine stabile Währung aber ist die unverzichtbare Basis für wirtschaftliche und politische Stabilität.

Dr. Hansjörg Häfele, Bad Dürkheim

■ Man spürt es: „L'Allemagne profonde“ ist sich über unsere Lage im Klaren. Es glaubt nicht an kurzfristige Scheinlösungen.

In der neuen Krise dürfen Verführer, welche nur Marktversagen erkennen und noch mehr Staat wollen, nicht die Oberhand gewinnen. Die Krise ist im Kern eine Folge von Maßlosigkeiten fast überall. Mehr denn je gilt: Maßhalten im Sinne *Ludwig Erhards*! Wir alle müssen wieder bescheidener werden. Die Großtuerei auf vielen Ebenen, auch bei Mammut-Konferenzen und Feierlichkeiten, ist von gestern.

Der erste Vertrauen schaffende Schritt zur Bändigung der erschreckenden Staatsverschuldung muss sein: Die öffentliche Hand darf auf keinem Feld zusätzliche Ausgaben vorsehen, ohne andernorts zu streichen oder zu kürzen. Bei den Steuern müssen vorrangig die heimlichen Steuererhöhungen gestoppt

werden – als Signal, dass Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft Grundlagen zur Wiedergesundung sind.

Ursula Heinen MdB, Berlin

■ Die Ausgangssituation ist schwierig: eine Wirtschaftskrise, die noch nicht überwunden ist und deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt noch nicht absehbar sind, sowie eine öffentliche Verschuldung, die im Zuge des Konjunkturprogramms deutlich gestiegen ist.

Nur die Soziale Marktwirtschaft ist die Antwort auf die derzeitige Situation. Deshalb wollen wir die Belastung gerade der Leistungsträger unserer Gesellschaft mindern. Die öffentlichen Haushalte müssen konsolidiert werden, indem die beschränkten Mittel auf Innovationen, Bildung und Zukunftsinvestitionen konzentriert werden. Und das soziale Netz muss so gestaltet werden, dass es mehr Wettbewerbselemente erhält und sich auf das wirklich Notwendige beschränkt.

Dr. Bernhard Heitzer, Bonn

■ Das Vertrauen in die Wirkkraft des Wettbewerbs schwindet in vielen Teilen der Gesellschaft. Um gegenzusteuern, muss die Bundesregierung klaren ordnungspolitischen Kurs halten und Vertrauen in den Wettbewerb fördern.

Bei politischen Entscheidungen wird das Wettbewerbsprinzip teilweise hinter realen, manchmal auch vermeintlich übergeordneten Sachzwängen zurückgestellt. Es ist daher unerlässlich, dem Wettbewerb bereits im Gesetzgebungsprozess eine neutrale Lobby zu verschaffen. Die Bundesregierung sollte sich daher für ein Stellungnahmerecht des Bundeskartellamtes in wettbewerbspolitisch relevanten Gesetzgebungsangelegenheiten einsetzen.

Weiterhin darf es keine erneute Sektoralisierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen geben. Der Gesetzgeber hat in den letzten Jahren mit guten Gründen Ausnahmen zurückgefahren. Ordnung muss sein! Ausnahmetatbestände begünstigen volkswirtschaftlich schädliche wettbewerbliche Fehlentwicklungen. Ein Beispiel ist der Gesundheitssektor mit § 69 SGB V, in dem die Beziehungen der Krankenkassen mit den Leistungserbringern geregelt sind. Hier tut mehr Wettbewerb not. Die Bundesregierung sollte daher mit entsprechender Gesetzesinitiative aktiv werden.

Dr. Klaus Hieckmann, Magdeburg

■ Vor der nächsten Bundesregierung steht die schwierige Aufgabe, Deutschland für die Herausforderungen des globalen Wettbewerbs gut aufzustellen – und dies im europäischen Kontext.

Diese Aufgabe ist überhaupt nur lösbar, wenn die gigantische Verschuldung, deren Größe ohnehin nur schwer zu erfassen ist, beherrscht wird. Dies wiederum gelingt nur, wenn Begriffe wie Nachhaltigkeit und Wertschöpfung in ihrer komplexen Bedeutung ernst genommen werden.

Moderne Wohlstandsgesellschaft, nicht Konsumgesellschaft muss das Ziel in einer Sozialen Marktwirtschaft sein. Die Bereiche Bildung, Wissenschaft, Umwelt und medizinische Versorgung setzen wesentliche Schwerpunkte für die strategisch-politische Arbeit. Dies umzusetzen, erfordert Berechenbarkeit und Mut. Beides wünsche ich der neuen Bundesregierung.

Walter Hirche, Hannover

■ Der Staat muss seine Aufgabe als Regelsetzer und Schiedsrichter entschiedener wahrnehmen, statt als Akteur ins Wirtschaftsgeschehen einzugreifen. Internationale Vereinbarungen über Transparenz und Kontrolle der Finanzmärkte sind zur Herstellung neuen Vertrauens dringend nötig.

Eine Steuerreform mit konsequenter Vereinfachung und Steuerentlastungen muss für neuen Schwung sorgen. Korrekturen der Erbschaftsteuer und der Unternehmenssteuer gehören dazu wie eine realitätsnahe Maut. Private Finanzierungsmodelle können Engpässe im Verkehr beseitigen. Verkauf oder Verpachtung des Autobahnnetzes bei Aufrechterhaltung der Staatshoheit können Geld in die Kassen zur notwendigen Finanzierung einer qualitativ besseren Bildungs- und Forschungsinfrastruktur bringen.

Eine „Strategie für nachhaltige Innovationen“ unter Berücksichtigung des Klimawandels, der demographischen Entwicklung und des weltweiten Trends zur Wissensgesellschaft ist durchzusetzen. Dazu gehört, Strukturreformen ohne neue Steuergelder zu realisieren. Die Reform des Gesundheitsbereichs in Richtung Wettbewerb und Wahlfreiheit bei Sicherung der Grundversorgung, aber auch eine langfristig solide Neujustierung des Rentensystems haben die gleiche Bedeutung wie eine Haushaltspolitik ohne neue Schulden für nachfolgende Generationen.

Dr. Werner Hoyer MdB, Berlin

■ Die kommende Bundesregierung muss unbedingt dafür sorgen, dass deutsche Wirtschaftspolitik sich wieder auf ordnungspolitische Grundprinzipien besinnt. Denn nur eine Soziale Marktwirtschaft im Sinne ihrer Gründungsväter *Walter Eucken*, *Ludwig Erhard* und *Alfred Müller-Armack* hat es auch verdient, sich als solche zu bezeichnen. Ein Staat, zu dessen Selbstverständnis es gehört, sich als Wohltäter für untergehende Großkonzerne Sympathien zu erkaufen, ist alles andere als sozial. Er handelt nicht im Interesse der Nachhaltigkeit und begeht so eine Ungerechtigkeit gegenüber nachfolgenden Generationen.

Die Wirtschaftskrise hat eine Verschwendung von Steuergeldern in bisher nicht gekanntem Ausmaß nach sich gezogen. Diesen Trend gilt es umzukehren. Denn nur ein Staat, der, wie *Ludwig Erhard* zu sagen pflegte, Schiedsrichter ist und nicht Spieler, kann es sich auch langfristig leisten, sozial zu sein.

J. Jürgen Jeske, Frankfurt am Main

■ Wer vor dem Mauerfall den kommunistisch regierten Teil Deutschlands verlassen hat, um in einem freiheitlich verfassten Deutschland zu leben, möchte keine sozialistische, keine kollektivistische Wirtschaftspolitik mehr erleben. Auch die Krise rechtfertigt einen solchen Irrweg nicht. Von einer neuen Bundesregierung ist daher vor allem ein eindeutiges Bekenntnis zu einer im Sinne *Ludwig Erhards* zeitgemäß fortgeschriebenen freiheitlichen und sozialen Marktwirtschaft zu verlangen. Das schließt übertriebene Marktgläubigkeit ebenso aus wie einseitige Staatsgläubigkeit. Diese grundlegende Weichenstellung muss dann Maßstab für alle anderen wirtschaftspolitischen Entscheidungen sein. Zur Krisenbekämpfung gilt *Erhards* Satz: „Wer den rechten Weg weiß, darf auch einmal davon abweichen.“ Aber nur vorübergehend, sollte man hinzufügen.

Prof. Dr. Paul Kirchhof, Heidelberg

■ Freiheit meint die Freiheit vom Staat. Doch die Distanz zwischen freiheitsverpflichtetem Staat und freiheitsberechtigter Gesellschaft geht verloren, wenn wir immer mehr Gesetze und immer mehr Geld vom Staat fordern.

Der Gesetzgeber sollte deshalb in den kommenden vier Jahren nur vier Gesetze erlassen: ein einfaches Steuergesetzbuch, ein verständliches Sozialgesetzbuch, ein Umweltgesetzbuch und eine Neuregelung des Gesundheitswesens – Kodifikationen für Jahrzehnte. Außerdem sollte die Faustregel gelten: In jedem Rechtsbereich – dem Wirtschaftsrecht, dem Steuerrecht, dem Arbeitsrecht – dürfen nur so viele Normen gelten, wie der zuständige Ministerialrat aktiv im Gedächtnis behalten kann.

Auch staatliches Geld zerstört Freiheit. Der Bürger lässt sich ein Stück Freiheit durch das staatliche Angebot von Steuervergünstigungen und Subventionen abkaufen. So wird Kapital fehlgeleitet, teilweise vernichtet. Die Rationalität des Leistungstausches geht bei diesen Verträgen zulasten Dritter, der Steuerzahler, verloren.

Wir brauchen wieder den schlanken, deswegen starken Staat. Kernaufgabe des Staates ist, aus der Freiheit ein Freiheitsrecht zu machen – eine gesicherte, definierte, Verantwortlichkeiten zuweisende Rechtsposition.

Prof. Dr. Wolfgang Klenner, Bochum

■ Nicht mehr in Las Vegas, sondern in Washington soll die vom American Securitization Forum für das Jahr 2010 geplante Konferenz stattfinden. Keine gewaltige Konsequenz aus der Bankenkrise – aber immerhin eine Reaktion. Zu den Schlagworten der jüngeren deutschen Wirtschaftspolitik gehören dagegen Kampf gegen Steueroasen und die Rettung von Opel. Nicht erkennbar sind aber Initiativen, die auf die Bereitschaft schließen lassen, bei neuen Regulierungskonzepten für den Finanzsektor die politische Führerschaft zu übernehmen oder zumindest politische Rückendeckung zu gewähren.

Möglicherweise ist das Ergreifen politischer Initiativen nicht mehr opportun. Die Krise scheint sich nicht weiter zu vertiefen. Die dominanten Banken erwirtschaften wieder Gewinne. Ihre Manager treten wieder selbstbewusst auf und stoßen mit der Behauptung, wirtschaftliche Dynamik sei ohne riskante Finanzinnovationen nicht denkbar, auf immer weniger Widerstand. Es ist inzwischen nicht mehr auszuschließen, dass nur wenige politische Konsequenzen aus der Krise gezogen werden. Die derzeitige Situation unterscheidet sich daher von der nach der Weltwirtschaftskrise von 1929, als verantwortungsvolle Politiker unter anderem durch Trennung von Geschäftsbanken und Investmentbanken im Rahmen des Glass-Steagall-Gesetzes versuchten, das Bankensystem zu stabilisieren.

Dabei sind nicht zuletzt als Folge der Maßnahmen zur Krisenbewältigung Fakten geschaffen worden, die die Wahrscheinlichkeit einer erneuten Krise vergrößern. So hat sich die Zahl der weltweit maßgeblichen Finanzinstitute noch weiter verkleinert mit der Folge, dass sich der Wettbewerb tendenziell verringert und Banken in ihrer Zuversicht gestärkt werden, zu groß zu sein, um Bankrott zu gehen. Die derzeitigen Maßnahmen zur Krisenbewältigung können sie nur so interpretieren, dass sie auch in Zukunft mit staatlicher Unterstützung rechnen dürfen und damit zu den wenigen dieser Welt gehören, die Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren dürfen.

Sicherlich mangelt es nicht an Vorschlägen zu strikteren Kapitalauflagen, zur Intensivierung von Kontrollen, zur Erhöhung der Transparenz, zur Umstrukturierung von Rating-Agenturen und zur Neuorganisation der Bankenaufsicht. Gleichzeitig formieren sich aber weltweit Finanzinstitute und finden politische Unterstützung für die Beibehaltung des für sie günstigen Status quo. Welche Initiativen ergreift aber Deutschlands politische Führung? Welche Gespräche werden mit wichtigen Wirtschaftspartnern geführt? Warum kooperiert man nicht mit Japan, dessen Regulierungsbehörden und Bankmanager dank vorheriger bitterer Krisenerfahrungen zwar nicht die realwirtschaftliche, aber die finanzwirtschaftliche Ansteckung weitgehend verhindern konnten? Oder mit China, das die Öffnung seiner Finanzmärkte an die Bedingung knüpft, dass Weltfinanzmärkte nicht zum Kasino entarten können? Der Grund kann nicht nur die Vermutung sein, dass es wegen der Findigkeit von Bankmanagern selbst bei einem „perfekten“ Regulierungssystem keine Stabilitätsgarantie geben kann.

Dr. Silvana Koch-Mehrin MdEP, Brüssel

■ Der Wahlkampf geht in die heiße Phase. Und man kann die Uhr danach stellen, wann das linke politische Spektrum das Schreckgespenst des Neoliberalismus an die Wand malen wird. Doch die negative Verwendung des Wortes zeugt von der Halbbildung der Verwender. Denn das Wort, wahrscheinlich als Synonym für Laissez-faire-Politik oder Turbokapitalismus verwendet, bedeutet gerade dies nicht. Das Präfix „Neo“ sollte gerade den Unterschied zum radikalen wirtschaftspolitischen Liberalismus markieren, den völlig freien Markt. Doch haben wir ihn? Nein. Wollen wir ihn? Nein. Was ist also Neoliberalismus? Neoliberalismus in der Tradition von *Walter Eucken* ist ein durch Ordnungspolitik geregelter freier Markt. Und Ordnungspolitik sollte vor allem der Kartellbildung entgegenwirken. In diesem Sinne ist Neoliberalismus gerade nicht die kalte, freie Hand des Marktes, sondern der Neoliberalismus steht an der Wie-

ge der Sozialen Marktwirtschaft, die wir alle wollen. In diesem Sinne bekenne ich mich zum Neoliberalismus.

Evi Kurz, Fürth

■ Es wäre nötig, dass die nächste Bundesregierung endlich tut, was seit Langem dringlich ist: Der nach *Ludwig Erhards* Rücktritt als Bundeskanzler 1967 vorgenommene Umschwung von der Sozialen Marktwirtschaft zu Globalsteuerung, Konzertierter Aktion und immer mehr wirtschaftspolitischem Interventionismus, sozialpolitischer Mausechelei und finanzpolitischer Sorglosigkeit muss grundsätzlich revidiert werden.

In *Erhards* Worten heißt das: Wir brauchen eine Ordnungspolitik, die dafür sorgt, dass die unverzichtbare Wirtschaftsfreiheit nicht zum Freibeutertum verkommen kann, weil jeder – wo immer er tätig ist – seine Verantwortung wahrnimmt und für alle Entscheidungen, die er trifft, persönlich haftet und volles Risiko trägt.

Dr. Otto Graf Lambsdorff, Bonn

■ Ich bin der festen Überzeugung, dass die Fehlentwicklungen, die sich in den letzten Monaten gezeigt haben, aus Politikversagen, nicht aber aus Marktversagen resultieren. Die ordnungspolitische Bilanz der letzten Legislaturperiode ist deprimierend. Was wir brauchen, ist eine Rückbesinnung auf Ordnungspolitik, also das Denken in Gesamtzusammenhängen, um Deutschland wieder auf einen positiven Wachstums- und Beschäftigungspfad zurückzuführen. Dazu gehört eine ordentliche Haushaltskonsolidierung, die Stärkung des Wettbewerbs und der Tarifautonomie, weitere Privatisierungen – auch der Deutschen Bahn –, der Abbau von Bürokratismus und Subventionen sowie mehr Markt und Eigenverantwortung in den sozialen Sicherungssystemen. Kurzum: Die nächste Regierung muss sich zurücknehmen!

Dr. Werner Langen MdEP, Brüssel

■ Zur Überwindung der weltweiten Wirtschaftskrise genügt es nicht, milliardenschwere Rettungspakete und Konjunkturprogramme auf den Weg zu bringen, sondern es wird nötig sein, klare ordnungspolitische Leitlinien umzusetzen und schnellstmöglich zu einer soliden Haushalts- und Steuerpolitik zurückzukehren. Dazu gehört eine weltweite Mindestregulierung im Finanzmarktsektor, ein leistungsorientiertes Steuersystem, konkrete Maßnahmen zum Bürokratieabbau und die Überprüfung der staatlichen Tätigkeit auf vielen Feldern. Die Rückkehr zu einer soliden Haushaltspolitik, die Reduzierung der Neuverschuldung und die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts auf europäischer Ebene werden nur mit vereinten Anstrengungen möglich. Dabei gilt für alle, auch für die Wirtschaftselite, dass in der Sozialen Marktwirtschaft Freiheit und Verantwortung zusammen gehören. Die neue Bundesregierung

muss unternehmerische Initiative stärker fördern, den Mittelstand entlasten sowie der Bildung und Qualifizierung der Menschen höchste Priorität geben.

Dr. h.c. Edgar Meister, Frankfurt am Main

■ *Professor John Taylor*, einer der prominentesten Geldtheoretiker der Gegenwart, hat kürzlich seine Sorge um die steigende Staatsverschuldung wie folgt formuliert: „Wenn die Defizite außer Kontrolle geraten und die Zinsen in die Höhe klettern, weil Anleger all die Schuldtitel nicht mehr kaufen wollen, dann wird das auf das Wirtschaftswachstum drücken. Es ist ein systemisches Problem.“

Wie wahr! Zentralbanken und Regierungen haben buchstäblich alles getan, um eine systemische Finanzkrise abzuwenden. Mit Erfolg, soweit sich das heute sagen lässt. Doch die Kombination einer expansiven Geldpolitik und einer extensiven Neuverschuldung stellt die handelnden Akteure vor eine neue, kaum weniger schwierige Herausforderung: Wann soll die Geldpolitik mit dem Abzug der zusätzlichen Liquidität beginnen – mit der die Finanzmärkte regelrecht geflutet wurden –, und wann soll der Staat die notwendigen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung einleiten, um von den hohen Staatsschulden wieder runterzukommen? Mit der Wahl der „Exit-Strategie“ können erhebliche Risiken einhergehen: Zum Beispiel könnten Zentralbanken durch eine zu früh in Gang gesetzte straffere Geldpolitik sich verbessernde Wirtschaftsaussichten bereits im Keim ersticken; oder Regierungen, die sich hilflos oder gleichgültig gegenüber wachsenden Haushaltsdefiziten zeigen und immer neue Schulden auftürmen, könnten so selbst dazu beitragen, dass sich Inflationsängste in der Bevölkerung und bei Investoren verstärken. Die Konsequenz einer solchen Politik wäre ein zu erwartender Anstieg der Langfrist-Zinsen am Anleihemarkt und der Zinsen für Unternehmenskredite mit nachteiligen Auswirkungen auf den Wachstumsprozess.

Es gehört nicht viel Fantasie dazu vorauszusagen, dass es unter den Notenbanken und Regierungen über das richtige Timing und die richtige Dosierung geldpolitischer Maßnahmen auf der einen sowie über den angemessenen Zeitpunkt und Umfang der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung auf der anderen Seite zu ernsthaften Meinungsverschiedenheiten kommen kann. Das sollte niemanden verwundern, die zu lösende Aufgabe ist schwierig genug. Es liegt noch nicht lange zurück, da haben Regierungen und Notenbanken – jeder für sich und gemeinsam – bei der Bewältigung der Finanzkrise wirklich gute Arbeit geleistet. Das lässt hoffen.

In der öffentlichen Diskussion spielt die Inflationsgefahr zurzeit keine oder eine nur untergeordnete Rolle. Noch scheinen die Risiken eines anhaltend schwächeren Wirtschaftswachstums zu überwiegen. Dennoch sollte es in Sachen Inflationsgefahren kein Verweilen und kein Verdrängen geben. Stete Wachsamkeit ist geboten. Die Preise für Öl, Energie und Nahrungsmittel ziehen überproportional an, getrieben durch reichlich Liquidität und spekulative Nachfrage. Hier könnte sich eine neue Blase bilden, die die Weltwirtschaft erneut in die Rezession treibt, mit der Folge, dass die Staatsschulden immer weiter anwachsen. Spätestens dann haben wir ein systemisches Problem.

Siegmar Mosdorf, Berlin

■ Es ist zehn Jahre her, dass die Wirtschaftspolitiker der ersten Regierung *Schröder* das Ziel formulierten, die Staatsquote auf 40 Prozent zu senken. Die Regierungen *Kohl* hatten aufgrund der Wiedervereinigung einen Staatsanteil von über 50 Prozent hinterlassen. Bis zum Jahr 2008 ist die Staatsquote tatsächlich auf unter 44 Prozent gesenkt worden.

Nach der Finanzkrise ist wieder alles anders: Die Staatsverschuldung nähert sich dem Betrag von zwei Billionen Euro. Entscheidend wird jetzt sein, die Krise zu bewältigen und sich dann wieder auf die Ziele einer modernen Wirtschaft zu konzentrieren: Staatsquote auf 40 Prozent senken (nicht auf 30 Prozent, wie das *Margaret Thatcher* getan hat), die Selbständigenquote auf über 15 Prozent erhöhen, die breite Qualifikation aller Schichten voranbringen, die natürlichen Ressourcen (erneuerbare Energien) stärker nutzen und der Volkswirtschaft ein Reglement geben, das dem „ethischen Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft“ entspricht. Jeder Akteur muss wissen, dass er nicht nur für sich, sondern auch für das Gemeinwohl arbeitet.

Dr. Isabel Mühlfenzl, Seefeld

■ Schon reden wir vom Ende der Krise und haben in Wahrheit noch gar nichts von ihr verspürt. Die Lokale sind ausgebucht, die Straßen verstopft, die Geschäfte voll. Dank unseres Sozialsystems liegt trotz hoher Arbeitslosigkeit niemand auf der Straße.

Das Schlimmste scheint überstanden, aber die wirkliche Krise steht uns noch bevor. Die Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur sind nur Schmerztabletten, nur Kurieren am Symptom, und steigende Exporte nur Scheinerfolge. Der Aufschwung ist trügerisch. Wir verschieben die Krise in die Zukunft durch Abwrackprämien sowie Kredite für Banken und Konzerne, die längst pleite sein müssten. Die nächste Krise lauert schon am Horizont: die Welt-Struktur-Krise.

Die Welt produziert mehr, als sie sich leisten kann. Man schätzt weltweite Überkapazitäten in der Produktion von 30 bis 40 Prozent. Je mehr die Amerikaner und andere sich verschulden – je mehr unsere Exportüberschüsse, vor allem aber die von China und Indien steigen, desto mehr kommt die Weltwirtschaft ins Ungleichgewicht. Das heißt: Die Amerikaner exportieren zu wenig, importieren zu viel auf Pump und verschulden sich auf Kosten der Staaten, die zu viel sparen und die Schulden der anderen horten und auf den globalen Kapitalmarkt werfen. China und Indien und auch wir Deutsche exportieren und sparen zu viel – importieren zu wenig und verbrauchen und investieren zu wenig im Inland.

Die Wirtschaftspolitik der kommenden Jahre muss das Ungleichgewicht verkleinern, das zwischen exportierenden und importierenden Staaten besteht. Wenn die deutsche Wirtschaft wirklich gesunden soll, müssen Sparer und Unternehmer motiviert werden, im eigenen Land zu bleiben und dort in zukunftsträchtige Unternehmen zu investieren. Die deutsche Wirtschaft konserviert Überkapazitäten von alternden Modellen. Deutschland braucht mehr moderne Industrie, mehr Dienstleistungen, weniger traditionelle Produktion, die im Laufe der Zeit zu einem großen Teil von Billiglohnländern übernommen

wird. Sonst wird Deutschland – der ökonomische Riese – zum ökonomischen Zwerg.

Hans-Joachim Otto MdB, Berlin

■ Nach Jahren der marktwirtschaftlichen Erosion braucht es eine ordnungspolitische Renaissance in unserem Land. Gerade in Zeiten sektorspezifischer Konjunktur- und Rettungspakete, wahlkampfgeschuldeten Existenzgarantien für strauchelnde Unternehmen und zunehmend undurchsichtigen staatlichen Kredit- und Bürgschaftsgeschenken bedarf es – mehr denn je – eines klaren Ordnungsrahmens. Der Staat darf seine Macht als Gesetzgeber und Subventionsverteiler nicht mehr dazu missbrauchen, einzelne Marktteilnehmer systematisch zu privilegieren und damit anderen zu schaden. Die Menschen in unserem Land haben ein Recht darauf, dass der Staat ihnen gleiche Chancen zur Teilnahme am Marktgeschehen belässt. Wir brauchen eine Emanzipation des Wirtschaftsrechts vom Einfluss gut organisierter Interessengruppen und allzu willfähriger Politiker. Die Verantwortung für die Aufrechterhaltung unserer wettbewerblichen Ordnung muss gesellschaftlich breiter verteilt und tiefer verwurzelt werden.

Prof. Dr. Rüdiger Pohl, Halle

■ Wir müssen weg vom einschläfernden Staat und hin zum anspornenden Staat. Mit der exzessiven Umverteilung zugunsten breiter Bevölkerungskreise und wankender Unternehmen werden Passivität und Anspruchsdenken gefördert. Die Teilhabe aller am wirtschaftlichen Fortschritt in der globalisierten Welt erfordert Anderes: Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit. Dazu trägt der anspornende Staat bei, indem er die Bildungs- und Forschungsinfrastruktur verbessert, die altbekannten Standorthemmnisse beseitigt, die Aktiven von Abgaben entlastet. Der Staat muss heraus aus der Schuldenfalle mit ihrer erdrückenden Zinslast. Der verbreiteten Antipathie gegen die Marktwirtschaft erliegt der anspornende Staat nicht, sondern wirkt ihr entschieden entgegen.

Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP, Brüssel

■ Der Aufgabendruck der nächsten Bundesregierung ist außergewöhnlich hoch. Die Wirtschaftskrise diktiert mit Macht die anstehende Agenda: Überwindung der Rezession, Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, Bewältigung der enormen Staatsverschuldung, Sicherung der Sozialsysteme. Diese Herausforderungen wird nur eine schlagkräftige, kompetente Bundesregierung bewältigen können. Wegweisende ordnungspolitische Lösungsansätze müssen her. Im Schwerpunkt der Anstrengungen muss eine effiziente Wirtschaftspolitik stehen, die die Stellung der Exportnation Deutschland insbesondere im internationalen Handel absichert. Die Zusammenarbeit von Industrie und Politik muss forciert werden. Wirtschaftsführer und Politiker müssen gemeinsam nach außen auftreten. Nur so können der Ideenreichtum, die For-

schungskompetenz und das große technische Vermögen Deutschlands wirksam eingesetzt werden. Es muss ein verstärktes Augenmerk auf die Sicherung der deutschen Wirtschaft gegen Übernahmestrategien von außen gelegt werden. Der Standort Deutschland und die damit zusammenhängenden Arbeitsplätze dürfen nicht zum Spielball ausländischer Interessen werden.

Katherina Reiche MdB, Berlin

■ Deutschlands Wirtschaft ist dank der Sozialen Marktwirtschaft stark geworden. Wenn wir auf etwas stolz sein können, dann auf unsere stabile Demokratie, unsere freiheitliche Ordnung und unsere enorm leistungsstarke Volkswirtschaft. Die Geschichte hat gezeigt, dass die Menschen in marktwirtschaftlichen Gesellschaften insgesamt wohlhabender und freier sind als in planwirtschaftlichen. Der Nobelpreisträger *Friedrich August von Hayek* hat dies auf den Punkt gebracht: „Dass in die Ordnung einer Marktwirtschaft viel mehr Wissen von Tatsachen eingeht, als irgendein einzelner Mensch oder selbst eine Organisation wissen kann, ist der entscheidende Grund, weshalb die Marktwirtschaft mehr leistet als irgendeine andere Wirtschaftsform.“

Dies gilt auch für die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise. Für mich ist klar: Der Staat muss darüber wachen, dass die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft – der freie Markt und der soziale Ausgleich – funktionieren können. Ich halte es für verheerend, wenn wir die Rolle des Staates falsch verstehen und ihm nun auf Dauer immer neue Aufgaben übertragen wollten. Unternehmerische Verantwortung und das Übernehmen von Risiko, ohne diese Voraussetzungen können keine Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Staat ist kein guter Unternehmer. Staatswirtschaften schaffen keinen Wohlstand, sondern sie nehmen den Menschen die Freiheit. Darum lehne ich es ab, dass der Staat Unternehmer wird, wie es Die Linke und Teile der SPD immer wieder fordern. Der Staat ist Hüter der Ordnung. Er muss helfen, dass die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft neu geweckt werden.

Nach der Krise darf es nicht so weiter gehen wie vor der Krise. Es ist klar geworden, dass Finanzdienstleistungen transparenter werden müssen; vor allem sind klare Regeln und eine strikte Aufsicht nötig. Kurzfristiges Profitstreben darf nicht auf Kosten der Vielzahl von Anlegern und Kreditnehmern geschehen oder gar das Bankensystem als Ganzes verunsichern. Nachhaltiges Wirtschaften, Unternehmerethos und das Funktionieren staatlicher Kontrollinstanzen müssen neu justiert werden. Das Wichtigste ist, das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft mit aller Überzeugungskraft zu stärken und zu verteidigen.

Randolf Rodenstock, München

■ Deutschland hat Zukunft, auch nach der weltweiten Krise. Damit aber die Potenziale der Menschen zur Geltung kommen können, muss die neue Bundesregierung sich auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft besinnen. Wachstum, Beschäftigung und Investitionen müssen wieder Vorfahrt haben. Aktuelle Lasten darf man nicht über neue Schulden künftigen Generationen aufbürden. Stattdessen müssen wir Schulden abbauen, um Spielraum für Investitionen in Bildung und Infrastruktur zu gewinnen. Zudem führt an

der Einführung eines nachhaltigen Gesundheitssystems sowie eines transparenten und einfachen Steuerrechts kein Weg vorbei. Würde die Politik nach diesen Prinzipien ausgerichtet, hätte Deutschland die Chance, eine neue Erfolgsgeschichte zu schreiben.

Dr. Jochen Ruetz, Stuttgart

■ Deutschland braucht eine effektivere Bildungspolitik. Die aktuellen Diskussionen über Chancengleichheit, Studiengebühren und Professorinnenquoten dominieren den politischen Schlagabtausch, sind volkswirtschaftlich jedoch weitgehend irrelevant.

Zugleich werden die dramatischen Quoten junger Menschen, die unsere Schulen ohne qualifizierten Schulabschluss verlassen, nur vordergründig diskutiert. Noch immer gehen fast acht Prozent unserer Hauptschüler ohne Abschluss auf Berufssuche, kaum besser als vor zehn Jahren. Unterqualifizierte Menschen belasten – das ist die Lehre der Arbeitslosenstatistiken von heute – unsere sozialen Sicherungssysteme schwer, im schlimmsten Fall ein Leben lang.

Die neue Regierung muss die materiell relevanten Themen wieder über den Schlagabtausch stellen. Wenn unser föderales System eine Lösung der Schulabbrecherquoten behindert, müssen neue Wege gefunden werden – dies sind die Aufgabe und die Chance von Politik. Den prozessoptimierten Marsch durch unsere sozialen Sicherungssysteme mangels Schulabschluss kann sich die deutsche Volkswirtschaft nicht länger leisten.

Frank Schäffler MdB, Berlin

■ Immer neue Rekorde bei der Verschuldung sowie der Steuer- und Abgabenlast zeigen: Die Regierung muss den Versuch der Konjunktursteuerung aufgeben.

Es ist eine Anmaßung von Wissen, wenn die Regierung planen will, welche Konsum- und Investitionsentscheidung jeder Einzelne trifft. Sie muss die Spielregeln bestimmen, aber nicht die Spielzüge. Zu den Spielregeln gehören eine solide Haushaltspolitik und eine neutrale, das heißt Konsum- und Investitionsentscheidungen nicht beeinflussende Steuerpolitik. Diese muss verbunden werden mit einer Wettbewerbspolitik, die Bürgern und Unternehmen mehr Luft zum Atmen lässt.

Konjunkturprogramme mit verfehlten Maßnahmen, wie zum Beispiel der Abwrackprämie, verzerren nicht nur die Preisbildung auf den Märkten, sondern ruinieren obendrein die öffentlichen Finanzen und sind deshalb Gift für eine der tragenden Säulen der Sozialen Marktwirtschaft: ein stabiles Geldwesen. Die Zukunftsaufgabe ist eine Abkehr von der jahrzehntelangen Politik des billigen Geldes, die jedes marktwirtschaftliche System zerstört.

Hubertus Schmoldt, Hannover

■ In der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist es Deutschland bislang besser als vielen anderen Industrieländern gelungen, einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Das ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen: Der Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente hat Entlassungen verhindert; flexible tarifpolitische Regelungen haben Betriebsvereinbarungen zur Beschäftigungssicherung ermöglicht, die soziale Absicherungen für die Beschäftigten mit Kostenentlastungen für die Unternehmen verbunden haben. Die deutschen Unternehmen waren zudem gut aufgestellt, da sie ihre Wettbewerbsposition in den letzten Jahren durch höhere Effizienz und Innovationen deutlich verbessern konnten. Die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften, Unternehmen und der Politik war dabei die Basis des Erfolgs.

Daran gilt es anzuknüpfen. Zentrale Aufgabe der Bundesregierung wird sein, die Beschäftigung bei vermutlich nur langsamer Wirtschaftsbelebung zu sichern. Dafür sind die vorhandenen Instrumente weiter einzusetzen und gegebenenfalls fortzuentwickeln. Unverzichtbar ist zudem, die Finanzierung der Unternehmen wieder auf eine langfristig tragfähige Basis zu stellen.

Mittelfristige Herausforderung wird sein, die öffentlichen Haushalte auszugleichen und die Staatsverschuldung zu senken. Dabei ist das Problem zu beachten, dass ein zu strikter bzw. schneller Sparkurs die wirtschaftliche Belebung gefährdet.

Dr. Wolfgang Schuster, Stuttgart

■ Die konjunkturelle Krise – ausgelöst und verstärkt durch die internationale Finanzkrise – hat die öffentliche Hand als Konjunkturlokomotive, als Banker und als Vertrauensanker wieder auf den Plan gerufen. Die Stadt Stuttgart stellt sich dieser Herausforderung und stemmt sich im laufenden Jahr mit einem Rekordinvestitionsvolumen von rund einer Milliarde Euro gegen die Krise. Wir tun das, ohne neue Schulden aufzunehmen. Im Gegenteil: Wir haben die guten Jahre genutzt, den Schuldenstand praktisch auf null zu fahren. Nur auf dieser Grundlage können wir in den kommenden Haushaltsjahren, in denen uns Einnahmen wegbrechen, Kredite aufnehmen, ohne mit unserem Haushalt in eine Schuldenfalle zu geraten. Zurzeit gehören kreditfinanzierte Ausgabenprogramme der öffentlichen Hand (deficit spending) wieder zum guten Ton. Ich meine: Wenn man *John Maynard Keynes* folgt, dann aber auch dem ganzen *Keynes* und nicht nur der politisch angenehmeren Hälfte.

Genauso verfährt die Stadt Stuttgart als einer der Träger der Landesbank Baden-Württemberg: Wir beteiligen uns aktuell mit rund einer Milliarde Euro an deren Kapitalaufstockung und sorgen damit für ein solides Fundament an Eigenkapital – aber ein Zeitplan für den Rückfluss des Geldes nach einer Sanierung der Bank und einer Neuausrichtung des Geschäftsmodells ist auch schon vereinbart. Das Funktionieren der Sozialen Marktwirtschaft beweist sich gerade in den Krisenabschnitten des konjunkturellen Zyklus. Dafür müssen die Akteure aber in all dessen Phasen den ordnungspolitischen Kompass in der Hand behalten.

Dr. Joachim Seeler, Hamburg

■ Die Politik steht zunehmend vor strategischen Aufgaben, die langfristige Lösungsansätze mit Zeithorizonten von weit mehr als einer Legislaturperiode benötigen. Hierzu gehören: die Bewältigung des demographischen Wandels einschließlich der Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, der Klimaschutz unter Wahrung einer gesicherten Energieversorgung sowie die Begrenzung und der Abbau der aus dem Ruder laufenden Staatsverschuldung.

Wegweisende Wahlkämpfe hatten in der Vergangenheit oft den Diskurs über strategische Fragestellungen zwischen den politischen Parteien zum Inhalt. Im Bundestagswahlkampf 2009 ist – obwohl dringend geboten – von einem solchen Diskurs weit und breit nichts zu sehen. Schlimmer noch haben einige politische Maßnahmen der Großen Koalition wie die Rentenerhöhung den Beigeschmack kurzfristiger Wahlgeschenke ohne Berücksichtigung der langfristigen Folgen. Man kann den Eindruck gewinnen, dass die Politik zunehmend strategieunfähig geworden ist und auf die dringenden Fragen unserer Zeit keine Antworten weiß. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land in die Politik abnimmt, unter anderem dokumentiert durch eine immer geringere Wahlbeteiligung. Es wäre uns und unserem Land sehr zu wünschen, wenn die politischen Parteien wieder in der Lage wären, den Diskurs über die strategischen Probleme Deutschlands zu führen. Ein Bundestagswahlkampf wäre hierzu eine ideale Plattform.

Prof. Dr. Dr. h. c. Joachim Starbatty, Tübingen

■ Die zweite Weltwirtschaftskrise der Neuzeit ist entstanden, weil die Banken das Risiko ihrer Kreditfähigkeit auslagern konnten. Sie haben fahrlässig Kredite an zahlungsschwache Hypothekenschuldner vergeben. Die Konsequenz dieser Schuldenorgie für die Finanzwelt und den realen Sektor wollen Politiker auffangen, indem sie ebenfalls Schulden machen. Auch sie haften nicht für zukünftige Lasten. Die Schuldentürme schießen so schnell in die Höhe, dass die Menschen zu Recht um ihre Ersparnisse und um die Sicherung ihres Lebensabends fürchten. Daher plädieren immer mehr Ökonomen, die man ansonsten im Kampf gegen sich ausdehnende Staatstätigkeit an der eigenen Seite weiß, für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Das ist der falsche Ansatz. Die nächste Regierung darf die staatstragende Mittelschicht nicht weiter ausplündern; sie muss über ihre Bücher gehen und nach nachhaltigen Lösungen im Sozialbereich suchen, die sich selbst finanzieren. Zugleich muss sie den heimlichen Steuererhöhungen über die kalte Progression ein Ende machen. So schafft sie zugleich ein Fundament des Vertrauens.

Rudolf Stilcken, Hamburg

■ Die vorangegangene Legislaturperiode hat wieder bestätigt, dass Große Koalitionen nur zu Kompromissen fähig sind. Ordnungspolitik ist dabei ein Reiz- oder Fremdwort. Verstärkt wird diese Tendenz durch die Annahme, dass die immer schnellere und intensivere Medien-Kommunikation nach aktuellen, pragmatischen Lösungen ruft. Es ist an der Zeit, vor einer neuen Legislaturperiode ordnungspolitische Konzeptionen aufzurufen.

Diejenigen, die Ordnungspolitik als politischen Rahmen für einen überholten, gar unsozialen wirtschaftspolitischen Ansatz halten, sollten sich an *Ludwig Erhard* erinnern, der die Soziale Marktwirtschaft in ihrem Original als Gesellschaftspolitik des Wohlstandes, der Gerechtigkeit für alle verstanden wissen wollte.

Diese Forderung ist auch ohne Zusatz „Neu“ aktueller denn je. Gerade die durch Bildung und Kultur geprägte Wissensgesellschaft braucht einen verständlichen Ordnungsrahmen für Leistung in einer kreativen Wettbewerbsgesellschaft.

Es lässt sich nicht leugnen, dass das menschliche Streben nach individueller Sicherheit unter den Eindrücken der Globalisierung zugenommen hat. Aufgabe ist, über alle tagespolitischen Parolen hinaus zu bewirken, dass Ordnungspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft, in der sich kreativ entwickelnden Gesellschaft, auch mehr persönliche Sicherheit bedeutet. Ordnungspolitik ist ohne Kommunikation ein Rahmen ohne Bild. Dies zu vermitteln, ist weiterhin auch eine Herausforderung für die Ludwig-Erhard-Stiftung.

Prof. Dr. Theresia Theurl, Münster

■ Das staatliche Aktivitätsniveau hat sich innerhalb der vergangenen Monate deutlich erhöht und strukturell verändert. Die Forderung von kurzfristig orientierten wirtschaftspolitischen Maßnahmen und deren Akzeptanz sind bei vielen Gruppen in Wirtschaft und Gesellschaft angestiegen, meist ohne nach den längerfristigen Konsequenzen zu fragen. Zeichnet sich ein gesellschaftspolitischer Konsens über die Transformation des Ordnungs- in einen Interventionsstaat ab, oder ist die konjunktur- und strukturpolitische Maßnahmen-dichte schlicht der Tatsache geschuldet, dass besondere Herausforderungen auch besondere Lösungen benötigen? Obwohl häufig argumentiert wird, dass in „dieser Krise alles anders ist als das bisher Dagewesene“, sollte neben dem derzeit omnipräsenten Marktversagen als Begründung staatlicher Maßnahmen das Politikversagen nicht vergessen werden, das durch politische Interessen und fehlende Informationen hervorgerufen wird. Klare ordnungspolitische Positionen erleichtern nicht nur die Einschätzung außergewöhnlicher Entwicklungen, sondern fördern auch die Glaubwürdigkeit der dann ergriffenen Maßnahmen. Daher ist zu hoffen, dass die nächste Bundesregierung nicht nur ihre wirtschaftspolitischen Problemlösungskapazitäten realistischer einschätzt, sondern auch ihr ordnungspolitisches Fundament stärkt und konsequenter kommuniziert. Eine weitere Verwässerung der marktwirtschaftlichen Orientierung in Deutschland wäre wohl die schädlichste aller Folgen der Finanzmarktkrise.

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hans Tietmeyer, Königstein

■ Vordringlich für die weitere Wirtschafts- und Sozialentwicklung ist vor allem eine auch längerfristig an den ordnungspolitischen Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft ausgerichtete Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Dabei sollte diese Orientierung auch Maßstab für die internationale Kooperation sein. Die nächste Bundesregierung muss deswegen insbesondere

- im In- und Ausland für eine nachhaltig effiziente Rahmenordnung und Aufsicht der Finanzmärkte eintreten,
- im Inland rechtzeitig die Sondermaßnahmen für die aktuelle Krisenbekämpfung beenden,
- einen nachhaltigen Abbau der öffentlichen Defizite vor allem durch eine strengere Begrenzung der konsumtiven Umverteilungsausgaben und der Erhaltungssubventionen durchsetzen und dabei die öffentlichen Ausgaben stärker in Richtung zukunftsorientierte Erziehungs-, Bildungs- und Forschungsausgaben lenken,
- die Rahmenbedingungen (national und möglichst auch international) zur Reduzierung der ökologischen Belastungen weiter verbessern,
- mehr Freiraum für wirtschaftliche Eigeninitiative und Innovation durch Abbau von bürokratischen Hemmnissen und steuerliche Entlastungen schaffen und
- die sozialen Sicherungssysteme noch besser den demographischen Bedingungen und den tatsächlichen sozialen Bedürfnissen anpassen.

Ausschlaggebend für die wirtschaftliche Wirksamkeit und soziale Akzeptanz einer solchen Politik ist dabei vor allem, dass sie ordnungspolitisch konsistent gestaltet, längerfristig durchgehalten und glaubwürdig von den Verantwortlichen vertreten wird.

Dr. Theo Waigel, München

■ Die vorliegenden Indikatoren zur Konjunktorentwicklung deuten auf eine Stabilisierung beziehungsweise Wende hin. Dennoch muss die Wirtschafts- und Finanzpolitik in der kommenden Legislaturperiode ihr Hauptaugenmerk darauf richten, die Finanzmärkte dauerhaft abzusichern, die schwerste Rezession der Nachkriegsgeschichte zu überwinden und die Wirtschaft wieder in einen sich selbsttragenden Aufschwung zu führen. An einer spürbaren Senkung der Steuerbelastung für Normal- und Geringverdiener führt dabei kein Weg vorbei. Ergänzt werden sollte dies durch eine weitere Vereinfachung des Steuersystems. Parallel dazu müssen die wachstumsbedingten Mehreinnahmen des Staates zur konsequenten Rückführung der Neuverschuldung herangezogen werden, um den Vorgaben des nationalen Stabilitätspakts (Schuldenbremse) Rechnung zu tragen. Eine solche Strategie habe ich schon Ende der neunziger Jahre als „Konzept einer symmetrischen Finanzpolitik“ in die Diskussion gebracht. Vor allem gilt es, ordnungspolitisch Kurs zu halten, die staatlichen Eingriffe zur Krisenbewältigung wieder abzubauen und auf historisch widerlegte Experimente hinsichtlich Interventionismus und Sozialismus zu verzichten.

Dr. Ludolf von Wartenberg, Berlin

■ Die Finanzmarktkrise und ihre Folgen haben das Verhältnis zwischen Markt und Staat auf eine harte Probe gestellt. Die Stabilisierungsmaßnahmen der

Bundesregierung im Finanz- und Realsektor waren wichtig und im Grundsatz richtig. Die Krise darf aber nicht zum Vorwand für dauerhaftes, direktes Engagement des Staates in der Privatwirtschaft werden. Vielleicht ist es zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch zu früh, über eine Exit-Strategie nachzudenken. Noch ist der Flächenbrand nicht gelöscht. Klar ist aber auch: Der Staat ist auf Dauer weder der bessere Banker noch das bessere Industrieunternehmen. Wachstum selbst kann nur von Unternehmen und Beschäftigten geschaffen werden. Aufgabe der Politik ist deshalb eine ordnungspolitische Rückbesinnung auf das Setzen von Rahmenbedingungen für mehr Wachstum. Strukturelle Wachstumsbremsen im Steuerrecht sowie in der Bildungs- und Forschungspolitik sind ebenso zu lösen, wie mehr Staatsausgaben in öffentliche Investitionen umgelenkt werden müssen.

Dr. Karl von Wogau MdEP, Brüssel

■ Deutschland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten in Europa sehr gut entwickeln können. Grundlagen dafür waren ein Umfeld von Frieden und Sicherheit, eine offene Volkswirtschaft sowie stabile wirtschafts-, währungs- und wettbewerbspolitische Rahmenbedingungen.

Durch die derzeitige Krise werden diese Rahmenbedingungen infrage gestellt. Es wäre aber falsch, das Kind mit dem Bade ausschütten zu wollen. In den Finanzmärkten hat es Fehlentwicklungen gegeben, die jetzt korrigiert werden müssen. Dennoch bleibt die Soziale Marktwirtschaft, wie sie *Ludwig Erhard* verstand, die beste uns bekannte Wirtschaftsordnung. Das gilt für Deutschland, aber auch für Europa.

Der Euro ist in dieser Krise ein Anker der Stabilität. Es zahlt sich aus, dass wir uns in Maastricht mit der Unabhängigkeit der Zentralbank und ihrer eindeutigen Stabilitätsverpflichtung durchgesetzt haben. Die Europäische Zentralbank hat in der Krise rasch und mit Augenmaß gehandelt.

Stabilität kann jedoch die Zentralbank langfristig nicht garantieren, wenn sich die öffentlichen Haushalte gegenläufig entwickeln. Wir müssen jetzt die Rezession überwinden. Wir müssen aber dann in Deutschland und in Europa zu einer strikten Anwendung der im Maastrichter Vertrag festgelegten Stabilitätskriterien zurückkehren. Daran werden die neue Bundesregierung, aber auch die nächste Europäische Kommission gemessen werden.

Keine Steuererhöhungen! – Schuldenabbau durch Wirtschaftswachstum und Einsparungen

*Dipl.-Volksw. Heinz Gebhardt/Dr. Rainer Kambeck/Prof. Dr. Christoph M. Schmidt
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen*

Mindestens ein Jahrzehnt wird vergehen, bis Deutschland wieder die vom europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgegebene Obergrenze für die Schuldenquote einhalten kann. Um dieses Ziel zu erreichen, sehen viele Experten Steuererhöhungen als unvermeidbar an. Zu Recht?

Die Finanzlage Deutschlands wird sich aller Voraussicht nach erheblich verschlechtern. Einerseits sinken bei einem wirtschaftlichen Einbruch die staatlichen Einnahmen, insbesondere aus der Einkommens- und Gewinnbesteuerung. Andererseits steigen mit wachsender Arbeitslosigkeit die Ausgaben für Sozialleistungen. Im Zusammenspiel von schrumpfenden Einnahmen und steigenden Ausgaben ergeben sich ein wachsendes Defizit und damit ein expandierender Schuldenstand der öffentlichen Haushalte sowie ein höherer Finanzbedarf der Sozialkassen. In der aktuellen Rezession engagiert sich der Staat zudem in großem Stil bei der Konjunkturstimulierung – was der Situation angemessen, aber mit hohen Belastungen verbunden ist.

Hohe Finanzlücken im Sozialsystem

Bei einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um fünf Prozent in diesem Jahr dürfte das gesamtstaatliche Budgetdefizit auf rund 72 Milliarden Euro steigen. Das entspricht einem Defizit von drei Prozent des nominalen BIP. Für das kommende Jahr ist mit Haushaltsfehlbeträgen von 123 Milliarden Euro beziehungsweise fünf Prozent des BIP zu rechnen. Als Gradmesser für den Konsolidierungsbedarf dient der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt mit seinen Grenzwerten für das Budgetdefizit und den Schuldenstand. Die Defizitgrenze von drei Prozent des BIP wird damit in 2010 deutlich überschritten. Als Folge wird die 60-Prozent-Grenze für die Schuldenquote verfehlt: Sie wird bis Ende 2010 voraussichtlich um einen Betrag von rund 225 Milliarden Euro auf über 76 Prozent des BIP hochschnellen. Haushaltsrisiken aufgrund der staatlichen Garantien zur Stützung von Finanzinstituten und Unternehmen sind in diesen Zahlen noch nicht berücksichtigt.

Zudem dürfte der Finanzbedarf im sozialen Sicherungssystem bis Ende des nächsten Jahres auf insgesamt knapp 24 Milliarden Euro steigen:

■ Bei der Bundesagentur für Arbeit ist auf Basis der Konjunkturprognose des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) im kommenden Jahr ein Defizit von 18 Milliarden Euro zu erwarten. Im laufenden Jahr kann die Agentur zur Deckung der Defizite noch auf Reserven aus den Vorjahren zurückgreifen. Schon für das Jahr 2010 bleibt jedoch ein Finanzbedarf von 16 Milliarden Euro übrig, der durch Darlehen des Bundes ausgeglichen wird.

■ Die gesetzliche Krankenversicherung ist ebenfalls zum Ausgleich der rezessionsbedingten Beitragsausfälle auf Liquiditätsdarlehen des Bundes angewiesen. Sie hat mangels Reserven in diesem und dem kommenden Jahr einen Finanzbedarf von voraussichtlich knapp vier Milliarden Euro.

■ Auch die gesetzliche Rentenversicherung ist von rezessionsbedingten Beitragsausfällen betroffen. Dank ausreichender Rücklagen dürfte sie jedoch nicht auf Darlehen des Bundes angewiesen sein.

Konsolidierung braucht Zeit und Regeln

Das Ziel solider Staatsfinanzen erfordert die Senkung der Schuldenstandsquote innerhalb eines überschaubaren Zeithorizonts. Die im Juni dieses Jahres im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse erzwingt das ebenfalls: In konjunkturellen Normallagen darf der Bund ab dem Jahr 2016 seinen Haushalt höchstens zu 0,35 Prozent des BIP durch Kredite finanzieren; die Länder dürfen sich ab dem Jahr 2020 bei normaler Konjunktur gar nicht mehr verschulden. Konjunkturbedingte Defizite sind demnach auch künftig möglich, sofern sie –

anders als in der Vergangenheit praktiziert – im nachfolgenden Aufschwung durch Überschüsse ausgeglichen werden. Damit soll verhindert werden, dass es zu einem permanenten Anstieg der Staatsschulden kommt. Wegen des derzeit kräftig steigenden Budgetdefizits treten die neuen Regeln aber erst nach einer Übergangsphase in Kraft.

Staatliche Verschuldung ist nicht grundsätzlich verwerflich. In dem Ausmaß, in dem mit den aufgenommenen Schulden Investitionen getätigt werden, die zu künftigen Einnahmen führen, ist es nach der sogenannten goldenen Regel vertretbar, die Finanzierung in die Zukunft zu verlagern. Staatsverschuldung heute bedeutet, dass künftig höhere Steuern nötig sein werden, um Zinsen und Tilgungen leisten zu können. Aber dann werden die Einnahmen aus den kreditfinanzierten Investitionen zur Verfügung stehen. Die gesetzliche Festlegung der Schuldenbremse geht sogar einen Schritt über die goldene Regel hinaus: Der strukturelle Verschuldungsspielraum wird deutlich reduziert. Zudem werden mit der neuen Regelung die Abgrenzungsprobleme bei der Bestimmung des relevanten Investitionsvolumens vermieden.

Gegen staatliche Verschuldung ist häufig der Einwand zu hören, es sei unvorstellbar, Schulden von rund 1,9 Billionen Euro abzutragen. Somit beruhe die Verschuldung des Staates auf einer unhaltbaren Fiktion – im Gegensatz zur Verschuldung privater Haushalte, die nur einen Kredit aufnehmen können, wenn sie mit hoher Wahrscheinlichkeit die Zinszahlungen und die komplette Tilgung leisten können. Diese auf den ersten Blick überzeugende Analogie vernachlässigt jedoch die relevante Lebensdauer. So muss jeder Hausbesitzer hinnehmen, dass es Jahrzehnte dauert, bis die Hypothek abgetragen ist, die den fremdfinanzierten Erwerb des Hauses ermöglicht hat. Niemand käme auf die Idee, diese Konstruktion allein aufgrund des langen Zeithorizonts infrage zu stellen. Und da die Sparer in der Regel kürzere Fristen anstreben als die Kreditnehmer, werden die mit dem Hauserwerb verbundenen Schulden von Zeit zu Zeit umgeschichtet. Genau dies passiert unter dem Stichwort Refinanzierung bei Institutionen mit prinzipiell unendlicher Lebensdauer, also vor allem bei Unternehmen und dem Staat.

Konsolidierung braucht Wachstum

Die Aufgabe für die Politik besteht also nicht darin, sämtliche Schulden abzutragen. Vielmehr muss sie den Schuldenstand und die Wirtschaftskraft des

Landes wieder in eine bessere Balance bringen. Dafür sollten beide Komponenten der Schuldenstandsquote in den Blick genommen werden.

Der Nenner, also das nominale BIP, stellt ein bewegliches Ziel dar: Für eine moderne Volkswirtschaft ergibt sich jährlich ein reales Potenzialwachstum, dessen Größenordnung für Deutschland derzeit auf etwas mehr als ein Prozent geschätzt wird. Je nach Inflationsrate entspricht dem realen Wachstum eine nominale Zuwachsrate. Wird nun im Zeitablauf der Nenner immer größer, sinkt die Schuldenstandsquote tendenziell. Alle Einschätzungen des Konsolidierungsbedarfs starten daher sinnvollerweise bei einer Prognose für den Wachstumspfad des BIP. Da selbst kurzfristige Prognosen unsicher sind, sollte man sich an Vorgaben zur durchschnittlichen Wachstumsleistung orientieren. Die Bundesregierung geht in ihrer im Mai dieses Jahres veröffentlichten Finanzplanung davon aus, dass das nominale BIP nach den zwei Krisenjahren 2009 und 2010 jährlich um 3,3 Prozent steigen dürfte.

Auch der nominale Schuldenstand im Zähler variiert über die Zeit. Die Einnahmen müssen die Ausgaben um die Verpflichtungen des Schuldendienstes übersteigen, damit der Schuldenstand nicht wächst. Auch für die Wachstumspfade dieser beiden Budgetkomponenten liegen Projektionen oder Planungen vor – und damit für den Schuldenstand insgesamt. Die Wachstumsrate der Schuldenstandsquote ergibt sich aus der Differenz der Wachstumsraten von Zähler und Nenner. Die Projektionen der Bundesregierung für die einzelnen Komponenten lassen sich daher in einen Wachstumspfad der Schuldenstandsquote umrechnen. Tritt das angestrebte BIP-Wachstum jedoch nicht ein, wird sich die Quote langsamer in Richtung ihrer Zielmarke bewegen oder gar weiter davon abweichen.

Flankierende Wirtschaftspolitik nötig

Viele Kommentatoren bewerten die Vorgaben der Bundesregierung für die Entwicklung des BIP als zu ehrgeizig. Ihre Skepsis begründen sie vor allem damit, dass der Export seine Rolle als entscheidende Triebfeder des deutschen Wirtschaftswachstums auf Jahre hinaus nicht werde spielen können. Schließlich werde die Weltwirtschaft in den kommenden Jahren vermutlich nicht wieder zu den Ungleichgewichten zurückkehren, wie sie vor der Finanzkrise bestanden. Vor allem dürfte es kaum wieder zu einem ähnlich hohen Leistungsbilanzdefizit in den USA kommen.

Der Welthandel wird sich aber wieder erholen und aller Voraussicht nach auch wieder dynamisch entwickeln, wenn auch von einem niedrigeren Niveau aus. Dadurch rückt umso stärker in den Blick, dass es sich lohnt, um jedes Zehntel eines Prozentpunkts Wachstum zu kämpfen. Die Wirtschaft muss vor allem durch eigene Anstrengungen wieder auf die Beine kommen. Aber eine kluge Wirtschaftspolitik kann die entscheidenden Zehntel des notwendigen Wachstums generieren. Schon leicht höhere Wachstumsraten können aufgrund des Zinseszins-Effekts nachhaltige Verbesserungen bewirken, so wie leichte Wachstumseinbußen gravierende Verschlechterungen bringen können. Um das Argument zu illustrieren, stelle man sich vor, dass die Wachstumsrate des nominalen BIP statt 3,3 Prozent über einen längeren Zeitraum vier Prozent betragen würde. Damit wäre das BIP nach zehn Jahren selbst bei unveränderten öffentlichen Einnahmen und Ausgaben um 48 Prozent höher als im Ausgangsjahr statt lediglich um 38 Prozent. Die Schuldenstandsquote betrüge bei einem Ausgangszustand von 76 Prozent nur 55 statt 59 Prozent des BIP.

Die wichtigste Voraussetzung für ein Gelingen der Haushaltskonsolidierung ist somit eine erfolgreiche Wachstumspolitik. So ist unter anderem darauf zu achten, dass die Struktur der staatlichen Einnahmen und Ausgaben wachstumspolitischen Erfordernissen gerecht wird. Das von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte zweite Konjunkturpaket verfolgt mit der Leitlinie „Wachstumsorientierte Konjunkturpolitik“ grundsätzlich den richtigen Ansatz. Leider behindern bürokratische Hemmnisse des föderalen Staates eine effizientere Umsetzung einzelner Maßnahmen. Andere Elemente des Konjunkturpaketes, wie die Abwrackprämie, stützen die Wirtschaft allenfalls temporär. Außerdem kommen solche teuren Staatseingriffe einseitig bestimmten Branchen zugute, was selten nachhaltige Wachstumsimpulse auslöst.

Begrenzung staatlicher Ausgaben

Wenn das Wirtschaftswachstum nicht ausreichen sollte, um den Schuldenstand in absehbarer Zeit unter die 60-Prozent-Grenze zu senken, muss der Zähler der Schuldenstandsquote, für den die staatlichen Einnahmen und Ausgaben entscheidend sind, beachtet werden. Auch hier gibt es eine klare Priorität: Der Anstieg der Ausgaben ist eng zu begrenzen. In der aktuellen Diskussion wird dieser Aspekt, ähnlich wie die Wachstumsrate des BIP, schnell abgearbeitet. Das Gros der Ausgaben – so

wird argumentiert – liege für die nähere Zukunft fest, und bei den meisten Budgetpositionen dürften Kürzungen zu erheblichem politischen Widerstand führen. Die Höhe der staatlichen Ausgaben und ihre jährliche Zunahme werden als weitgehend unveränderbare Rahmenbedingung einer dann folgerichtig nur durch Steuererhöhungen möglichen Haushaltskonsolidierung angenommen.

Gerade wurden kreditfinanziert Milliarden für konjunkturelle Stimuli ausgegeben – Tilgung und Zinsen müssen von zukünftigen Steuerzahlern getragen werden. Wieso sollte es also nicht möglich sein, den jährlichen Anstieg der Ausgaben niedriger zu halten als vorgesehen? Die Politik muss hier genauso beherzt vorgehen wie beim Aufspannen der Rettungsschirme für Banken und Unternehmen.

Aufgrund der Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur und Stützung des Finanzsektors sowie der steigenden Zahlungen zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit ist absehbar, dass die Staatsausgaben in diesem und im kommenden Jahr kräftig steigen werden. In den Folgejahren zeichnet sich allerdings durch das Auslaufen der konjunkturstabilisierenden Maßnahmen und durch die Besserung der Arbeitsmarktlage eine merkliche Abflachung des Ausgabenanstiegs ab. Nach aktuellen staatlichen Planungen werden die Staatsausgaben im Jahr 2011 voraussichtlich sogar stagnieren und in den beiden Folgejahren nur noch moderat zunehmen. Geht man für das nächste Jahrzehnt von einem im Jahresdurchschnitt annähernd ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalt aus, müssen die Zuwachsraten bei den Ausgaben in diesem Zeitraum um etwa zwei Prozent hinter der Entwicklung des durchschnittlichen BIP-Wachstums zurückbleiben.

Steuererhöhungen als letztes Mittel

Kann die Politik die Ausgaben nicht begrenzen, bleibt eine Erhöhung der Einnahmen – wenn die Konsolidierung nicht auf die Jahre nach 2020 verschoben und der Schuldendienst nicht mit weiteren Krediten bedient werden soll. Angesichts der Dimension des zu deckenden Finanzbedarfs liegt es nahe, sich mit den aufkommenstärksten Steuern zu beschäftigen: der Mehrwert- und der Einkommensteuer. Von einigen Experten wird die Mehrwertsteuer als die geeignete Steuer zur Erhöhung der Einnahmen bezeichnet.¹ Das Argument

¹ Vgl. Clemens Fuest, Der Griff zur Mehrwertsteuer ist alternativlos, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Juli 2009, Seite 13.

lautet, im Vergleich zur Einkommensteuer und im Vergleich zu höheren Beiträgen zur Sozialversicherung würde eine höhere Mehrwertsteuer die Arbeitskosten nicht anheben. Sie hätte damit keine negativen Auswirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Unternehmen.

Zu beachten ist allerdings, dass die Mehrwertsteuer – wie die Einkommensteuer – die reale Kaufkraft der Bürger reduziert. Der Gesetzgeber geht davon aus, dass bei einer Erhöhung der Mehrwertsteuer die Bruttopreise angehoben werden können und dass die Konsumenten wegen der unveränderten Preisrelationen ihr Nachfrageverhalten nicht wesentlich verändern und somit die Steuerbelastung tragen würden. In der Praxis ergeben sich aber in wettbewerbsintensiven Marktsegmenten oftmals nur eingeschränkte Möglichkeiten, um eine Steuererhöhung im vollen Umfang auf die Preise aufzuschlagen. Die Unternehmen tragen zumindest solange die höhere Last, bis sie in der Lage sind, entweder die Steuererhöhung doch auf die Preise aufzuschlagen oder sie in der nächsten Lohnverhandlung an die Arbeitnehmer weiterzureichen, indem sie Lohnzuwächse vereinbaren, die unter den Produktivitätssteigerungen liegen. Ob die Anbieter die zusätzliche Steuerbelastung auf die Konsumenten oder auf die Beschäftigten überwälzen: In beiden Fällen sinkt die Kaufkraft der Bürger.

Neben dieser direkten ist die indirekte Überwälzung von Steuern bedeutend: Bei verminderter Kaufkraft passen die Konsumenten ihre Nachfrage an. Das hat Auswirkungen auf die Nachfragestruktur, die bislang wenig erforscht ist. Wahrscheinlich ist aber, dass die Unternehmen von der veränderten Nachfragestruktur unterschiedlich betroffen sind. Es gibt also verzerrende Effekte einer Mehrwertsteuererhöhung. Was passiert aber bei den Unternehmen, wenn die Nachfrage nach ihren Produkten durch eine höhere Mehrwertsteuer gedrosselt wird? Der Nettogewinn sinkt genauso wie bei einer höheren direkten Gewinnbesteuerung.

Jede Steuererhöhung vermindert das Realeinkommen und damit die Konsummöglichkeiten der Bürger. Insofern sind Steuern immer auch unter Verteilungsgesichtspunkten zu analysieren. Die Mehrwertsteuer hat eine leicht regressive Wirkung: Gemessen am Einkommen, macht der Mehrwertsteueranteil der Konsumausgaben bei Haushalten mit niedrigerem Einkommen einen größeren Anteil aus. Wird die Mehrwertsteuer erhöht, verstärkt sich tendenziell dieser regressive Effekt. Zu erwähnen sind allerdings die Güter und Dienstleistungen mit reduziertem Steuersatz (etwa Lebensmittel, Bücher, Zeitun-

gen, Schnittblumen, Hundefutter) sowie die Güter und Dienstleistungen, die nicht direkt mit der Mehrwertsteuer belastet werden (zum Beispiel Mieten oder medizinische Leistungen). Weil Haushalte mit geringem Einkommen einen größeren Anteil ihres Einkommens für solche Güter ausgeben, steigt deren Belastung mit Mehrwertsteuern tendenziell weniger stark als die der Haushalte mit höherem Einkommen. Allerdings ist auch hier die zeitliche Perspektive zu beachten: Die Mieten sind nicht mit der Mehrwertsteuer belastet, wohl aber die Materialien und der Arbeitseinsatz bei Renovierungen. Es ist also damit zu rechnen, dass die mit einer Mehrwertsteuererhöhung verbundenen steigenden Kosten für einen Hauseigentümer mittelfristig durch höhere Mieten an die Mieter weitergegeben werden.

Gute Steuern – schlechte Steuern

„Gute“ Steuern im Sinne der Optimalsteuertheorie sind Steuern, die geringe Zusatzlasten verursachen. Zusatzlasten sind die Wohlfahrtsverluste der Besteuerten, die über die Einbußen hinausgehen, die eine Pauschalsteuer verursachen würde. Bei einer einheitlichen Steuerzahlung aller Steuerpflichtigen würde der Wohlfahrtsverlust allein durch die Last der Steuerzahlung bestimmt. Darüber hinausgehende Wohlfahrtseinbußen bei den preisverzerrenden Steuern sind umso höher, je stärker die Besteuerten auf eine Steuererhöhung reagieren. Daraus folgt, dass sämtliche Steuern, auf die die Besteuerten kaum reagieren, Kandidaten für ein optimales Steuersystem sind.

Hoch im Kurs steht deshalb die Grundsteuer. Ihrer Belastung können die Grundstückseigentümer auch nicht ausweichen, indem sie sich von ihrem Eigentum trennen, denn die zukünftige höhere Steuerbelastung wird durch einen niedrigen Verkaufspreis berücksichtigt. Die hohe Effizienz, die diese Steuer somit aus Sicht der Optimalsteuertheorie auszeichnet, muss allerdings ergänzt werden um eine Verteilungsbewertung. Hierbei gibt es offensichtlich bei den Befürwortern einer Anhebung der Grundsteuer wenige Bedenken. Orientiert man sich aber nicht am Leitbild der Optimalsteuertheorie, sondern eher am Leitbild, Einkommen steuerlich nicht mehrfach zu belasten, ergeben sich andere Grenzen der Besteuerung. Für eine höhere steuerliche Belastung von Grundstücken, die aus schon versteuertem Einkommen erworben wurden, gibt es dann keine Rechtfertigung.

Häufig wird in der Diskussion um Steuererhöhungen auf die Erbschaftsteuer verwiesen, zum Bei-

spiel vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 2005/2006, Seiten 288 ff.). Diese Steuer bietet ebenfalls wenige Ausweichmöglichkeiten, weil der Verwandtschaftsgrad nur eingeschränkt wählbar ist sowie ein erheblicher Teil der Erbschaften und damit der Erbschaftsteuer plötzlich und unerwartet anfallen. Reaktionen der Steuerpflichtigen sind dann ausgeschlossen, es entsteht keine Zusatzlast. Auch unter Verteilungsgesichtspunkten scheint diese Steuer viele Befürworter zu haben.

Wie kompliziert jedoch die Prüfung von Rechtfertigungsargumenten der Besteuerung von Erbschaften ist, hat die jahrelange Diskussion im Vorfeld der Erbschaftsteuerreform gezeigt, die zu Beginn dieses Jahres in Kraft getreten ist. Von einigen Kommentatoren wurde der Einfluss von Lobbygruppen kritisiert, der zu vielen Vergünstigungen geführt habe. Allerdings kann man dieser Kritik entgegen, dass auch in diesem Fall die Bewertungsprobleme bei der Definition der Bemessungsgrundlage erheblich sind und der Gesetzgeber offensichtlich nur mit entsprechendem Druck davon abgehalten werden konnte, sich über Gebühr in die Verwendung des Eigentums einzumischen. Man denke nur an die Auflagen bezüglich der Zahl der Arbeitnehmer eines Betriebes, die auch zehn Jahre nach in Inanspruchnahme einer ermäßigten Besteuerung noch beschäftigt werden müssen.

Andere Kandidaten zur Erhöhung der Steuereinnahmen, wie eine Vermögensteuer oder eine Steuer auf Börsenumsätze, kommen zur Schließung der Lücken in den öffentlichen Haushalten nicht in Betracht. In beiden Fällen gibt es Probleme bei der Definition der Bemessungsgrundlagen, und in beiden Fällen gibt es zahlreiche Ausweichmöglichkeiten, die zu hohen Zusatzlasten der Besteuernten führen. Eine Börsenumsatzsteuer würde zudem Deutschlands Stellung als Finanzplatz schwächen, weil die international mobilen Transaktionen auf andere Börsenplätze ausweichen dürften.

Beachtung des Äquivalenzprinzips

Wenn die vom Bund an die Arbeitslosen- und die Krankenversicherung gewährten Darlehen im Jahr 2011 zurückgezahlt und allein durch erhöhte Einnahmen der Sozialversicherung finanziert werden sollen, müssen die Beitragssätze um etwa 2,5 Prozentpunkte angehoben werden. Die Sozialabgabenbelastung könnte damit aber nicht mehr – wie von der Bundesregierung geplant – auf unter 40 Prozent sinken. Sie würde vielmehr auf 42 Prozent

steigen. Beitragserhöhungen haben den Nachteil, dass sie für die Unternehmen die Arbeitskosten erhöhen, wodurch ihre internationale Wettbewerbsposition verschlechtert wird.

Die alternative Finanzierung mittels einer höheren Mehrwertsteuer ist aber keineswegs unproblematisch: Erstens werden die Unternehmen auch bei einer Mehrwertsteuererhöhung belastet; zweitens entstehen negative Auswirkungen für die Sozialversicherungen, wenn der Äquivalenzgedanke durch eine Ausweitung der Steuerfinanzierung noch weiter in den Hintergrund tritt. Eine Finanzierung über Beiträge hat den Vorteil, dass ein direkter Zusammenhang zwischen dem Verhalten der Versicherten insgesamt und dem Finanzierungsbedarf der Sozialversicherungen eher erkennbar ist.

Die Senkung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung im Aufschwung der Jahre 2006 bis 2008 war folgerichtig, weil höhere Überschüsse bei der Bundesagentur Begehrlichkeiten zur Verausgabung der Rücklagen geweckt hätten. Dennoch sollten in der derzeitigen Krise keine Zuschüsse aus Steuermitteln an die Bundesagentur geleistet werden. Um den Finanzbedarf nicht komplett über höhere Beiträge finanzieren zu müssen, sollten weitere Darlehen des Bundes und vor allem eine Streckung der Rückzahlungsfrist ermöglicht werden. Auf längere Sicht sollten weitere Einsparmöglichkeiten in den sozialen Sicherungssystemen realisiert werden, etwa durch mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen, durch konsequentes Nachholen von aufgeschobenen Rentenanpassungen und durch eine Rücknahme von verlängerten Bezugszeiten von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitslose, wenn die Wirtschaft sich wieder stabilisiert hat.

Die Defizite, die in den öffentlichen Haushalten und Sozialversicherungen bis Ende 2010 entstehen, können nur in einer längeren Zeitspanne abgebaut werden. Im Jahr 2020 könnte eine Schuldenstandsquote von unter 60 Prozent erreicht werden, ohne Steuererhöhungen. Voraussetzung für eine erfolgreiche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme ist allerdings, dass es gelingt, den durchschnittlichen Anstieg der Staatsausgaben im kommenden Jahrzehnt um etwa zwei Prozentpunkte unter der Zuwachsrate der Staatseinnahmen zu halten. Außerdem sollte die Politik nicht der Versuchung unterliegen, den vermeintlich einfacheren Weg der Haushaltskonsolidierung über höhere Steuern zu verfolgen. Dies würde das wirtschaftliche Wachstum drosseln, ohne das eine Konsolidierung nicht erfolgreich sein wird. ■

Wie geht es den Briten in der Finanzkrise?

*Dr. Rainer Hillebrand/Prof. William E. Paterson
Institute for German Studies, University of Birmingham*

Die Briten scheinen von der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise härter getroffen zu sein als die Deutschen, obwohl sie einen leichteren wirtschaftlichen Einbruch erlebten. Dies lässt sich vor allem vor dem Hintergrund der jüngeren wirtschaftlichen Entwicklung und des weniger ausgebauten Wohlfahrtsstaats erklären: Während in Deutschland hohe Arbeitslosigkeit und Reformdebatten seit Jahren die politische Agenda bestimmen, war Großbritannien bis vor Kurzem vom Optimismus des längsten Booms seit Jahrzehnten geprägt. Zudem sind die Briten in Krisenzeiten stärker auf Eigenvorsorge angewiesen als die Deutschen.

Die vom US-Hypothekenmarkt ausgehende Finanzkrise breitete sich im Sommer 2007 über die eng miteinander verflochtenen Finanzmärkte global aus. Mit der Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 spitzte sich die Lage zu: Das Vertrauen der Finanzmarktakteure wurde erschüttert, und die Interbankenmärkte trockneten aus. Von den Finanzmärkten weitete sich die Krise auf den Welthandel und die Realwirtschaft aus. Laut jüngster Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) wird die globale Wirtschaftsleistung 2009 um 1,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr – und damit erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg überhaupt – sinken. Der Welthandel mit Gütern und Dienstleistungen wird um 12,2 Prozent schrumpfen.

Trotz des globalen Ausmaßes wirkt sich die Krise in einzelnen Ländern unterschiedlich aus. Besonders beeinträchtigt sind die entwickelten Volkswirtschaften in Nordamerika, Europa und Asien. Für sie ist laut IWF für 2009 mit einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 3,8 Prozent und einem Exportrückgang von 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu rechnen. Aber auch innerhalb der Gruppe der Industrieländer zeigen sich erhebliche Unterschiede: Obwohl Großbritannien – neben den USA – als Hauptverursacher der globalen Verwerfungen gilt, fällt der für das laufende Jahr prognostizierte BIP-Rückgang mit 4,2 Prozent geringer aus als zum Beispiel für Japan mit sechs Prozent oder Deutschland mit 6,2 Prozent. Während der Einbruch in diesen beiden Ländern an die Weltwirtschaftskrise nach 1929 erinnert, ist das Ausmaß in den angelsächsischen Ländern eher mit den Rezessionen der vergangenen 30 Jahre vergleichbar.

Die gesamtwirtschaftlichen Statistiken geben jedoch nur einen Teil der Lage wieder: Die Krise in Deutschland scheint trotz ihrer dramatischen Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung – zumindest bisher – vergleichsweise wenig Widerhall in der Bevölkerung zu finden. Im Vereinigten Königreich ist die Situation anders: Dort spielte die Wirtschaftskrise bereits früh eine zentrale Rolle in den Medien und der öffentlichen Diskussion.

Boomende Wirtschaft vor der Krise

Von entscheidender Bedeutung für die relativ intensivere Wahrnehmbarkeit der Finanzkrise ist die jüngere britische Wirtschaftsgeschichte. Eine Rezession mit hoher Arbeitslosigkeit und einem tiefen Wachstumseinbruch gab es zuletzt Anfang der 1990er Jahre. Nach 1993 befand sich das Land in einer langen Phase des Aufschwungs mit hohem Wirtschaftswachstum, geringer Inflation und sinkender Arbeitslosigkeit. So lag die für die Stimmung in der Bevölkerung wichtige Arbeitslosenquote seit Anfang des Jahrhunderts bis zum Beginn der Krise regelmäßig zwischen fünf und 5,5 Prozent und damit deutlich niedriger als in Kontinentaleuropa. Die Beschäftigung stieg im zweiten Quartal 2008 auf einen Rekordwert von 29,5 Millionen Erwerbstätigen.

Trotz einer nur schwachen Lohnentwicklung – Arbeitsplätze entstanden vor allem im Niedriglohnbereich – stiegen die Einkommen und Vermögen, nicht zuletzt aufgrund der rasant explodierenden Immobilienpreise. Mittels des sogenannten Housing Equity Withdrawal nutzten die Briten den gestiegenen Wert ihrer Wohnobjekte, um ihr Eigen-

heim mit Gewinn zu verkaufen oder höhere Darlehen aufzunehmen und unter anderem für den Konsum zu verwenden. Laut der Bank of England generierten die Haushalte in der Spitze mehr als acht Prozent ihrer durchschnittlich zur Verfügung stehenden Ressourcen durch diese Art des Kapitalabzugs aus Immobilien. Zudem sorgte die Stärke des britischen Pfunds gegenüber dem Euro und dem US-Dollar für niedrige Preise für ausländische Güter und Dienstleistungen – etwa Billigimportprodukte aus China oder günstige Auslandsreisen – und somit für höhere Realeinkommen.

Die anhaltende Boom-Phase und die dauerhaft guten Beschäftigungsaussichten prägten naturgemäß die Erwartungen der Akteure; Optimismus war ein weit verbreitetes Lebensgefühl. Dank reichlich vorhandener Liquidität im Bankensektor – nicht zuletzt bedingt durch eine expansive Geldpolitik und veränderte Finanzierungspraktiken wie die Kreditverbriefung – kam es zu einer Ausweitung des Kreditangebots: Fremdfinanzierungen von Immobilienkäufen zu 100 Prozent waren ebenso üblich wie Darlehensvolumina, die das Vier- bis Fünffache des Jahreseinkommens überstiegen. Auch Haushalte mit geringer Bonität wurden mit Kreditangeboten der Banken und des Einzelhandels überschüttet. Laut der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers stiegen die ausstehenden Kreditkartenschulden zwischen 2002 und Juli 2007 um mehr als 60 Prozent auf knapp 65 Milliarden Pfund. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Briten im Erwachsenenalter erhöhte sich von 17 000 Pfund im Jahr 2000 auf 33 000 Pfund sieben Jahre später. Kennzeichen britischer Lebensfreude wurde das kreditfinanzierte „shop-till-you-drop“ – begründet in der Annahme, dass die Zukunft noch rosiger sein würde als die Gegenwart.

Britisches Wirtschaftsmodell als Vorbild

Die Selbstzufriedenheit zeigte sich auch in politischen Fragen: Laut *Simon Tilford* vom Centre for European Reform glaubte man, dass alle schwierigen wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen in den 1980er Jahren getroffen worden seien.¹ Dank *Margaret Thatcher* waren die starken Gewerkschaften entmachteter und ineffiziente Staatskonzerne privatisiert worden. Mit der Deregulierung des Londoner Wertpapiermarktes im Jahr 1986 wurde ein Boom bei den Finanzdienstleistungen ausgelöst, der die gesamte Wirtschaft

antrieb. Das angelsächsische Modell einer flexiblen Konsum- und Dienstleistungsgesellschaft wurde – so die britische Einschätzung – zum Maßstab für andere.

Wie der Publizist *Will Hutton* betont, führte New Labour diese Politik fort, reorganisierte die Finanzaufsicht, verteidigte die Existenz von Steueroasen und sorgte für das Ausbleiben einengender staatlicher Eingriffe.² Das vielfache Lob internationaler Experten, der Zuzug zahlreicher ausländischer Banken und der Aufstieg Londons zum Weltfinanzzentrum – ebenbürtig mit dem strenger regulierten Finanzplatz New York – lieferten die gewünschte Bestätigung und brachten Kritiker zum Schweigen. Anders als in Deutschland, wo angesichts der angespannten wirtschaftlichen Lage seit Langem Reformdebatten die politische Agenda beherrschen, sahen die Briten keine Notwendigkeit, eine tiefe politische Auseinandersetzung über Reformen zu führen.

Im Gegenteil: Der damalige Finanzminister *Gordon Brown* nährte das Sicherheitsgefühl seiner Landsleute weiter. Wiederholt betonte er, dass es keinen zerstörerischen Zyklus von „Boom and Bust“ mehr gebe, wie er unter der konservativen Vorgängerregierung üblich gewesen sei.³ Die Briten könnten mit Stolz auf die stabilste Wirtschaftsentwicklung aller großen Industrienationen seit 1997 zurückblicken. In seiner Mansion-House-Rede am 20. Juni 2007 – nur wenige Wochen vor dem Run auf die fünftgrößte britische Hypothekbank Northern Rock – gratulierte *Brown* der Londoner Finanzwelt zu ihrer „Weltführerschaft“, sprach vom Beginn eines neuen „Goldenen Zeitalters“ für die Londoner City und rühmte Großbritanniens Vorbildfunktion als gesamtwirtschaftlicher Stabilitätsanker. Auch die Presse feierte die britischen Erfolge: Unter der Überschrift „Wiederbelebtes Britannia“ verglich der *Economist* im Februar 2007 die wirtschaftliche Stärke des Landes mit der glanzvollen Machtstellung 100 Jahre zuvor, als das britische Empire die Weltwirtschaft beherrschte hatte.

Vertrauensverlust auf breiter Front

Vor diesem Hintergrund wird klar, warum die britische Öffentlichkeit die Wirtschafts- und Finanzkrise als regelrechten Absturz erlebt. Wurden die

¹ Vgl. *Simon Tilford*, Are the British the new French?, <http://centreforeuropeanreform.blogspot.com>, 5. Mai 2009.

² Vgl. *The Observer* vom 14. Juni 2009.

³ Siehe *The Guardian* vom 11. September 2008 zu einigen Zitaten des damaligen britischen Finanzministers.

finanziellen Schwierigkeiten von Northern Rock noch als Einzelfall provinziellen Managements abgetan, erschütterte der Beinahe-Kollaps vermeintlich professionell geführter Großbanken wie der Royal Bank of Scotland (RBS), Halifax Bank of Scotland (HBOS) und Lloyds TSB das Vertrauen der Briten in einen ihrer zentralen Wirtschaftssektoren nachhaltig. Zunehmend wuchs die Erkenntnis, dass die übermäßige Abhängigkeit von der Finanzbranche – gemessen am BIP war diese im Vereinigten Königreich fünf Mal so groß wie in den USA – ein Problem darstellte und dass ein Teil der Wirtschaft „pure Illusion“⁴ war.

Auch politisch drehte sich der Wind: Während jahrelang sämtliche Kräfte den weitgehenden Rückzug des Staates aus der Wirtschaft predigten, priesen sie ihn mit einem Mal als einzigen handlungsfähigen Akteur. Die Regierung verstaatlichte insolvenzgefährdete Banken, und die Bank of England senkte die Leitzinsen auf das niedrigste Niveau in ihrer über 300-jährigen Geschichte. Mit den Fakten und immer neuen Schreckensmeldungen kippte auch die Stimmung: Der Consumer Confidence Index, ein im Auftrag der Bank Nationwide monatlich repräsentativ ermittelter Indikator für das Verbrauchervertrauen, fiel von seinem Höchstwert mit 111 Punkten Anfang 2005 auf ein historisches Tief von nur 44 Punkten im Januar 2009.

Nach den Exzessen der vergangenen Jahre schien eine Zeit der „Reue und Sühne“⁵ gekommen zu sein, und die Suche nach den Schuldigen begann. Die Journalistin *Rachel Sylvester* schreibt: „Labour hat 12 Jahre an Großbritanniens Zukunft gebaut – nichts ist dabei herausgekommen, sogar die Rechnung steht noch aus.“⁶ *The Guardian* veröffentlichte eine Liste von 25 für die Finanzschmelze hauptverantwortlichen Persönlichkeiten, darunter zahlreiche Chefs großer britischer Banken.⁷ Der ehemals renommierte RBS-Chef *Sir Fred Goodwin* wurde zum Feindbild Nummer eins: Trotz des größten jemals in der britischen Wirtschaftsgeschichte entstandenen Unternehmensverlusts in Höhe von 24,1 Milliarden Pfund im Jahr 2008 und einer Rettung der Bank durch den Staat wollte er auch nach seinem erzwungenen Rücktritt nicht auf seine vollen Pensionsansprüche verzichten.

Auch die Reaktionen ausländischer Akteure signalisierten den Briten, dass Zweifel an der Nachhaltigkeit ihres Wirtschaftsmodells berechtigt seien: So stürzte etwa das Pfund Sterling auf den internationalen Devisenmärkten zur Jahreswende 2008/09 auf einen Wechselkurs von nahezu 1:1 mit dem Euro. Im Mai 2009 zog die Rating-Agentur Standard & Poor's Großbritanniens Kreditwürdigkeit in Zweifel und stufte es als erstes Industrieland wegen der sprunghaft gestiegenen Staatsverschuldung von „stabil“ auf „negativ“ herunter. In der Debatte über die Finanzkrise stand das Vereinigte Königreich wiederholt im Zentrum internationaler Kritik. Anders als in Kontinentaleuropa, wo die Krise eher als externes Übel wahrgenommen wird, welches das eigene Wirtschaftsmodell grundsätzlich nicht infrage stellt, war die britische Finanz-Dienstleistungswirtschaft von Beginn an in ihrem Kern getroffen.

Rückkehr der Arbeitslosigkeit

Für die Briten bedeutet die Krise auch das Ende der Illusion einer konjunkturunabhängigen Wirtschaftsentwicklung: Negativwachstum, Arbeitslosigkeit und Insolvenzwellen im Unternehmenssektor kehren schlagartig zurück ins öffentliche Bewusstsein. Die Arbeitslosenquote stieg innerhalb nur eines Jahres um 2,4 Prozentpunkte – und damit so drastisch wie nie seit 1981 – auf 7,6 Prozent (2,38 Millionen Erwerbslose) im Durchschnitt der Monate März bis Mai 2009. Experten gehen davon aus, dass bis 2011 die magische Marke von drei Millionen Arbeitslosen weit übertroffen und damit in etwa der bisherige Höchststand von 1984 erreicht werden wird.⁸

Während Massenarbeitslosigkeit mit bis zu fünf Millionen Erwerbslosen in Deutschland seit Jahren eines der zentralen politischen Themen ist, verändert die Rückkehr der Arbeitslosigkeit die Stimmung der Briten dramatisch. Nachdem in Boom-Zeiten insbesondere osteuropäische Arbeitskräfte willkommen waren, macht sich mittlerweile Unmut breit: So waren die Medien im Januar 2009 voll mit Berichten über den wilden Streik in der Lincoln Oil Refinery, bei dem es um den Einsatz von ausländischen Arbeitskräften auf britischen Baustellen ging.

4 The Financial Times vom 8. Mai 2009.

5 The Economist vom 14. Mai 2009.

6 The Times vom 30. Juni 2009.

7 Vgl. The Guardian vom 26. Januar 2009.

8 Vgl. etwa Simon Kirby/Ray Barrell/Vladimir Pillionca, Prospects for the UK Economy, in: National Institute Economic Review, 2009, Nr. 208, Seite 54.

Auch für den Einzelnen ist die verschlechterte Arbeitsmarktlage spürbar: Beschäftigte sehen sich mit Kurzarbeit, Zwangsurlaub und Lohnkürzungen konfrontiert. Eine Million Erwerbstätige – etwa ein Viertel mehr als vor einem Jahr – sind derzeit teilzeitbeschäftigt, obwohl sie eine Vollzeitstelle bevorzugen würden. Für Jobsuchende sank die Zahl der offenen Stellen innerhalb der letzten zwölf Monate um etwa 50 Prozent auf 421 000 im Juni 2009. Während Arbeitsplätze in der Londoner City vor dem Lehman-Crash im Durchschnitt innerhalb von drei Wochen nach Ausschreibung besetzt waren, dauerte es im April 2009 bereits doppelt so lange. Zeitarbeitsstellen, die zu Spitzenzeiten im Jahr 2007 oftmals innerhalb von 24 Stunden vergeben wurden, sind heute circa neun Tage frei. Die längere Dauer bei der Job-Besetzung reflektiert – so *Gill Plimmer* – die gestiegene Zahl an Bewerbern, deren Unterlagen zu sichten sind, sowie zögerliche Unternehmensentscheidungen.⁹ Für den einzelnen Bewerber verlängern sie die Phase der Unsicherheit.

Von der verschlechterten Arbeitsmarktlage besonders betroffen sind Jugendliche und junge Arbeitnehmer. Die Arbeitslosenquote bei den 18- bis 24-Jährigen liegt derzeit bei 17,3 Prozent und damit fünf Prozentpunkte höher als vor einem Jahr. Ein Drittel der 16- bis 17-jährigen Schulabgänger ist heute noch arbeitslos, obwohl bereits der nächste Entlassungsjahrgang auf den Arbeits- und Ausbildungsmarkt drängt. Viele jüngere Arbeitssuchende weichen daher auf Bildungsangebote aus: Schüler drücken länger die Schulbank, und Bachelor-Studenten schließen ein Masters-Studium an, um Zeit zu überbrücken. Entsprechend stieg die Zahl der Studienplatzbewerber für das akademische Jahr 2009/10 gegenüber dem Vorjahr um knapp acht Prozent. Mit dem verlängerten Studium wächst jedoch der Schuldenberg vieler Absolventen, die neben den Lebenshaltungskosten hohe Studiengebühren finanzieren müssen.

Private Haushalte finanziell hart getroffen

Arbeitslosigkeit bedeutet in Großbritannien einen hohen Einkommensverlust. Das Arbeitslosengeld ist – anders als in Deutschland – nicht einkommensabhängig, sondern versteht sich eher als Mindestsicherung. Für verheiratete Erwachsene über 25 Jahre beträgt die staatliche Arbeitslosenunterstützung beispielsweise 100,95 Pfund pro Woche, für Ledige 64,30 Pfund. Das Institute for Fiscal Stu-

dies hat auf Basis dieser Sätze berechnet, dass das Niveau staatlicher Hilfe für arbeitslose Erwachsene ohne Kinder bei lediglich der Hälfte der relativen Armutsgrenze – ermittelt nach Abzug der Wohnkosten – liegt; für Familien mit Kindern beträgt dieser Wert zwischen 65 und 80 Prozent. Auch gesetzlich vorgeschriebene Abfindungen vom Arbeitgeber bieten keine tragfähige Alternative: Mit einem bzw. anderthalb Wochengehältern pro geleistetem Arbeitsjahr können sie den bisherigen Lebensstandard nicht sichern. Arbeitslosigkeit bedeutet mithin Verarmung, soweit keine Ersparnisse oder andere Einkünfte zur Verfügung stehen.

Gerade hier liegt ein weiteres Problem: Während die privaten Haushalte in Deutschland nur mäßig verschuldet sind – laut Deutscher Bundesbank lag die Verschuldung in diesem Jahrzehnt bei maximal 111 Prozent des verfügbaren Einkommens –, stellt sich die Situation in Großbritannien anders dar. Bereits 2007, das heißt vor Ausbruch der Krise, beliefen sich die Schulden der britischen Konsumenten auf 160 Prozent des verfügbaren Einkommens. Mittlerweile sind es 175 Prozent. Massiv verschärfte sich die prekäre Finanzlage durch den dramatischen Preisverfall im Häusermarkt: Anfang 2009 lag das Immobilienpreinsniveau um ein Fünftel niedriger als im Boom-Monat Oktober 2007.

Zum einen versiegt für die Eigenheimbesitzer – etwa 70 Prozent der Briten – die zusätzliche Einnahmequelle aus dem Housing Equity Withdrawal. Bei hohem Fremdfinanzierungsanteil sehen sich die Eigentümer zudem der Gefahr negativen Eigenkapitals ausgesetzt, wenn der Marktwert des Hauses unter den Wert der mit ihm verbundenen Belastungen fällt. Kommt es in dieser Situation zu Zahlungsschwierigkeiten bei Zinsen und Tilgung – etwa aufgrund von Arbeitslosigkeit –, drohen Privatinsolvenz oder die Zwangsübertragung der Immobilie auf die Gläubiger. 2009 wird die Zahl der zwangsübereigneten Häuser laut dem Verband britischer Hypothekenbanken (Council of Mortgage Lenders) von 40 000 im Jahr zuvor auf 75 000 ansteigen. Auch die Zahl der Hypothekenverträge mit Zahlungsrückständen erhöhte sich kräftig: Während im ersten Quartal 2008 rund 127 000 Hausbesitzer mit mehr als 2,5 Prozent der vereinbarten Raten im Rückstand waren, lag die Zahl in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres bereits um 62 Prozent höher.

⁹ Vgl. The Financial Times vom 27. April 2009.

Altersvorsorge in Gefahr

Eine weitere von der Finanzmarktkrise schwer getroffene Bevölkerungsgruppe ist die der Rentner und älteren Beschäftigten. Während in Deutschland der staatliche Einfluss auf die Altersvorsorge nach wie vor sehr groß ist, zeigt sich im Vereinigten Königreich ein anderes Bild: Laut Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bietet das staatliche Rentensystem für nicht-öffentlich Beschäftigte in Großbritannien den niedrigsten Schutz unter allen Industrieländern. Einer Umfrage der Financial Times zufolge gehen die Briten davon aus, dass lediglich knapp ein Drittel ihrer Altersvorsorge aus staatlichen Renten- und Sozialleistungen bezogen werden kann (Deutschland: 59 Prozent). 39 Prozent müssen aus privater Rentenvorsorge, je sieben Prozent aus Vermögensveräußerung und Erbe sowie 15 Prozent aus sonstigen Investitionen abgedeckt werden.

Mit der Finanzkrise ist die wichtige private Vorsorgesäule jedoch zusammengebrochen. So gefährdet die erhöhte Zahl an Unternehmensinsolvenzen die zugesagten Betriebsrenten, und die niedrigen Zentralbankzinsen schmälern die Renditen auf private Spareinlagen. Viele Anleger investierten vor allem in Immobilien und Aktien, was in den vergangenen Boom-Jahren eine gewinnträchtige und scheinbar sichere Strategie darstellte. Laut der unabhängigen Rentenexpertin *Ros Altmann* war das britische Rentensystem „eine riesige Wette auf steigende Aktienkurse“ und explodierende Häuserpreise.¹⁰ Umso größer ist nun die Ernüchterung: Der Einbruch der Immobilienpreise und der Wertpapierkurse wirkt sich auf zahlreiche Rentenpläne verheerend aus. Insbesondere für ältere Personen, die nicht auf eine mittel- bis langfristige Erholung der Märkte bauen können, ist vom einen auf den anderen Tag Altersarmut ein Thema. Beinahe jeder zweite Brite, so ein weiteres Ergebnis der Umfrage, sorgte sich im Mai 2009 in höherem Maße um seine Altersvorsorge als ein Jahr zuvor.

Zusätzlicher Störfaktor: Politische Unsicherheit

Was den Vertrauensverlust der Briten in ihre Institutionen verschärft, sind eine Reihe politischer Skandale und die Schwäche der Regierung unter *Gordon Brown*. Während die Deutschen mit der po-

litischen Arbeit von Bundeskanzlerin *Angela Merkel* weitgehend zufrieden sind, lag die Zustimmung für die britische Regierung laut einer Ipsos-/MORI-Umfrage im Juni 2009 bei nur 16 Prozent der eigenen Bevölkerung. Seit dem Neuwahldebakel im Herbst 2007 – *Brown* spielte mit dem Gedanken an Neuwahlen, schreckte schließlich jedoch davor zurück – gilt der Premierminister gemeinhin als unsicher, zaudernd und ungeschickt taktierend. Weitere Pannen wie der Verlust von persönlichen Daten von 25 Millionen Kindergeldempfängern, das politische Hickhack um die Abschaffung der Zehn-Prozent-Einkommensteuerstufe oder die nur zögerliche Verstaatlichung von Northern Rock verschärften den Eindruck von Führungsschwäche. Daran konnten auch zwischenzeitliche Erfolge wie der G20-Gipfel im April 2009 in London oder das überschwängliche Lob von Ökonomie-Nobelpreisträger *Paul Krugman* für *Browns* Krisenmanagement nichts ändern.¹¹

Ungeahnte Tiefen erreichte die politische Stimmung mit dem Spesenskandal im britischen Unterhaus. Die konservative Zeitung *Daily Telegraph* veröffentlichte im Mai und Juni 2009 täglich die Namen von Abgeordneten, die das Abrechnungssystem für ihre persönlichen Zwecke missbraucht hatten, und heizte so die Empörung in der Bevölkerung weiter an. Erneut machte *Gordon Brown* eine unglückliche Figur, und nach der historischen Niederlage bei den Kommunal- und Europawahlen am 4. Juni 2009 und mehreren Ministerrücktritten hing sein politisches Schicksal am seidenen Faden. Er konnte sich im Amt halten, niemand glaubt jedoch, dass der Labour-Chef länger als bis zur nächsten Unterhauswahl spätestens im Juni 2010 Premierminister bleiben wird.

Obwohl die Konservativen in den Umfragen vorne liegen, macht auch die Partei um *David Cameron* keinen guten Eindruck. Zum einen ist auch sie in den Spesenskandal verwickelt, zum anderen fehlt ihr über das allgemeine Credo „Ausgaben kürzen statt Steuern erhöhen“ hinaus ein überzeugendes Programm. Dies gilt zumal, da die Konservativen Kürzungen im ausgabenintensiven Gesundheitssektor ausschließen. *Financial-Times*-Kommentator *Philip Stephens* fordert daher: „*Cameron* sollte weniger reden und stattdessen sagen, wofür eine zukünftige Tory-Regierung steht.“¹² Der Journalist und Autor *David Marsh* kritisiert, dass der Tory-Chef akribisch versuche, allen alles recht zu machen und dabei zunehmend blass wirke.¹³ Auch in

10 Ros Altmann, zitiert in *The Observer* vom 24. Mai 2009.

11 Vgl. *New York Times* vom 13. Oktober 2008.

12 *The Financial Times* vom 7. Juli 2009.

der Bevölkerung überzeugt die Alternative zu Premierminister *Brown* bisher nicht: Weniger als die Hälfte der Befragten hält die Arbeit des Oppositionsführers für zufriedenstellend.

Diskussion um Großbritanniens Zukunft

Wie geht es nun weiter im krisengeschüttelten Großbritannien? Nachdem die dynamische Entwicklung der letzten Jahre eine grundlegende Auseinandersetzung über das britische Wirtschaftsmodell unnötig erscheinen ließ, ist mittlerweile die Erkenntnis gewachsen, dass eine Neuausrichtung unabdingbar ist: Laut *Financial Times*-Journalist *Martin Wolf* besitzt Großbritannien mit dem Finanzsektor einen komparativen Vorteil in der „weltweit unverantwortlichsten Industrie“.¹⁴ *Dieter Helm* von der University of Oxford sieht die wesentliche Krisenursache im schuldenfinanzierten, zu hohen Konsumniveau sowohl der privaten als auch der öffentlichen Haushalte seit der Jahrtausendwende.¹⁵ Der britische Schattenfinanzminister *George Osborne* kreidet zudem die Kurzfristigkeit im Denken vieler Akteure an, die schnellen Profit mehr schätzen als sich langfristig rentierende Investitionen.¹⁶

Weitgehend Einigkeit besteht darüber, dass Großbritannien eine ausgeglichene Wirtschaftsstruktur benötigt und, statt auf Konsum, auf Investitionen setzen sollte. Im Einzelnen werden insbesondere folgende Punkte politisch diskutiert:

■ Die Staatsfinanzen sind außer Kontrolle geraten. In seinem Budgetentwurf vom 22. April 2009 ging der britische Finanzminister *Alistair Darling* für das Jahr 2009 von einem Rekorddefizit von 175 Milliarden Pfund oder 12,4 Prozent des BIP aus. Die Staatsverschuldung wird von gut 44 Prozent des BIP im Jahr 2007 auf voraussichtlich 79 Prozent im Jahr 2014 ansteigen. Während das Land vor der Krise einen vergleichsweise geringen, wenn auch bereits steigenden Staatsanteil aufwies, spricht etwa *The Sunday Times* mittlerweile von „Soviet Britain“.¹⁷ Beklagt wird eine Staatsquote von 49 Prozent. Problematisch daran ist vor allem, dass der Aufblähung kein verbessertes Leistungsangebot der öffentlichen Hand gegenübersteht.

■ Trotz des enormen Sanierungsbedarfs benötigt Großbritannien Investitionen in die Verteidigung, Infrastruktur sowie Bildung und Forschung, wenn es seine politische Rolle in der Welt erhalten und eine nachhaltigere Wirtschaftsstruktur erreichen will. Für den Anspruch, eine globale militärische Macht zu sein, braucht die britische Armee neues technisches Material und eine verbesserte Ausbildung der Soldaten. Bei der veralteten und chronisch überlasteten Infrastruktur gibt es Nachholbedarf insbesondere im Flug-, Straßen- und Schienenverkehr, im Energiesektor und beim Ausbau erneuerbarer Energien. Auch bei den Ausgaben für Bildung, Forschung und Innovationen hinkt das Vereinigte Königreich hinter Wettbewerber wie Deutschland oder Frankreich her. Nur wenn in diesen Bereichen mehr investiert wird, hat Großbritannien – jenseits des günstigen Wechselkurses – Aussichten auf eine wettbewerbsfähige Industrie.

■ Eine weitere Baustelle dürfte die Reform des öffentlichen Dienstes sein. Zwar gibt es hier – so insbesondere die Meinung der Konservativen – enormes Einsparpotenzial: Nach Schätzungen des Office for National Statistics – die Behörde veröffentlicht Statistiken in den Bereichen Wirtschaft, Bevölkerung und Gesellschaft – lag die Produktivität dort 2007 um 3,2 Prozent niedriger als zehn Jahre zuvor, während sich der Output je Beschäftigtem im Privatsektor um 22,8 Prozent erhöhte. Jahrelang stiegen die Gehälter und Pensionszusagen der öffentlich Beschäftigten überproportional stark. Allerdings dürften etwaige Reformen im britischen Gesundheitssystem oder in anderen sensiblen Bereichen für enormes politisches Ungemach sorgen.

■ Ein weiteres Aufgabenfeld liegt in der Regulierungspolitik. In erster Linie ist eine Finanzmarktreform erforderlich, bei der die Aufsichtsstrukturen neu geordnet und Fehlanreize für eine zu hohe Risikoneigung der Banker beseitigt werden. Allerdings ist die Lobby der Londoner City bereits wieder erstarkt und versucht, übermäßig eingengende Regeln – sei es von der Regierung in London oder aus Brüssel – abzuwehren. Solange der britische Staat in Bezug auf Steuereinnahmen und seine Zahlungsbilanz stark von der Finanzindustrie abhängt, dürfte sie leichtes Spiel haben. Aber auch jenseits der Finanzbranche bedarf es – so unter anderem *Will Hutton* – der Reformen, etwa beim Unternehmens- und Insolvenzrecht, um dauerhaftere Eigentums- und Geschäftsbeziehungen

13 Vgl. *MarketWatch* vom 6. Juli 2009.

14 *Financial Times* vom 21. Mai 2009.

15 Vgl. *Financial Times* vom 4. Juni 2009.

16 Vgl. *George Osborne*, A New British Economic Model, Rede vom 9. Juni 2009.

17 *The Sunday Times* vom 25. Januar 2009.

gen anstelle der bisherigen kurzfristigen Denkweise zu etablieren.¹⁸

■ Großbritannien ist ein wirtschaftlich und sozial sehr ungleichmäßig entwickeltes Land. Es weist im OECD-Vergleich – weit vor den USA – die größte regionale Spaltung auf: Während Teile Londons ein viermal so hohes Pro-Kopf-BIP haben wie der britische Durchschnitt, liegen andere Regionen bei gerade einmal 50 Prozent. Zwar hinterlässt die aktuelle Finanzkrise Spuren vor allem im wirtschaftlich starken Süden und in der Londoner City, sodass sich kurzfristig die Lebensverhältnisse nach unten angleichen. Mittelfristig, das heißt nach einer Erholung, dürften aber vor allem die peripheren Regionen in Nordostengland, Schottland, Wales und Nordirland leiden. Hier macht der Staat mehr als zwei Drittel der Wirtschaftsleistung aus, sodass Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben entsprechend stärker zu Buche schlagen werden.

Öffentliche Reformdebatte notwendig

Ob die aktuelle Krise zu einer breiten öffentlichen Debatte über den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Reformbedarf in Großbritannien genutzt werden wird, ist ungewiss. Zum ei-

nen drohen immer wieder andere Themen, wie die Schweinegrippe oder die politischen Skandale der jüngsten Zeit, eine Auseinandersetzung zu überlagern. Zum anderen verleiten die sich häufenden Anzeichen einer Erholung – mittlerweile ist regelmäßig vom Ende des freien Falls der Wirtschaft und von sich erholenden Immobilienmärkten die Rede – zu einer Politik des „Weiter so!“. In der City machen bereits Schlagwörter wie „business as usual“ oder „bonuses are back“ die Runde.

Allerdings erscheint das Ausbleiben einer wirklichen Ursachenforschung gefährlich: Der beobachtbare Aufwärtstrend bei den gesamtwirtschaftlichen Kennzahlen beruht in erster Linie auf den massiven staatlichen Interventionen in der Geld- und Fiskalpolitik sowie der drastischen Abwertung des britischen Pfundes. Von einem starken, sich selbsttragenden Aufschwung kann bisher nicht ausgegangen werden. Haushalte und Unternehmen sind nach wie vor hoch verschuldet und müssen dringend ihre Bilanzen bereinigen. Auch die Banken zeigen sich bisher eher zögerlich bei der Kreditvergabe, was die Erholung schnell wieder abwürgen könnte. Es bleibt zu hoffen, dass der bevorstehende Wahlkampf von den politischen Kräften im Land für eine ernsthafte Auseinandersetzung über die Zukunft des britischen Wirtschaftsmodells genutzt wird.¹⁹ ■

18 Vgl. The Observer vom 31. Mai 2009.

19 Die Autoren danken dem Deutschen Akademischen Austausch Dienst (DAAD) für die Unterstützung ihrer Arbeit.

Frankreich und die Finanzkrise: Interventionismus und Strukturreformen

Prof. Dr. Henrik Uterwedde

Stellvertretender Direktor des Deutsch-Französischen Institutes, Ludwigsburg

„In dem Augenblick, in dem die Welt die Grenzen einer reinen Marktlogik wieder entdeckt und sich allen die Notwendigkeit einer Regulierung der Globalisierung und der Märkte aufdrängt, hat das französische Modell von Neuem seine Chance. ... Die Krise hat das französische Modell wieder in Mode gebracht. Gestern war es verschrien, heute wird es anerkannt wegen seiner Rolle als soziale Abfederung. Aber die Krise deckt auch mit aller Macht unsere Fehlleistungen und Schwächen auf“ (Nicolas Sarkozy, Rede vor dem Kongress in Versailles, 22. Juni 2009).

Mit Genugtuung hat man in Frankreich zur Kenntnis genommen, dass das französische Wirtschaftsmodell – oft als zu dirigistisch, zu staatslastig und zu unbeweglich kritisiert – sich in der Krise mehr als achtbar aus der Affäre zieht. Gerade von der angelsächsischen Presse wird es mit neuem Interesse betrachtet: „Das letzte noch aufrechte Modell ist Frankreich“, titelt das Magazin Newsweek am 19. Januar 2009. Und der Economist urteilt unter der Überschrift „Vive la différence“, dass der französische Weg recht gut aussehe – „zumindest in diesen turbulenten wirtschaftlichen Zeiten“.¹ Wenn selbst der britische Premierminister vom Ende des Laissez-faire spricht, klingt dies wie eine Bestätigung des französischen Wegs einer Marktwirtschaft, die durch staatliche Interventionen gelenkt und begleitet wird.

So sieht es jedenfalls Staatspräsident Nicolas Sarkozy: „Das Hauptereignis der Krise ist die Rückkehr des Staates, das heißt das Ende der Ideologie der öffentlichen Ohnmacht, die die Kehrseite der Allmacht des Marktes war. ... Im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts gibt es Platz für den Staat.“² Hatte sich Frankreich mit seinem Ruf nach mehr Interventionismus und Wirtschaftssteuerung auf der Ebene der Europäischen Union (EU) bislang oft in einer Außenseiterrolle gegenüber den liberalen Auffassungen der meisten übrigen Mitgliedstaaten befunden, so scheint sich dies verändert zu haben: „Die neoliberale Welle, die die Debatten und die Wirtschaftspolitik seit Ende der 1970er Jahre beherrscht hatte, scheint nun beendet zu sein. ...

Frankreich könnte also eine zentralere Position in Europa einnehmen.“³

Indes: Was auf den ersten Blick als brillantes Comeback des französischen Modells erscheint, verliert bei näherem Hinsehen einiges von seinem Glanz. Auch die viel und mit rhetorischer Verve beschworene Rückkehr des Staates entspricht nicht unbedingt dem staatsdirigistischen Bild, das hierzulande immer noch von Frankreich existiert. Gerade deswegen lohnt sich ein differenzierter Blick auf den Umgang Frankreichs mit der Krise.

Milde Krise in Frankreich

Auch Frankreich ist von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen. Für 2009 wird ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von drei Prozent prognostiziert. Dies ist der stärkste Einbruch seit 1945: Nach dem ersten Ölpreisschock hatte es 1975 ein Minus von einem Prozent und in der letzten Rezession im Jahr 1993 ein Minus von 0,9 Prozent gegeben. Dies hat Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt: Innerhalb eines Jahres stieg die Arbeitslosenquote von 7,2 Prozent (1. Quartal 2007) auf 8,7 Prozent (1. Quartal 2008); für Ende 2009 wird ein weiterer Anstieg auf 10,1 Prozent erwartet. Dann dürfte das Beschäftigungsniveau seinen niedrigsten Stand seit 2000 erreichen. Allein in diesem Jahr werden in der Privatwirtschaft 700 000 Arbeitsplätze verloren gehen; nur der öffentliche Sektor sorgt für leichte Entlas-

¹ The Economist vom 7. Mai 2009.

² Rede am 8. Januar 2009 in Paris auf dem Kolloquium „Neue Welt, neuer Kapitalismus“.

³ Joachim Schild, La force de l'imprévisible: la présidence française de l'UE face à la crise financière. Un point de vue allemand, in: Regards sur l'économie allemande 89/2008, Seite 19.

tung. Im Gegensatz zu früheren Konjunkturkrisen haben die Unternehmen ihre Produktionskapazitäten und Belegschaften schnell – offensichtlich auch früher als die Firmen in den Nachbarländern – an die sinkende Nachfrage angepasst.

Dennoch scheint es, dass Frankreich vergleichsweise glimpflich davongekommen ist. Zudem mehren sich seit März/April 2009 Anzeichen für eine beginnende Erholung, auch wenn man für das kommende Jahr nur einen allmählichen Weg aus der Rezession vorhersagt. „Das französische Modell hält stand“, urteilt die Wirtschaftszeitschrift *Alternatives économiques*.⁴ Bei der Suche nach Gründen für diese relativ gute – oder weniger schlechte – Lage der französischen Wirtschaft, stößt man auf einige strukturelle Besonderheiten:

■ Der Bankensektor scheint weniger betroffen von der Finanzkrise als in anderen Ländern, trotz spektakulärer Schwierigkeiten einiger Bankhäuser (wie zum Beispiel Dexia). Die französischen Banken sind in erster Linie Depotbanken, deren Einlagen von einer breit gestreuten Kundschaft stammen und die weniger von Schwankungen der Finanzmärkte abhängig sind. Dazu kommt ein eher vorsichtiges Anlageverhalten, was dazu führt, dass die Banken weniger „toxische“ Aktiva halten und damit weniger von der Subprime-Krise betroffen waren – auch wenn Bankhäuser wie BNP-Paribas, Société générale oder Natixis ab 2007/08 mit spektakulären Verlusten in die Schlagzeilen geraten sind und die vom Staat bereit gestellten Eigenkapitalhilfen in Anspruch nehmen müssen. So formuliert Notenbankchef *Christian Noyer* vorsichtig, dass auch die französischen Banken „nicht immunisiert gegen die Krise sind“. In diesem Zusammenhang sind auch die geringe Verschuldung und die im internationalen Vergleich hohe Sparquote der französischen Haushalte zu erwähnen, die zudem eher risikoarme Anlageformen bevorzugen.

■ Die französische Wirtschaft wird überwiegend von der Binnennachfrage angetrieben. Anders als in Deutschland spielt der Export als Wachstumsmotor eine untergeordnete Rolle. Die Exporte machen nur 23 Prozent des BIP aus; in Deutschland sind es 41 Prozent. Dadurch schlägt der Rückgang der Exportnachfrage weniger auf die Gesamtwirtschaft durch. Auch das Gewicht der verarbeitenden Industrie, die in Deutschland be-

sonders unter dem Einbruch der Exportmärkte gelitten hat, ist mit 12,1 Prozent des BIP nur halb so groß wie in Deutschland. Die französische Wirtschaftspolitik ist traditionell bestrebt, die Binnennachfrage nicht zu vernachlässigen, die sich denn auch im Jahr 2009 deutlich besser zu behaupten scheint als in den Nachbarländern: Der Rückgang der Investitionen ist geringer, und die private Nachfrage könnte sogar ein leichtes Plus verzeichnen. Die günstige demographische Entwicklung trägt ihrerseits mittel- und längerfristig dazu bei, die Dynamik der Binnennachfrage zu erhalten.

Zu dieser binnenwirtschaftlichen Stärke trägt bei, dass sich die Umverteilungsmechanismen über den Sozialstaat und die staatlichen Ausgaben als robuste automatische Stabilisatoren erweisen. Die Staatsquote, also der Anteil der Staatsausgaben am Inlandsprodukt, ist in Frankreich mit 55,6 Prozent eine der höchsten in Europa (EU-Durchschnitt: 50,1 Prozent). Sie federt damit die Krisenfolgen ab, ähnlich wie die Sozialleistungsquote in Höhe von 34,6 Prozent die Haushaltseinkommen stabilisiert. Der gleiche Effekt erfolgt aus dem hohen Gewicht der Beschäftigten im öffentlichen Sektor, also im öffentlichen Dienst und in staatlichen Unternehmen.

Allerdings: Was sich kurzfristig als krisendämpfend erweist, stellt mittel- und langfristig eher ein Handicap für die französische Wirtschaft dar. So gesehen sind die geringe Exportquote und das geringe Gewicht der Industrie Zeichen einer Schwäche, die sich in einer seit Jahren defizitären Handelsbilanz ausdrückt. Die französische Wirtschaft weist strukturelle Defizite auf, die sich mit mangelnder Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit sowie einer unausgeglichene Unternehmensstruktur, insbesondere einem fehlenden starken Mittelstand, umreißen lassen. Diese Mängel sind in zahlreichen offiziellen Sachverständigenberichten offengelegt worden. Sie begrenzen das Wachstumspotenzial der französischen Wirtschaft und dürften sich im erhofften Wiederaufschwung als Bremse erweisen.⁵

Französischer Aktionismus in der EU

Präsident *Nicolas Sarkozy*, der für seinen interventionsfreudigen Stil bekannt ist, hat schnell und

4 Guillaume Duval, *Le modèle français fait de la résistance*, in: *Alternatives économiques* Nr. 282, Juli/August 2009, Seiten 7–14. Den dortigen Tabellen (auf OECD-Basis) sind auch weitere Zahlenangaben in diesem Abschnitt entnommen.

5 Vgl. Michèle Debonneuil/Lionel Fontagné, *Compétitivité. Rapport au Conseil d'analyse économique*, Paris 2003, Seiten 49 ff. Zusammenfassend Henrik Uterwedde, *Revolution auf Raten. Frankreichs Wirtschaft zwischen Beharrung und Erneuerung*, in: *Internationale Politik* Nr. 4, 2007, Seiten 47–57.

energisch auf die Finanzkrise reagiert. Er nutzte die am 1. Juli 2008 beginnende sechsmonatige französische EU-Ratspräsidentschaft für eine Reihe von Initiativen, um gemeinsame europäische Antworten auf die Krise zu finden. Aus französischer, letztlich aber auch aus europäischer Sicht, war es ein glücklicher Zufall, dass mit Ausbruch der akuten Finanzkrise Frankreich die Ratspräsidentschaft übernahm. *Sarkozy* setzte alle Hebel in Bewegung, um nationale Alleingänge zu vermeiden und ein energisches, konzertiertes Vorgehen der EU zu erreichen. Er mobilisierte die Mitgliedstaaten über eine Reihe von Ad-hoc-Treffen in verschiedenen Formaten: bilaterale Treffen mit dem deutschen oder dem britischen Regierungschef, Vierertreffen mit Deutschland, Großbritannien und Italien, Tagungen des Europäischen Rates sowie auf internationaler Ebene die Einberufung der G20:

■ Dabei ging es erstens um die Eindämmung der Krise für den Bankensektor beispielsweise durch eine konzertierte Garantie der Spar- und Bankeinlagen, die Rekapitalisierung der Banken und Garantien für den Inter-Bankenverkehr. Ein niederländischer und von Frankreich unterstützter Plan eines europäischen Fonds zur Bankenrettung stieß allerdings auf die strikte Ablehnung der Bundesregierung.

■ Zweitens wurde der Kreditrahmen für Mitgliedstaaten mit gravierenden Zahlungsbilanzproblemen verdoppelt und effektiv eingesetzt.

■ Drittens setzte *Sarkozy* sich für eine gemeinsame europäische Wirtschaftsbelebung ein, was indes nur zu einem – sehr lose koordinierten – Nebeneinander der nationalen Konjunkturpakete führte. Insbesondere über die Höhe des gewünschten Mitteleinsatzes gab es keine Einigung. Die Bundesregierung widersetzte sich dem Drängen Frankreichs auf ein höheres Finanzvolumen ihres Konjunkturpaketes; dies führte zu deutsch-französischen Spannungen und dem Versuch Frankreichs, den deutschen Nachbarn unter Druck zu setzen.

■ Ein weiterer Konfliktpunkt wurde, viertens, *Sarkozys* Initiative zugunsten einer „europäischen Wirtschaftsregierung“. Dies ist eine alte französische Forderung, die auf eine politische und institutionelle Aufwertung der Eurogruppe – also der Finanzminister der zur Währungsunion gehörenden Mitgliedstaaten – abzielt. In ihren konkreten Formen ist sie aber oft unklar und stieß in Deutschland stets auf Ablehnung, weil sie als Versuch gewertet wird, die Unabhängigkeit und die

Stabilitätsorientierung der Europäischen Zentralbank aufzuweichen. *Sarkozys* – mit der Bundesregierung nicht abgestimmter – Vorstoß, die Eurogruppe künftig als Gremium der Staats- und Regierungschefs tagen zu lassen, sowie sein Versuch, sich als Präsident dieser Eurogruppe ins Spiel zu bringen, haben das deutsche Misstrauen weiter erhöht.⁶

■ Mehr Einigkeit gab es, fünftens, bei dem Versuch, sich gemeinsam für einen erneuerten weltweiten Regulierungsrahmen der Finanzmärkte einzusetzen. Insgesamt wird der französischen Ratspräsidentschaft trotz mancher Alleingänge und eigenwilliger Vorstöße bescheinigt, ein Auseinanderdriften der nationalen Krisenreaktionen verhindert und eine konzertierte Antwort der EU ermöglicht zu haben.⁷

Nationale Rettungsmaßnahmen

Auf nationaler Ebene erstreckt sich der Aktivismus des Präsidenten auf die akute Krisenbekämpfung mit den Schwerpunkten Banken, Konjunkturprogramm, Automobilsektor und soziale Abfederung. Er umfasst aber auch weitergehende Strukturmaßnahmen und Reformen. Die Regierung verkündete am 13. Oktober 2008 einen Plan zur Finanzierung der Wirtschaft, der verschiedene Elemente enthielt:

■ Ein System staatlicher Bürgschaften sollte die Refinanzierung der Banken erleichtern. Dazu wurde mit der SFEF (Société de financement de l'économie française) eine Finanzierungsgesellschaft geschaffen, die zu 34 Prozent vom Staat und zu 66 Prozent von den großen Banken getragen wird. Sie beschafft über staatlich garantierte Obligationen Kapital bei institutionellen Investoren, das sie für bis zu fünf Jahre als Kredit an Banken weitergibt. Banken, die derartige Kredite in Anspruch nehmen wollen, verpflichten sich vertraglich zu Gegenleistungen bei der Kreditvergabe an Unternehmen oder bei der Höhe der Managergehälter. Bei einem Kreditrahmen von maximal 265 Milliarden Euro sind bis zum 1. Juli 2009 Kredite in Höhe von 68 Milliarden Euro an 13 Banken zur Verfügung gestellt worden.

6 Zum Problem der „Wirtschaftsregierung“ vgl. David J. Howarth, Making and Breaking the Rules: French policy on EU „gouvernement économique“ and the Stability and Growth Pact, <http://www.eiop.or.at/eiop/pdf/2005-015.pdf>.

7 Vgl. dazu die ausführliche Bilanz von Joachim Schild, a. a. O.

■ Eine Beteiligungsgesellschaft (Société de prise de participation de l'Etat, SPPE) soll über nicht stimmberechtigte, mit acht Prozent verzinste Beteiligungen an den Banken deren Eigenkapital stärken. Eine erste Operation führte im Dezember 2008 den sechs großen Banken Banque Populaire, BNP Paribas, Caisse d'Épargne, Crédit Agricole, Crédit Mutuel und Société Générale insgesamt 10,5 Milliarden Euro Eigenkapital zu; bis zum 1. Juli stieg diese Summe auf 17 Milliarden Euro.

■ Im Rahmen eines Mittelstandsplans wurde aus bestimmten Sparanlageformen sowie staatlichen Zuwendungen ein neuer Kreditrahmen von insgesamt 22 Milliarden Euro bereitgestellt, der über die Banken und die staatliche Mittelstandsbank Oséo kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommen soll.

■ Eine Kreditvermittlung mit einem „Mediator“ wurde eingerichtet, um die Beziehungen zwischen Banken und kreditsuchenden Unternehmen zu erleichtern. Laut Regierung sind im Rahmen dieser Aktion bis Juli 2009 an 5 000 Unternehmen Kredite in Höhe von 968 Millionen Euro vergeben worden, mit deren Hilfe über 90 000 Arbeitsplätze gesichert worden seien.⁸

■ Die Regierung führte spezielle Rettungsaktionen durch und forcierte bestimmte Restrukturierungen: Die BNP Paribas übernahm das Geschäft der angeschlagenen Bank Fortis in Belgien und Luxemburg; im Gegenzug übernahmen die belgische und die luxemburgische Regierung 11,6 Prozent bzw. 1,1 Prozent des Kapitals an BNP Paribas. Eine weitere Rettungsaktion betraf die im Kommunal- und Immobiliengeschäft tätige Dexia, die in einer Gemeinschaftsaktion Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs mit neuem Eigenkapital ausgestattet und so vor dem Ruin gerettet wurde. Damit ist die Bank, die aus dem früher öffentlichen Institut Crédit local de France hervorgegangen war, faktisch wieder verstaatlicht worden.

■ Schließlich hat die Regierung auch die Genossenschaftsbanken Caisse d'Épargne und Banque Populaire zu einer Allianz gedrängt – und ihnen gleichzeitig einen Mitarbeiter des Staatspräsidenten als neuen Chef präsentiert. Damit entsteht das nach dem Crédit Agricole zweitgrößte französische Bankhaus.

Konjunkturpaket und Automobilpakt

Das am 4. Dezember 2008 vom Staatspräsidenten angekündigte Konjunkturpaket ist mit 26 Milliarden Euro (1,3 Prozent des BIP) verteilt über zwei Jahre eher zurückhaltend ausgefallen (Tabelle). Es enthält nur wenige konsumstützende Maßnahmen und setzt einen deutlichen Akzent auf die Investitionen: Stützung der privaten Investitionen durch eine Reihe von finanziellen Anreizen für die Unternehmen in Höhe von 11,4 Milliarden Euro und ein Programm vorgezogener oder zusätzlicher öffentlicher Investitionen insbesondere im Infrastrukturbereich in Höhe von 10,5 Milliarden Euro. Dazu kommen sektorale Maßnahmen für die Bauwirtschaft und die Automobilindustrie sowie gezielte, aber wenige beschäftigungs- und sozialpolitische Maßnahmen.

Während die Regierung davon ausgeht, dass der Wachstumseffekt des Konjunkturpaketes zwischen 0,6 und 1,0 Prozentpunkten liegen könnte, gehen Experten von einer geringeren Wirkung in Höhe von 0,3 bis 0,5 Prozentpunkten aus. Das Haushaltsdefizit dürfte sich um 0,8 Prozent des BIP erhöhen, aber es wird keine strukturelle Verschärfung der öffentlichen Verschuldung erwartet, da die Maßnahmen überwiegend punktueller Natur sind oder bereits geplante Ausgaben zeitlich vorziehen. Die europäische Denkfabrik Bruegel kommt in einer Analyse der europäischen Konjunkturprogramme zum Ergebnis, dass sich die „echten“ fiskalischen Mehrausgaben auf 16,9 Milliarden Euro (0,8 Prozent des BIP) belaufen, womit sich Frankreich am unteren Ende befindet (Deutschland: 1,55 Prozent, Vereinigtes Königreich: 1,36 Prozent).⁹

Die Krise hat in besonderer Weise die Automobilindustrie erfasst, die sich wie in den Nachbarländern mit Überkapazitäten auf europäischer Ebene, einer Kreditklemme sowie Nachfrageeinbrüchen konfrontiert sah. Wie in Deutschland zählt die Automobilbranche zu den zentralen industriellen Sektoren. So war es nur folgerichtig, wenn *Nicolas Sarkozy* erklärte: „Frankreich wird seine Automobilindustrie nicht fallen lassen.“ Am 9. Februar wurde ein „Automobilpakt“ zwischen Regierung und Herstellern geschlossen, der insgesamt neun Milliarden Euro mobilisieren soll und drei Ziele verfolgt: Unterstützung der Nachfrage über Konsumentenkredite, Sicherung der technologi-

8 Nach Le Figaro vom 1. Juli 2009.

9 Vgl. David Saha/Jakob von Weizsäcker, EU stimulus packages, Bruegel policy contribution, 2009/02, www.bruegel.org. Vgl. auch Jean-Christophe Caffet, France: Les grandes lignes du plan de relance, Natixis Special Report, Nr. 166, 5. Dezember 2008.

Das französische Konjunkturpaket	
	in Milliarden Euro
Unternehmensfinanzen	11,4
Beschleunigte Erstattung von unternehmerischen Forschungsaufwendungen	3,8
Beschleunigte Mehrwertsteuererstattungen	3,0
Beschleunigte Verrechnung von Verlusten mit der Gewinnsteuer	1,8
Beschleunigte Rückzahlung zu viel gezahlter Unternehmenssteuern	1,1
Degressive Abschreibung von Investitionen	0,7
Erhöhte Anzahlungen für Auftragnehmer bei öffentlichen Aufträgen	1,0
Öffentliche Investitionen	10,5
Zusätzliche Investitionen für Infrastrukturen (Pariser Metro, Bahn, Energie, Post)	4,0
Zusätzliche Investitionen in strategischen Bereichen (nachhaltige Entwicklung, Hochschulen, Forschung, Rüstung)	4,0
Zusätzliche Investitionen der Gebietskörperschaften	2,5
Sektorale Hilfen	2,0
Bauwirtschaft: 70 000 zusätzliche Sozialwohnungen; zinslose Darlehen und zusätzliche Hilfen für einkommensschwache Familien bei Eigenheimerwerb; beschleunigte Renovierungsprogramme in Vorstädten	1,6
Automobilsektor: Abwrackprämie in Höhe von 1 000 Euro bei Kauf eines umweltfreundlichen Autos; erleichterte Refinanzierung der Autobanken; staatliche Hilfen für Forschung und Entwicklung sowie Restrukturierungen	0,4
Beschäftigungspolitik und Hilfen für einkommensschwache Familien	2,0
Befreiung von Sozialabgaben bei Neueinstellungen in Kleinunternehmen	keine Angabe
Zusätzliche Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik	keine Angabe
Solidaritätsprämie für 3,8 Millionen Personen als Vorgriff auf das noch einzuführende Solidaritätseinkommen für Niedriglohnbezieher	keine Angabe
Insgesamt	25,9

Quellen: eigene Zusammenstellung nach Crédit agricole, CA Eco News Nr. 120, 8. Dezember 2009; französische Regierung (Mission Plan de relance de l'économie).

sehen Zukunftsfähigkeit und einen Beitrag zu leisten zur Entwicklung von emissionsarmen Automobilen. Dazu kommen Maßnahmen im Zuge des Konjunkturpaketes vom 4. Dezember wie die Abwrackprämie. Insbesondere Peugeot-Citroën und Renault erhalten je einen Kredit mit fünfjähriger Laufzeit in Höhe von drei Milliarden Euro. Präsident *Sarkozy* erhielt im Gegenzug die Zusicherung, dass beide Konzerne in dieser Zeit keine Standorte aufgeben und Entlassungen nach Möglichkeit vermeiden. Damit, so *Sarkozy*, werde „Frankreich eine mächtige Automobilindustrie und seine Produktionskapazität auf nationalem Boden erhalten“.¹⁰

Die Pariser Pläne lösten Besorgnis bei den EU-Partnern und der Europäischen Kommission aus, die darin protektionistische Züge entdeckten. Die Sorgen wurden zusätzlich durch die scharfe Kritik

¹⁰ Le Point vom 9. Februar 2009.

Sarkozys genährt, der am 5. Februar 2009 im Fernsehen die Auslagerungspolitik französischer Automobilhersteller vor allem nach Tschechien scharf kritisiert hatte. Die Kommission rang der französischen Regierung schließlich die Zusicherung ab, dass die beiden Kredite keine wettbewerbswidrigen Standortklauseln enthalten, wobei dennoch Zweifel geblieben sind.¹¹

Ökonomischer Patriotismus

Mit der Finanzkrise hat auch die Frage, wie wichtige, „strategische“ französische Unternehmen vor unliebsamen ausländischen Übernahmen ge-

¹¹ Vgl. Presseerklärung der Kommission vom 28. Februar 2009, Staatliche Beihilfen: Kommission setzt durch, dass Frankreich bei geplanten Hilfen für Automobilindustrie auf protektionistische Maßnahmen verzichtet. Vgl. auch: EU greift bei Autohilfen durch, Handelsblatt vom 26. Februar 2009. Generell zur Gefahr der Renationalisierung Jutta Frasch, Gefahr für den Binnenmarkt, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), SWP-aktuell Nr. 25, Mai 2009.

schützt werden könnten, neue Brisanz erhalten. Seit 2005 wird diese Debatte unter dem Stichwort „ökonomischer Patriotismus“ geführt.¹² In diesem Zusammenhang war immer die Frage eines französischen Staatsfonds erörtert worden, der das Kapital wichtiger Unternehmen stabilisieren könnte. Am 20. November 2008 verkündete *Nicolas Sarkozy* die Gründung eines „Strategischen Investitionsfonds“ (Fonds stratégique d’investissement, FSI), der zu 51 Prozent der staatlichen Investitionsbank CDC und zu 49 Prozent dem Staat gehört und über 20 Milliarden Euro verfügt.

Die Ziele des Fonds sind gleichermaßen offensiv und defensiv. Einerseits sollen Entwicklungschancen für strategische bzw. zukunftssträchtige Firmen gefördert werden, andererseits sollen diese Unternehmen vor unliebsamen ausländischen Übernahmeversuchen geschützt und das Kapital der großen Unternehmen stabilisiert werden. Die Ziele sollen durch gezielte, auf fünf bis zehn Jahre angelegte Minderheitsbeteiligungen des FSI in mittleren und großen Unternehmen erreicht werden. Eine Hebelwirkung wird durch Partnerschaften mit anderen – öffentlichen oder privaten, französischen oder ausländischen – Investoren angestrebt. Finanziellen Risiken soll vorgebeugt werden, indem nur in rentable, zukunftssträchtige Firmen investiert wird. Die Beteiligungen sollen vorwiegend in „strategischen Unternehmen“ erfolgen, das heißt in Firmen, die „in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft über Kompetenzen, Technologien und Arbeitskräfte verfügen, welche für den nationalen und europäischen Standort unersetzlich sind“.¹³

Wenngleich eine Reihe offener Fragen formuliert worden sind – sie betreffen finanzielle Risiken für die CDC, die Gefährdung ihrer Unabhängigkeit durch Vereinnahmung durch den Staat sowie den Sinn eines nationalen ökonomischen Patriotismus und die Gefahr, dass die Vokabel „strategisch“ zum Einfallstor für politischen Opportunismus wird¹⁴ –, war das politische Echo überwiegend positiv, sowohl bei Gewerkschaften als auch im Unternehmerlager. Allerdings erinnerte der Unternehmerverband Medef an die europäischen Wettbewerbsregeln. Hier zeigt sich wieder einmal, dass der Präsident in einer interventionistischen Tradition

12 Vgl. Henrik Uterwedde, *Patriotisme économique*. Eine (nicht nur) französische Debatte, in: *Dokumente* Nr.6/2006, Seiten 16–21.

13 FSI, *Les orientations stratégiques du Fonds stratégique d’investissement*, Paris, April 2009, Seite 3.

14 Vgl. zum Beispiel Jean-Claude Hazera, *Le fonds souverain français sur le fil de l’épée*, *Les Echos* vom 22. November 2008, Seite 14; Anne Michel, *Un fonds souverain à la française*, *Le Monde* vom 4. Dezember 2008, Seite 2.

steht. „Arme Linke!“ kommentiert die Zeitung *Libération*: „Ihre ökonomischen Ideen werden eine nach der anderen vom Chef der Rechten geplündert.“¹⁵ Eine der ersten Beteiligungen des Fonds erfolgte beim Automobilzulieferer Valeo; seither hat er eine Reihe weiterer Anlagen getätigt.¹⁶

Visionen für die Zeit nach der Krise

Die Politik *Nicolas Sarkozys* seit 2007 stand im Zeichen umfangreicher struktureller Reformen. Nach Ausbruch der Finanzkrise hat der Präsident keinen Zweifel daran gelassen, dass er weitere Reformen vorantreiben will, und dies in einer feierlichen Rede vor den zum Kongress versammelten Parlamentariern der Nationalversammlung und des Senats am 22. Juni 2009 bekräftigt. Im Mittelpunkt stehen Bereiche wie die Staatsreform mit einem globalen Abbau der Zahl der Beamten und einer Vereinfachung des komplizierten Geflechts der dezentralen Gebietskörperschaften, Anpassungen im Bereich des Sozialstaats, also der Renten- und Krankenversicherung, sowie Bildung, Ausbildung und Kampf gegen soziale Ausgrenzung. Handlungsleitend ist dabei *Sarkozys* Überzeugung, eine Sparpolitik um jeden Preis sei kurzfristig und würde Frankreichs Situation verschlimmern. Er wirft der Politik der vergangenen Jahrzehnte vor – und bezieht dabei ausdrücklich seine Parteifreunde mit ein –, die laufenden Staatsausgaben nicht verringert und sie nicht auf Zukunftsinvestitionen ausgerichtet zu haben. *Sarkozys* Maxime kann so zusammengefasst werden: Keine kurzfristige Sparpolitik und keine Steuererhöhungen, sondern dauerhafte Einsparungen durch strukturelle Reformen, effizienteres Handeln und neue öffentliche Ausgaben für Zukunftsprojekte.¹⁷

Im Zusammenhang mit der Finanzierung seiner Reformstrategie hat der umtriebige Präsident eine symbolträchtige nationale Anleihe angekündigt, mit deren Hilfe ab 2010 eine Reihe von Zukunftsinvestitionen finanziert werden soll. Dies wurde am 28. Juni 2009 auf einer Regierungsklausur beschlossen. *Sarkozy* beauftragte zwei ehemalige Premierminister – den Konservativen *Alain Juppé* und den Sozialisten *Michel Rocard* – mit der Leitung einer Reflexionsgruppe, die über geeignete Projekte nachdenken und bis zum 1. November einen entsprechenden Bericht erstellen soll. Es gehe

15 *Libération* vom 24. Oktober 2008, Seite 3.

16 Die Beteiligungen werden aufgelistet in der Chronik auf der Homepage des Fonds: <http://www.fonds-fsi.fr/>.

17 Vgl. *Nicolas Sarkozy*, Rede in Versailles, 22. Juni 2009.

nicht um ein zweites Konjunkturpaket, betont die Regierung, sondern um „Visionen für das Frankreich nach der Krise“.

Die Aussicht auf umfangreiche Forschungs- und Entwicklungsmittel hat zahlreiche Begehrlichkeiten in Politik und Wirtschaft geweckt, noch bevor die Modalitäten dieses neuen Programms feststanden. Im federführenden Wirtschaftsministerium, aber auch in anderen Ressorts, beginnt man bereits über geeignete Projekte nachzudenken: beispielsweise über einen neuen Prototyp eines Kernreaktors der vierten Generation, eine Forschungsplattform für Bio-Medikamente oder einen leistungsfähigen Großcomputer. Auf jeden Fall, so die Regierung, soll ein Gießkanneneffekt vermieden und stattdessen eine kleine Zahl von Projekten ausgewählt werden, die geeignet sind, strukturelle Schwächen zu überwinden und das Wachstumspotenzial der französischen Wirtschaft zu erhöhen.

So war zunächst noch offen, um welche Summe es sich handeln soll; genannt wurden 80 bis 100 Milliarden Euro. Auch war noch nicht geklärt, ob es sich um eine Anleihe beim breiten Publikum handelt oder ob eine klassische Finanzierung auf dem Finanzmarkt gewählt wird. Der erste Weg hat den Vorteil einer symbolträchtigen, auch politisch zu nutzenden Mobilisierung, wie es französische Politik gern inszeniert; dafür müsste man gegenüber den üblichen Konditionen für Staatsanleihen auf dem Finanzmarkt aber etwas höhere Zinsen bieten.¹⁸ Was die Auswirkungen auf die französische Staatsverschuldung betrifft, hatte *Sarkozy* in seiner Rede vor dem Kongress in Versailles bereits eine Unterscheidung getroffen zwischen einem „schlechten“ Defizit wegen laufender Ausgaben, einem notwendigen rezessionsbedingten und einem „guten Defizit, das die Zukunftsaufgaben finanziert“ – unter der Voraussetzung, dass nur „gute Investitionen“ ausgewählt werden.

Rückkehr des Staates?

Die Finanzkrise hat den in Frankreich stark vertretenen antiliberalen Kräften in ihrer tiefen Skepsis gegenüber marktwirtschaftlichen Mechanismen und der Globalisierung Auftrieb gegeben. Gleichzeitig hat sich im Bewusstsein vieler Franzosen das „französische Modell“ einer durch staatliche Inter-

18 Vgl. dazu die Kommentare und kritischen Fragen in: Sept questions autour du futur grand emprunt d'Etat, *Le Monde* vom 24. Juni 2009; Grand emprunt: l'appel aux épargnants en débat, *Le Figaro* vom 15. Juli 2009; Le grand emprunt doit être productif, *Les Echos* vom 25. Juni 2009.

ventionen und Umverteilungen sowie einen starken öffentlichen Sektor gekennzeichneten Marktwirtschaft als krisenstabilisierend erwiesen und damit seine zahlreichen Kritiker Lügen gestraft. *Nicolas Sarkozy* selbst, der noch vor seiner Wahl durchaus kritische Töne gegenüber dem französischen Modell gefunden und einen „Bruch“ mit seinen Praktiken gefordert hatte, unterstützt jetzt den französischen Weg: „Die Welt nach der Krise wird eine Welt sein, in der die Botschaft Frankreichs besser gehört und besser verstanden wird. Angesichts seiner Werte wird Frankreich besser gerüstet sein, um Erfolg zu haben.“¹⁹ Dieser Ansatz wird auch in *Sarkozys* Unterscheidung einer „schlechten“ und einer „guten“ Globalisierung deutlich: „Die erste treibt die Logik der Wettbewerbsfähigkeit um jeden Preis bis zum Exzess und greift auf alle Formen des Dumpings, der aggressiven Handelspolitik, der Senkung der Kaufkraft und des Lebensniveaus zurück. Die zweite stützt sich auf die Erhöhung der Produktivität, die Erhöhung des Lebensstandards und des Wohlstands. Die erste ist konflikthaft, die zweite kooperativ.“ Frankreich, so die – parteiübergreifend konsensfähige – Botschaft, wählt den Weg, der ökonomischen und sozialen Fortschritt in Einklang bringen will.

Allerdings darf über diesem Bild eines dirigistischen, marktskeptischen, die Schutzfunktion des Staates betonenden Weges nicht der Wille zur Erneuerung vergessen werden, der die französische Politik seit 2007 und auch seit Ausbruch der Krise beherrscht. Im neuen Wachstumsmodell, dem der Staatspräsident einen Weg ebnen will, stehen das Arbeitsethos, das Unternehmertum sowie Freiräume für Forschung und Entwicklung an vorderster Stelle. Das Bekenntnis zum Staat geht einher mit einer Politik, die eben diesen Staat umbauen will, ihn schlanker, produktiver und effizienter gestalten, ein neues Gleichgewicht zwischen Staat und Markt suchen und dem Bürger mehr Selbstverantwortung zumuten will.

Kraftvolle Intervention des Staates und Struktur-reformen: Frankreich versucht in der Krise, seiner Eigenständigkeit der Nachkriegszeit treu zu bleiben, aber auch neue Wege zu gehen. Die Botschaft des französischen Präsidenten an sein Volk ist „die Bewegung. Haben wir den Mut, uns zu ändern!“ Abzuwarten bleibt, inwiefern dieser Diskurs des Präsidenten Eingang in die reale Politik finden wird und ob Frankreich aus der Finanzkrise die Kraft zur Erneuerung ziehen kann. ■

19 Dieses und die folgenden Zitate sind entnommen aus der Rede *Sarkozys* vor dem Kongress in Versailles am 22. Juni 2009.

Zu einem Buch von Bernd Ziegler

Ökonomische Theoriegeschichte mit Methode

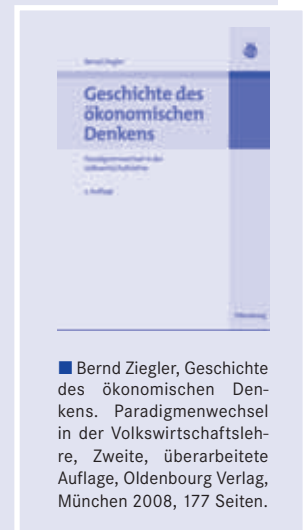
Die Zunft der Ökonomen steht derzeit in der Kritik: Kaum ein Wissenschaftler habe die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise vorhergesehen. Aus diesem Grunde sei das volkswirtschaftliche Theoriegebäude zu inspizieren und gegebenenfalls zu sanieren. Es wäre nicht das erste Mal, dass eine Krise einen Umbruch in der Wissenschaft nach sich zieht.

Die Volkswirtschaftslehre hat einen langen Weg zurückgelegt von den Anfängen bei griechischen Vordenkern und mittelalterlichen Scholastikern über die klassische politische Ökonomie des 18./19. Jahrhunderts und die (neoklassische und keynesianische) Ökonomik des 20. Jahrhunderts bis hin zur heutigen Vielfalt volkswirtschaftlicher Teildisziplinen. Doch darf man sich diese Entwicklung nicht als einen kontinuierlichen und kumulativen Prozess vorstellen. Stattdessen unterliegt die ökonomische Theoriegeschichte einer Abfolge von eher ruhigen Phasen der quantitativen Wissensanhäufung und -vertiefung sowie mehr oder wenigen stürmischen Phasen des qualitativen Wandels. Gerade zu diesen wirtschaftswissenschaftlichen Revolutionen haben immer wieder auch Wirtschaftskrisen beigetragen, die unerwartet auftauchten oder sich theoretisch bis dato nicht einordnen ließen.

Bernd Ziegler, Dozent für Volkswirtschaftslehre und Statistik am Department Wirtschaft und Politik der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg, beschreibt die „Geschichte des ökonomischen Denkens“ als eine Geschichte von Paradigmenwechseln. Er wählt damit einen methodischen Ansatz, der von *Thomas S. Kuhn* 1962 in seinem Buch „The Structure of Scientific Revolutions“ erstmals veröffentlicht und danach – nicht zuletzt aufgrund der Kritik von *Imre Lakatos* – weiterentwickelt wurde. Und genau in diesem methodischen Unterbau liegt die Stärke des vorliegenden Buches: Mehr als 25 der knapp 150 Seiten sind dem *Kuhn'schen* Theorieansatz, dessen Fortentwicklung im kritischen Disput mit *Lakatos* sowie dem Für und Wider seiner Anwendung auf die Geschichte ökonomischer Lehrmeinungen gewidmet.

Der Leser erhält damit eine methodische Basis zur ökonomischen Theoriegeschichte, die nicht „das Wirken bedeutender Ökonomen – auch als Klassiker des ökonomischen Denkens bezeichnet – in den Vordergrund“ stellt. Darüber hinaus wird aber auch auf die in der Wissenschaft notwendige Bescheidenheit hingewiesen: Selbst Theorien, die sich lange Zeit bewährt haben und die auf breite Zustimmung in der wissenschaftlichen Gemeinschaft stoßen, können durch neue Theorien abgelöst werden. Die vorübergehende, implizite Einigung auf bestimmte Probleme, bestimmte Musterlösungen und bestimmte Instrumente wird durch – theoretisch nicht erklärte – reale Entwicklungen oder nicht ins „Weltbild“ passende Deutungsmuster erschüttert und gegebenenfalls aufgekündigt. Dazu kommt es allerdings nur, wenn ein anderer Kandidat für ein neues, wiederum vorübergehend gültiges, Paradigma bereitsteht.

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hat sicher mehr als eine Hypothese des modernen ökonomischen Mainstream widerlegt. Gleichzeitig stehen neue Entwicklungslinien in der Makro- und Mikroökonomik, aber auch in der evolutorischen Ökonomik, der Spieltheorie und der Neuroökonomik als Kandidaten für ein neues Paradigma zur Verfügung. *Bernd Zieglers* lesenswertes Buch folgt den volkswirtschaftlichen Paradigmen in chronologischer Reihenfolge und bietet einen guten Überblick über die ökonomische Theoriegeschichte, der zum tieferen Eintauchen in die Materie einlädt – und methodisch auch dazu befähigt. ■



■ Bernd Ziegler, Geschichte des ökonomischen Denkens. Paradigmenwechsel in der Volkswirtschaftslehre, Zweite, überarbeitete Auflage, Oldenbourg Verlag, München 2008, 177 Seiten.

Lars Vogel

Liberales Ökonomen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Dr. Philip Plickert
Wirtschaftsredakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Auch Wissenschaftler der „Freiburger Schule“ waren am Widerstand gegen das Hitler-Regime beteiligt. Ein Resultat ihres Wirkens war die Konzeption einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur.



Ein Bild aus düsteren Zeiten, entstanden vermutlich im Jahr 1939 oder 1940: Drei Männer im Anzug, Wirtschaftsprofessoren der Universität Freiburg, sind ins Gespräch vertieft. Links sieht man *Adolf Lampe*, in der Mitte *Constantin von Dietze* und rechts *Walter Eucken*, dessen scharfes Profil unter seinem Hut hervortritt. Ihre Stimmung ist sichtlich gedrückt.

Die drei Ökonomen bildeten damals das Zentrum der oppositionellen Freiburger Kreise, die Anfang der vierziger Jahre enge Kontakte zu den führenden Persönlichkeiten des deutschen Widerstands gegen das Hitler-Regime knüpften. Ihre Entwürfe für eine wirtschaftspolitische Ordnung – eine Wettbewerbsordnung im Gegensatz zur Zentralverwaltungswirtschaft des Nationalsozialismus (NS) – gingen *Carl Goerdeler* und anderen Verschwörern des 20. Juli 1944 zu. Wie die neuere Forschung betont, bildeten die Entwürfe der Freiburger die Grundlage der verschiedenen Pläne der Widerstandsgruppen um *Goerdeler* bis hin zum Kreisauer Kreis für eine künftige Wirtschaftsverfassung nach *Adolf Hitlers* Sturz.¹

Die Widerstandskämpfer des 20. Juli scheiterten mit ihrem Ziel, das nationalsozialistische Regime

zu beseitigen. Viele bezahlten für ihre Gewissenshaft mit dem Leben. Mehrere der Freiburger Professoren wurden von der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) gefasst und teils schwer gefoltert, überlebten aber mit viel Glück das Kriegsende. In den folgenden Jahren wurden ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen erstaunlich wirkmächtig. *Ludwig Erhard* griff *Euckens* Konzeption einer Wettbewerbsordnung auf und konnte sie in der Bundesrepublik weitgehend verwirklichen. Damit kann eine Linie gezogen werden von den freiheitlichen Ideen der bürgerlichen Widerständler zu den ordnungspolitischen Weichenstellungen von 1948, die zum „Wirtschaftswunder“ führten.

Richtungsstreit der deutschen Ökonomen

Nur eine kleine Minderheit der Ökonomen – darunter Linke, Liberale und Konservative – war im Dritten Reich aktiv oppositionell engagiert. Die Mehrheit verhielt sich opportunistisch angepasst. Sie hatten den Niedergang der Weimarer Republik mit ihren Krisen von Staat und Gesellschaft erlebt und sich in der schweren Depression nach 1929 orientierungslos gezeigt.

Dabei lähmte die Ökonomenzunft auch ein innerer Streit. Die deutschen Volkswirte stritten seit den 1920er Jahren um die Ausrichtung und Methoden ihres Fachs. Eine kleine Schar jüngerer, theoretisch ausgerichteter Ökonomen, zu deren führenden Köpfen *Eucken* zählte, wandte sich ge-

¹ Vgl. dazu Christine Blumenberg-Lampe, Das wirtschaftspolitische Programm der ‚Freiburger Kreise‘, Duncker & Humblot, Berlin 1973; Dagmar Rübsam/Hans Schadek (Hrsg.), Der „Freiburger Kreis“. Widerstand und Nachkriegsplanung 1933–1945 (Ausstellungskatalog), Freiburg 1990; Daniela Rüter, Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der bürgerlichen Opposition gegen Hitler, Paderborn 2002; Nils Goldschmidt (Hrsg.), Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand, Tübingen 2005.

gen die älteren Vertreter in der Tradition der Historischen Schule, deren statistisch-deskriptive, theorieferne Arbeiten in Deutschland über Jahrzehnte vorherrschten. Der junge *Alexander Rüstow* arbeitete daran, die Gruppe der „Theoretiker“ in der List-Gesellschaft und im Verein für Socialpolitik in Stellung zu bringen. *Rüstow*, in seinen Jugendjahren einem christlichen Sozialismus verbunden, hatte sich in den zwanziger Jahren marktwirtschaftlichen Idealen zugewandt. Zu seinen engsten Verbündeten zählte er neben *Eucken* vor allem *Wilhelm Röpke*, während *Joseph Schumpeter* distanziert blieb. Die Versuche, die Orientierung der Ökonomenzunft zu wenden, scheiterten inmitten der Weltwirtschaftskrise.²

Im Verein für Socialpolitik rückten Männer wie *Werner Sombart* an die Spitze. *Sombarts* Wahl zum Vorsitzenden kündete von einem geistigen Klimawandel. In seinem Buch „Deutscher Sozialismus“ von 1932 hatte der kulturpessimistische „geläuterte Marxist“ sich den Nationalsozialisten angeeignet: Seine Aufgabe sei, die „starken Kräfte, die zu einer Vollendung der nationalsozialistischen Idee nach ihrer sozialistischen Seite hin zu streben, in Bahnen zu lenken, in denen sie nicht verheerend, sondern befruchtend sich auswirken“.³ An deutschen Universitäten gaben andere NS-affine Ökonomen den Ton vor: *Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld* raunte von einer völkischen, gar rassegemäßen Wirtschaftsordnung. *Othmar Spann* mischte seine ständischen und korporatistischen Ideen hinzu. Über die Zeitschrift *Die Tat* propagierten zumeist ökonomische Laien die autarkistischen Ideale, denen auch der Nationalsozialismus zustrebte.

Weite Teile der deutschen Ökonomen-Szene ließen sich gleichschalten und passten sich den neuen ideologischen Vorgaben bereitwillig an. Nur wenig Widerspruch oder Widerstand war gegen die gewaltsame Säuberung der Universitäten von jüdischen und missliebigen Wissenschaftlern zu vernehmen. Die Mehrzahl der sozialistischen Theoretiker wanderte nach 1933 wegen ihrer politischen Überzeugungen aus. Auch einige liberale Ökonomen flüchteten, andere gingen in die innere Emigration.

2 Vgl. dazu Hauke Janssen, *Nationalökonomie und Nationalsozialismus. Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den dreißiger Jahren*, Marburg 1998, Seiten 20–38.

3 Zitiert nach ebenda, Seite 64. *Sombarts* Werbungsversuche endeten kläglich, vonseiten mancher NS-Stellen schlug ihm schroffe Ablehnung entgegen.

Frühe Opposition liberaler Ökonomen

Die Wege in die Opposition und den Widerstand waren oftmals verschlungen. Einige hatten sich schon in der Weimarer Republik dem Aufstieg des Nationalsozialismus entgegengestellt, etwa der junge *Wilhelm Röpke*. Zur Reichstagswahl im September 1930, die den ersten Durchbruch für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) brachte, verfasste der erst 30 Jahre alte Marburger Wirtschaftsprofessor ein Flugblatt, das er in seiner niedersächsischen Heimat verbreitete. Darin warnte *Röpke*: Wer nationalsozialistisch wähle, solle wissen, „dass er Chaos statt Ordnung, Zerstörung statt Aufbau wählt. Er soll wissen, dass er für den Krieg nach innen und nach außen, für sinnlose Zerstörung stimmt.“⁴

Wiederholt griff *Röpke* die wirtschaftspolitischen Ideen der Nationalsozialisten frontal an. In Artikeln unter Pseudonym in der Frankfurter Zeitung klagte er die intellektuellen NS-Sympathisanten aus der Zeitschrift *Die Tat* an, deren Antikapitalismus linke und rechte Elemente mischte. Ihre Vorliebe für planwirtschaftliche Lenkung führe in einen „Termitenstaat“; die von ihnen bewunderte Industrialisierung in der Sowjetunion sei unter ungeheurem sozialem Druck und auf Kosten des privaten Konsums geschehen. Wenige Tage nach der Machtergreifung hielt *Röpke* im Februar 1933 in Frankfurt einen Vortrag mit dem Titel „Epochenwende?“ Darin geißelte er die NS-Bewegung als „Aufstand der Massen“ gegen die Grundlagen freiheitlicher abendländischer Zivilisation. Im Widerspruch zu Vernunft, Freiheit und Humanität drohe eine beispiellose Verrohung und Verpöbelung, die „in die Urwälder Gemanians“ zurückführe, klagte *Röpke*. „Die Masse steht im Begriff, den Garten der europäischen Kultur zu zertrampeln, skrupellos, verständnislos.“⁵

Als offener Gegner des Nationalsozialismus war *Röpke* einer der ersten bürgerlichen, nicht-jüdischen Professoren, die aus der Universität gedrängt wurden. Nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums betrieben die neuen Machthaber seine Entlassung. Im April 1933 floh *Röpke* ins Ausland und zog sich in Istanbul zurück. Von 1937 an lehrte er an einem Universitätsinstitut in Genf. In Artikeln für die *Neue Zürcher Zeitung* klagte er während des Krieges die Politik des NS-Regimes an. Sein wichtigster Beitrag

4 Zitiert nach Hans Jörg Hennecke, *Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung*, Stuttgart 2005, Seiten 71–73.

5 Vgl. und zitiert nach ebenda, Seiten 89–98.

zum geistigen Widerstand jedoch waren seine Bücher „Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart“ und „Civitas humana“. Darin legte er die intellektuellen und sozialen Wurzeln der kollektivistischen Ideologien des Kommunismus und des Nationalsozialismus offen und entwarf die Gegen-Utopie: eine dezentrale mittelständische Wirtschafts- und Sozialordnung, die individuelle Freiheit und Verantwortung vereint. Einige Exemplare dieser Werke wurden nach Deutschland eingeschmuggelt. Auch *Ludwig Erhard* bekam sie in der Endphase des Krieges zu lesen. Wie er später bekannte, saugte er sie auf „wie die Wüste das Wasser“.⁶

Auch *Rüstow*, der mit *Röpke* befreundete und geistesverwandte Sozialphilosoph, wählte nach der NS-Machtergreifung den Weg ins Exil. In der Endphase der Weimarer Republik war *Rüstow* in verschiedenen wirtschaftsliberalen Berliner Zirkeln engagiert und knüpfte enge Kontakte zur Politik, insbesondere zur Regierung *Franz von Papens*. Fieberhaft suchte *Rüstow* nach Lösungen für die Wirtschaftskrise. Er arbeitete dabei mit seinem Bruder *Hans-Joachim Rüstow* und mit *Wilhelm Lautenbach* im Reichswirtschaftsministerium zusammen, die eigene Pläne für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vorlegten. Zuletzt versuchte er, die *Papen'sche* Konstruktion einer Regierung mit *Hitler* als Kanzler zu verhindern. Nachdem dies scheiterte und die Gestapo im März 1933 das Haus der *Rüstows* durchsuchte, entschloss er sich zur Emigration.⁷ Auf Vermittlung seines Freundes *Röpke* erhielt *Rüstow* einen Ruf an die Universität Istanbul, wo er siebzehn Jahre ausharrte. Zugleich aber blieb er an den Debatten in Europa über einen erneuerten Liberalismus beteiligt. 1938 waren *Rüstow* und *Röpke* wichtige Stimmen beim Colloque Walter Lippmann in Paris, das als Geburtsstunde des Neoliberalismus gilt.⁸

Am anderen Ende des liberalen Spektrums stand der Österreicher *Ludwig von Mises*, der in Wien in den 1920er Jahren in einem Privatseminar eine Gruppe hochbegabter junger Ökonomen um sich gesammelt hatte, darunter *Friedrich August von Hayek*, *Gottfried von Haberler* und *Fritz Machlup*. Anders als *Rüstow* wollte *von Mises* an altliberalen Idealen festhalten. Seine radikal-marktwirtschaftliche Haltung ließ ihn gegen jeden Eingriff des Staates

eintreten, der in eine Interventionsspirale münden müsse. Die Ursachen der Weltwirtschaftskrise sah er in vorangegangenen Verzerrungen, vor allem durch die geldpolitische Expansion der zwanziger Jahre, die einen künstlichen ungesunden Boom ausgelöst hatte, der in eine scharfe korrigierende Rezession münden musste. Im Jahr 1934, als Österreich zunächst von einem Putschversuch der Sozialisten, dann von einem der illegalen Nationalsozialisten erschüttert wurde, entschloss sich *von Mises* zur Auswanderung und nahm ein Angebot aus Genf an, wo er *Röpke* wiedertraf. 1940 floh er auf abenteuerliche Weise quer durch Europa und ließ sich in New York nieder. Auch seine Schüler *von Haberler* und *Machlup* waren nach Amerika übergesiedelt. *Von Hayek* lehrte seit 1930 in England an der London School of Economics.⁹

Nach der Emigration der wichtigsten Vertreter der klassisch-liberalen Österreichischen Schule endete diese Tradition in Wien. Die Österreicher hielten aber weiter Kontakt zueinander und zu anderen liberalen Ökonomen in Deutschland und Europa. *Von Mises* und *von Hayek* kamen 1938 zum Pariser Colloque Walter Lippmann. Nach dem Krieg setzte sich *von Hayek* für die Gründung einer Vereinigung liberaler Intellektueller ein, die 1947 am Mont Pèlerin glückte – mit *Eucken* als einzigem Teilnehmer aus dem zerstörten Deutschland. Später wurde die Mont Pèlerin Society, der auch *Erhard* und die Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft beitraten, das geistige Zentrum einer (neo-)liberalen Gegenbewegung zum sozialistisch-keynesianischen Zeitgeist. Wie *von Hayek* 1947 bei der Eröffnungsrede betonte, sei der „Gedanke der Wettbewerbsordnung bei den Deutschen viel lebendiger geblieben“, als man nach zwölf Jahren NS-Herrschaft hätte erwarten mögen.¹⁰ Das war nicht zuletzt das Verdienst *Euckens* und seiner Freiburger Freunde, die in Deutschland ausgeharrt hatten.

Die Formierung der Freiburger Kreise

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten bedeutete an den deutschen Universitäten vielfach einen tiefen Einschnitt. Mit großer Härte gingen die Nationalsozialisten gegen missliebige Wissenschaftler vor. Bis zum Wintersemester 1934/35 war etwa ein Siebtel der Dozenten und Professoren der deutschen Universitäten aus politischen oder rassischen Gründen entlassen worden. In den

⁶ Ludwig Erhard, in: Wilhelm Röpke, Gegen die Brandung. Zeugnisse eines Gelehrten unserer Zeit, hrsg. von Albert Hunold, Erlenbach-Zürich/Stuttgart 1959, Seite 12.

⁷ Zu Rüstows Wirken in der späten Weimarer Republik vgl. Kathrin Meier-Rust, Alexander Rüstow. Geschichtsdeutung und liberales Engagement, Stuttgart 1993, Seiten 54–59.

⁸ Vgl. dazu Philip Plickert, Wandlungen des Neoliberalismus, Stuttgart 2008, Seiten 89–111.

⁹ Vgl. Earlene Craver, The emigration of the Austrian economists, in: History of Political Economy 18, 1/1986.

¹⁰ Vgl. Philip Plickert, a. a. O., Zitat auf Seite 142.

Wirtschaftswissenschaften war es sogar fast ein Viertel.¹¹

Die Situation an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg hatte sich zugespitzt, da der neue Rektor *Martin Heidegger* die Hochschule zu einer nationalsozialistischen Musteranstalt mit einem straffen Führerprinzip umformen wollte. In seiner Rektorsrede im November 1933 polemisierte *Heidegger* gegen die „vielbesungene ‚akademische Freiheit‘“ und kündigte an, diese aus der Universität zu „verstoßen“. Dagegen regte sich Widerspruch. Der 42 Jahre alte *Walter Eucken*, der seit 1927 in Freiburg lehrte, tat sich als „Sprecher der latenten Opposition im Senat“ hervor.¹² Neben anderem untergrub der Konflikt mit der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät *Heideggers* Position, bis er 1934 entnervt seinen Rücktritt einreichte.

Unzweifelhaft ist, dass *Eucken* von Anfang an tiefen Abscheu gegen das neue Regime empfand. Als überzeugter protestantischer Christ war er entsetzt über die Verfolgung der Juden, darunter auch sein Freund *Edmund Husserl*. Nach Erlass der Nürnberger Gesetze 1935 schrieb *Eucken* in sein Tagebuch: „Alle Juden werden beurlaubt oder aus dem Staatsdienst entlassen. Überall Misshandlungen. Diese Sünde, die das deutsche Volk begeht, indem es wehrlose Menschen seelisch und körperlich misshandelt, wird sich an ihm furchtbar rächen. Gott ist auch ein rächender Gott.“¹³

Auch der Wirtschaftsjurist und Privatdozent *Franz Böhm*, der seit 1932 in Freiburg mit *Eucken* gemeinsame Seminare abhielt, wandte sich gegen die antijüdische Politik. Er war mit einer Jüdin, der Tochter der Schriftstellerin *Ricarda Huch*, verheiratet und sah die antisemitischen Tendenzen im NS-Reich mit Schrecken. 1937 hatte *Böhm* eine Vertretungsprofessur in Jena inne. Bei einem Streitgespräch mit einem NS-Funktionär kritisierte er, dass die Juden zu Sündenböcken gemacht würden. Für diese Aussage wurde *Böhm* mit einem Disziplinarverfahren überzogen und vom Universitätsdienst suspendiert. Die Pogrome der Reichskristallnacht am 9. November 1938 erschütterten *Eucken* und seine Freunde, darunter der Historiker *Gerhard Ritter*. *Ritter* schrieb in einem Brief über die Ereignisse: „Was wir in den letzten beiden Wo-

chen erlebt haben im Ganzen des Vaterlandes, ist das Beschämendste und Schrecklichste, was seit langen Jahren geschehen ist. Wohin sind wir gekommen!!!“¹⁴

Als Reaktion auf die vom NS-Regime gelenkten antijüdischen Ausschreitungen gründeten *von Dietze*, *Lampe*, *Eucken* und *Ritter* mit anderen Professoren und evangelischen Pfarrern das Freiburger Konzil. Man traf sich reihum in den Privathäusern der Teilnehmer und diskutierte über die Frage des für Christen gebotenen Widerstands. Aus den Debatten entstand, verfasst weitgehend von *Ritter*, eine Denkschrift „Kirche und Welt“. Die Frage des Widerstands stellte sich auch dringlich vor dem Hintergrund des „Kirchenkampfes“ zwischen regimekritischen und regimetreuen Christen. *Von Dietze*, der nicht nur Agrarökonom, sondern auch Theologe war, engagierte sich schon früh in der Bekennenden Kirche in Berlin, die sich gegen eine Vereinnahmung durch den NS-Staat wehrte. Schon 1937 war er erstmals von der Gestapo verhaftet worden. Er blieb jedoch auch nach seiner Übersiedlung nach Freiburg aktiv. Über ihn kam der Kontakt des Freiburger Konzils mit dem Berliner Pfarrer *Dietrich Bonhoeffer* zustande.

Im Auftrag *Bonhoeffers* und der Leitung der Bekennenden Kirche arbeiteten die Freiburger 1942/1943 eine umfangreiche Denkschrift mit dem Titel „Politische Gemeinschaftsordnung“ aus, die staats- und wirtschaftspolitische Überlegungen für die Zeit nach dem Ende der NS-Herrschaft enthielt. Die Aussagen zu Staat und Gesellschaft blieben dabei einer engeren protestantischen Geistestradiation verhaftet. Wegweisend war der Teil zur Wirtschafts- und Sozialordnung. Aufbauend auf *Euckens* Konzepten nahm er in Umrissen schon die spätere Wettbewerbsordnung der Bundesrepublik vorweg. In scharfem Widerspruch zur nationalsozialistischen Politik schrieben *Eucken*, *von Dietze* und *Lampe*, „eine auf weiteres Vorantreiben zentraler Leitung gerichtete und damit auf Vollendung des Kollektivismus hinauslaufende Wirtschaftspolitik ist abzulehnen“. Stattdessen sollte Wettbewerb ermöglicht werden und „die Ordnung auf Selbstverantwortlichkeit der Einzelwirtschaftenden beruhen, sollen Markt- und Preisfreiheit herrschen“. Der Staat solle aber auch kein Laissez-faire betreiben, sondern strenge Regeln für alle Marktteilnehmer aufstellen. Dies beuge „Machtzusammenballungen“ vor.¹⁵

11 Vgl. Harald Hagemann, Widerstand und Emigration. Die Lage der deutschsprachigen Nationalökonomie nach 1933 und die Rolle Freiburger Wirtschaftswissenschaftler, in: Nils Goldschmidt (Hrsg.), a. a. O., Seite 3.

12 Ernst Schulin, Einleitung, in: Dagmar Rübsam/Hans Schadek, a. a. O., Seite 10.

13 Zitiert nach Dagmar Rübsam/Hans Schadek, a. a. O., Seite 57.

14 Zitiert nach Dagmar Rübsam/Hans Schadek, a. a. O., Seite 62.
15 Constantin von Dietze/Walter Eucken/Adolf Lampe, Wirtschafts- und Sozialordnung, in: Nils Goldschmidt/Michael Wohlgemuth (Hrsg.), Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik, Tübingen 2008, Seite 108.

Das Konzept der freiheitlichen Wettbewerbsordnung

Um die Bedeutung dieses wirtschaftspolitischen Entwurfs zu erfassen, sind die zeitgeschichtlichen Hintergründe zu bedenken. 1932 hatte sich an der Universität Freiburg eine Forschungsgruppe zusammengefunden, die neben *Eucken* vor allem die Juristen *Hans Großmann-Doerth* und *Franz Böhm* prägten. Sie debattierten über „Die Ordnung der Wirtschaft“, so der Titel ihrer ab 1937 veröffentlichten Schriftenreihe. „Die Frage, die uns gemeinsam beschäftigte, war, wenn man sie eng fasst, die Frage der privaten Macht in einer freien Gesellschaft. Sie führt notwendigerweise weiter zu der Frage, wie die Ordnung einer freien Wirtschaft beschaffen ist“, erklärte *Böhm* rückblickend. Als Gefahrenquelle für den Bestand einer freiheitlichen Ordnung sahen die Freiburger „jede stärkere Konzentration der Gewalt ... sei es politische, öffentliche Gewalt, sei es die Macht einzelner Privatpersonen oder gesellschaftlicher Gruppen“.¹⁶

Ihr Konzept der Wettbewerbsordnung stand somit in völligem Kontrast zur wirtschaftspolitischen Praxis der Zeit. Es zielte darauf, einen staatlichen Ordnungsrahmen für echten Leistungswettbewerb zu schaffen, um so die unselige deutsche Tradition einer „vermachteten“ Wirtschaft der Kartelle und Monopole zu beenden. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichtshofs von 1897 waren Kartellverträge in Deutschland zivilgerichtlich legal und einklagbar. In der Weimarer Republik gab es zwar seit 1923 ein Wettbewerbsgesetz, das Kartelle aber nicht generell verbot, sondern sie einer staatlichen Aufsicht unterwarf, um „Missbrauch“ zu verhindern. Tatsächlich war die Regelung leicht zu umgehen. Rasch stieg die Zahl der Kartelle in Industrie, Handel und Finanzwesen auf rund 2500. *Böhm* hatte diese Entwicklung als Referent im Reichswirtschaftsministerium verfolgt. Die staatlich sanktionierte Kartellierung und andere Eingriffe begünstigten die spätere Übernahme und Lenkung der Wirtschaft durch die Nationalsozialisten: „Der Weg zum totalitären Staat war gut gepflastert worden“, beklagte der emigrierte Ökonom und Publizist *Gustav Stolper*. „Die nationalsozialistische Regierung brauchte nur die von ihren Vorgängern geschmiedeten Werkzeuge der Staatsgewalt für ihre eigenen Zwecke zu nützen.“¹⁷

¹⁶ Franz Böhm, Die Forschungs- und Lehrgemeinschaft zwischen Juristen und Volkswirten an der Universität Freiburg in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts, in: Hans Julius Wolff (Hrsg.), Aus der Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg im Breisgau, Freiburg 1957, Seiten 99 und 112.

Das Konzept der Wettbewerbsordnung enthielt somit nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische Dimension der Freiheitssicherung. Zugleich trieben die Freiburger ähnlich wie *Rüstow* und *Röpke* eine Revision früherer liberaler Ideale, namentlich des Laissez-faire-Prinzips voran. Diesem lasteten sie einige der Fehlentwicklungen an, die den Aufstieg freiheitsfeindlicher Interessengruppen, eine „Vermachtung“ der Wirtschaft und die problematische Verflechtung mit dem Staat ermöglicht hätten. Zwei Schlüsseldokumente markieren die Entstehung eines spezifisch deutschen Neo- bzw. Ordoliberalismus: zum einen die programmatische Rede *Rüstows* auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik 1932 in Dresden; zum anderen ein grundlegender Aufsatz *Euckens* über das Verhältnis von Wirtschaft und Staat, der ebenfalls 1932 im Weltwirtschaftlichen Archiv veröffentlicht wurde.¹⁸ *Rüstow* beklagte, dass die Wirtschaftskrise auch durch einen fehlgeleiteten „Interventionismus und Subventionismus der öffentlichen Hand“ verursacht sei. Der Staat habe sich in die Wirtschaft eingemischt und sei damit „Beute“ der Lobbygruppen geworden. Falls der Staat eingreife, dann dürfe er dies nur „in Richtung der Marktgesetze“ tun, forderte *Rüstow*, nicht zur Verhinderung oder Verzögerung eines unumgänglichen Strukturwandels.

Explizit plädierten *Rüstow* und *Eucken* für einen starken Staat, der sich nicht vereinnahmen lasse. Dieser Staat bedürfe einer Selbstbindung und Selbstbeschränkung, wobei *Rüstow* bei aller Kritik am „alten Liberalismus“ doch auch dessen Leistungen und Verdienste herausstellte.¹⁹ In ähnlicher Weise wie *Rüstow* kritisierte *Eucken* in seinem Aufsatz einen historischen „Verflechtungsprozess“ von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Der in den Wirtschaftsablauf punktuell intervenierende postliberale Staat habe die politische Aktivität der betroffenen Gruppen hervorgerufen und werde in der Folge von organisierten Interessen okkupiert,

¹⁷ Gustav Stolper/Karl Häuser/Knut Borchardt, Deutsche Wirtschaft seit 1870, Tübingen 1964, Seite 144.

¹⁸ Alexander Rüstow, Freie Wirtschaft – Starker Staat (1932), wiederabgedruckt unter dem Titel: Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftspolitischen Liberalismus, in: Alexander Rüstow, Rede und Antwort, Ludwigsburg 1963, Seiten 249–258; Walter Eucken, Staatliche Strukturwandlungen und die Krise des Kapitalismus, in: Weltwirtschaftliches Archiv 36, 1932, Seiten 297–321.

¹⁹ Wörtlich sagte er, dass der „alte Liberalismus“ einem „starken Staat“ gegenüberstand und „nicht Schwäche ..., sondern Freigabe des Entfaltungsraumes für sich selber unter dem Schutz dieses gegebenen starken Staates“ verlangt habe (Alexander Rüstow, a. a. O., Seite 258). Völlig verfehlt ist es, dieses Ideal in die Nähe von autoritären Ansätzen oder einer Carl Schmittschen Staatskonzeption zu rücken, wie dies etwa Dieter Haselbach tut (vgl. Dieter Haselbach, Autoritärer Liberalismus und soziale Marktwirtschaft: Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus, Baden-Baden 1991) und streckenweise auch Daniela Rüter, a. a. O.

die um Subventionen und Privilegien werben. Es drohe die „Versumpfung des Kapitalismus“. Die Zerstörung des liberalen Staates habe im zwanzigsten Jahrhundert zu einem ständig intervenierenden, nicht aber starken Staat geführt: „Der totale Wirtschaftsstaat würde ein schwacher Staat sein“, warnte *Eucken*.²⁰

Aus dieser merkwürdigen Dialektik heraus folgerten die neoliberalen Ökonomen, dass der Staat, um ein freiheitlicher Rechtsstaat zu bleiben und nicht vereinnahmt zu werden, sich auf die Etablierung einer Wettbewerbsordnung beschränken müsse, innerhalb derer die Wirtschaft dann zum Wohle der Verbraucher frei agieren könne. Dieses Konzept, das später *Ludwig Erhard* aufgriff, stand im Widerspruch zu den nationalsozialistischen Vorstellungen von Wirtschaftspolitik, die diese in den Dienst anderer Ziele, etwa zur Aufrüstung für künftige Kriege, stellen wollten. Ausgangspunkt der NS-Ideologie waren kollektivistische Vorstellungen von einer möglichst homogenen Volksgemeinschaft. Das Schlagwort „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ war direkt gegen ältere wirtschaftsliberale Vorstellungen gerichtet, die von der Verfolgung wirtschaftlicher Eigeninteressen eine dynamische Wirtschaft und damit auch eine Zunahme des allgemeinen Wohlstands erwarteten.

Unter den (neo-)liberalen Ökonomen wie auch in der bürgerlichen Opposition sahen einige sehr deutlich die strukturellen Gemeinsamkeiten zwischen nationalsozialistischer und sozialistisch-kommunistischer Ideologie, die auf ähnliche Weise in der Weltwirtschaftskrise die zunehmenden anti-marktwirtschaftlichen (anti-kapitalistischen) Ressentiments nutzten. Faktisch setzten die beiden scheinbar konträren Ideologien auf eine zentrale, totalitäre Lenkung von Wirtschaft und Gesellschaft und standen sich in ihrer Betonung des Vorrangs des Kollektivs vor dem Individuum erstaunlich nahe. Auf solche Gemeinsamkeiten von braunen und roten Antikapitalisten wiesen damals liberale Ökonomen wie *von Mises* und *von Hayek* hin.²¹ „*Hayek* zögert nicht, den unleugbaren Verbindungslinien nachzugehen, die sich vom marxistischen Sozialismus zum späteren Nationalsozialismus ziehen lassen“, schrieb *Röpke* in der Einleitung zur ersten deutschen Ausgabe des Buches. Konservative Zeitgenossen – gerade auch in

den Kirchen – warnten in den zwanziger und dreißiger Jahren vor einem „braunen Bolschewismus“. Auch spätere Historiker haben das Amalgam von rechten und linken Ideen im Nationalsozialismus zuweilen angesprochen.²²

Kritische Haltung der liberalen Ökonomen zum Krieg

Als sich die Freiburger im Winter 1938 in ihrem „Konzil“ auf Anregung *von Dietzes* und *Lampes* mit ethischen Fragen des Widerstands befassten, warf der Krieg schon seinen Schatten voraus. *Lampe* hatte sich als einer der wenigen Wirtschaftswissenschaftler aus ökonomischer Perspektive mit dem Problem der „Wehrwirtschaft“ beschäftigt – und wurde dafür ungerechtfertigter Weise nach dem Krieg von der französischen Besatzungsmacht in ein Straflager gesteckt, was seinen frühen Tod wohl beschleunigte. Dass *Lampe* die Bestrebungen der Nationalsozialisten ablehnte, kann angesichts seiner Vita nicht bezweifelt werden.²³ Schon als junger Dozent in München hatte er nach dem Hitler-Putsch 1923 in der Universität gegen die Nationalsozialisten öffentlich Stellung bezogen. Später attackierte er die abstrusen Thesen des NS-Theoretikers *Gottfried Feder* zur „Zinsknechtschaft“, den er zu einem wissenschaftlichen „Duell“ aufforderte.

Auch nach 1933 geriet er mehrfach mit den neuen Machthabern in Konflikt, es drohte ihm sogar zeitweilig eine Entlassung aus dem Universitätsdienst. Der badische Gauleiter wurde gegen *Lampe* aktiv, weil dieser „Vorträge hält, die in der überholten, lebensfremden, liberalistischen Denkweise liegen und keineswegs im nationalsozialistischen Staate geduldet werden dürfen“.²⁴ Der Freiburger Professor ließ sich aber nicht einschüchtern. Er suchte Kontakte zu NS-kritischen Offizieren in der Wehrmacht, etwa Oberst *Georg Thomas*, der für „Wehrwirtschafts- und Waffenwesen“ zuständig war und seit 1939/40 in der militärischen Opposi-

22 Etwa der dezidiert nicht-konservative Sebastian Haffner betonte „die sozialistische Seite des Hitlerschen Nationalsozialismus“ und hat sogar behauptet, dass Hitler und die NS-Bewegung in vieler Hinsicht „eher ‚linke‘ als ‚rechte‘ Züge“ trugen. Siehe Sebastian Haffner, *Anmerkungen zu Hitler*, München 1998 (1. Auflage 1978), Seiten 50–53 und 77. Später hat Rainer Zitelmann diese Aspekte aufgegriffen und die Bedeutung der linken, sozialistischen Seite des Nationalsozialismus hervorgehoben; vgl. Rainer Zitelmann, *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs*, Stuttgart 1990.

23 Vgl. dazu Heinz Grossekketter, *Adolf Lampe, die Transformationsprobleme zwischen Friedens- und Kriegswirtschaften und die Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath*, in: Nils Goldschmidt (Hrsg.), a. a. O.

24 Zitiert nach Daniela Rüther, a. a. O., Seite 112.

20 Walter Eucken, a. a. O., Seite 319.

21 Vgl. Ludwig von Mises, *Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus*, (umgearbeitete Ausgabe von 1932), Neuausgabe Stuttgart 2007, Seite 463, sowie Friedrich August von Hayek, *Der Weg zur Knechtschaft* (Original: *The Road to Serfdom* 1944), zuletzt Tübingen 2004, Seiten 146–158.

tion aktiv war. *Lampes* Ablehnung von *Hitlers* Angriffskriegen wurde auch deutlich, als er 1940 sein Offizierspatent aus dem Ersten Weltkrieg aus Protest gegen den deutschen Einmarsch in Holland und Belgien zurückgab.

In seinem Buch „Allgemeine Wehrwirtschaft“ hatte *Lampe* die Probleme der Transformation einer Friedens- in eine Kriegswirtschaft analysiert. Es ging ihm dabei keineswegs darum, Kriegsvorbereitungen zu verherrlichen oder zu fördern. Er wandte sich gegen einen „aggressiven Geist“ und stellte in der Einleitung klar, dass „auch die Kriege der Zukunft, wirtschaftlich gesehen, nur Verlierer kennen“.²⁵ Indirekt zielten *Lampes* Empfehlungen darauf ab, die Belastungen und Kosten einer Wehrwirtschaft für die Bevölkerung so niedrig wie möglich zu halten. Dazu empfahl er, auch im Krieg den marktwirtschaftlichen Koordinationsmechanismus beizubehalten und zu nutzen. Zur Finanzierung von Rüstungsausgaben empfahl er allgemeine Steuern und warnte vor einer potenziell inflationistischen Kriegsfinanzierung durch Kredite und ungedeckte Geldschöpfung.

Tatsächlich aber wählte die nationalsozialistische Regierung genau diesen Weg: Ihre Politik war es, die Kosten der Kriegsvorbereitung zu verschleiern. Ein Teil wurde über Steuern finanziert, wesentlich mehr jedoch über Kredite und Geldschöpfung. Daraus resultierte ein Inflationsdruck, der mittels eines staatlichen Preisstopps zurückgestaut wurde. Der Vierjahresplan von 1936, entworfen unter Leitung von *Hermann Göring*, beseitigte die Reste der marktwirtschaftlichen Ordnung. An ihre Stelle trat eine Art von Zentralverwaltungswirtschaft – zwar unter formeller Beibehaltung des Privateigentums, doch der Primat der Politik entschied über die Ressourcenverwendung. Dazu spannte die Regierung die bestehenden Kartelle und Verbände für ihre Zwecke ein. Sie förderte weitere Konzentration und Zusammenschlüsse in der Wirtschaft, die sich so leichter lenken ließ.

Die Freiburger Professoren sahen all dies mit wachsender Sorge. Gelegenheit zur Kritik bot sich, als *Eucken* und *Lampe* 1939 in einen „Professoren-ausschuss“ berufen wurden, der im Auftrag des Reichswirtschaftsministeriums die Lage der deutschen Wirtschaft kurz nach Ausbruch des Krieges analysieren sollte. Im Ministerium hielt der wirtschaftsliberale Referatsleiter *Paul Josten*, der frühere Vorgesetzte *Franz Böhm*s, die Diskussion für dringend notwendig. Wie *Lampe* war er äußerst beun-

ruhigt über die inflationistische Kriegsfinanzierung. Das Endgutachten der Professoren sparte nicht mit harscher Kritik an der offenen und verdeckten Geldschöpfung; zudem monierte es einen zusammenhanglosen Wirrwarr an wirtschaftspolitischen Einzelmaßnahmen. *Eucken* und *Lampe*, die den Tenor des Gutachtens maßgeblich prägten, machten klar, dass sie die NS-Wirtschaftspolitik für falsch und gefährlich hielten.

Pläne für die Wirtschaftsordnung nach dem Krieg

Der kritische Professoren-ausschuss sollte eine Fortsetzung in der Akademie für deutsches Recht finden. 1940 war hier eine „Klasse IV“ mit einer Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftslehre eingerichtet worden. Leiter dieser Klasse mit etwa 80 Wissenschaftlern war *Jens Jessen*. Der in Berlin lehrende Ökonom trat in den frühen dreißiger Jahren öffentlich als Anhänger des Nationalsozialismus auf, wandte sich dann aber ab und schloss sich schließlich dem Widerstand an, wofür er mit dem Leben bezahlen sollte. Die Klasse IV und vor allem die vom Bonner Professor *Erwin von Beckerath* geleitete Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftslehre hatte trotz ihres offiziellen Auftrags – Erforschung der völkischen Wirtschaft – erstaunliche Freiräume für offene und auch regimekritische Diskussionen über die Wirtschaftspolitik.

Neben *Jessen* arbeiteten in ihr die Freiburger *Eucken*, *Lampe*, von *Dietze* und weitere oppositionelle Ökonomen wie der Kölner Finanzwissenschaftler *Günther Schmölders*, der wirtschaftlicher Berater des Kreisauer Kreises war, sowie *Peter Graf York von Wartenberg*, einer der Köpfe des Kreisauer Kreises, der bis 1942 als Referent beim Reichspreiskommissariat angestellt war und dort schon unter *Goerdeler* gearbeitet hatte. Ein Beispiel für ihre fachliche Regimekritik war ein Sammelband von 1941 mit Referaten aus der Klasse IV, den *Schmölders* herausgab. *Eucken* zeigte darin unverhohlen, dass er die NS-Zentralverwaltungswirtschaft für einen Irrweg halte, und forderte eine „völlige Umgestaltung“ der Wirtschaftsordnung nach dem Krieg.²⁶ Überraschend war, dass eine so kritische Schrift die damalige Zensur passierte. *Röpke* las den Sammelband in der Schweiz und stellte in einer Rezension in der Neuen Zürcher Zeitung fest, dass

²⁶ Zitiert nach Daniela Rüter, a. a. O., Seite 126. Die sonst gegenüber den Freiburgern sehr kritische Historikerin zeigt sich hier beeindruckt von „Euckens unerschrockener Klarheit der Diktion und Argumentation“.

²⁵ Zitiert nach Heinz Grosseckttler, a. a. O., Seite 99.

die Schrift mit *Euckens* Beitrag „das Fiasko der NS-Wirtschaftspolitik“ offen anprangere.²⁷

Die zum Teil sehr kritische Arbeit der Klasse IV blieb oberen Stellen nicht verborgen. Anfang 1943 wurde sie als „nicht kriegswichtig“ eingestellt. Allerdings fanden die ökonomischen Diskussionen eine private Fortsetzung in der „Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath“. Sie traf sich fortan meist in Privathäusern in Freiburg, zweimal auch in Bonn und in Jena. Die ordoliberalen Freiburger mit *Eucken* an der Spitze sowie *Böhm*, der nun in Jena lebte, waren die tonangebenden Stimmen in der Arbeitsgemeinschaft. Sie befasste sich systematisch mit einer künftigen Wirtschaftsordnung nach dem Untergang des NS-Regimes. *Lampe* schrieb an *Schmölders*, es gelte „das Unsere zur Vermeidung eines vollendeten Chaos beizutragen“.²⁸

Als Ideal schwebte ihnen eine freiheitliche Wettbewerbsordnung vor, wie sie *Eucken* seit den dreißiger Jahren beschrieben hatte. Obwohl sie die Zielsetzung, eine radikale Alternative zum NS-Regime zu entwerfen, und die Annahmen, vor allem die Erwartung einer Niederlage, in ihren Gutachten geschickt verschleierte, war die Tätigkeit der halb-konspirativen Arbeitsgemeinschaft hochgefährlich. Vorbereitungen oder Planungen für eine kommende Friedenszeit waren seit 1942 durch Erlasse von *Hitler* und *Göring* für illegal erklärt worden, doch ließen sich die Ökonomen davon nicht abschrecken.

An einer ihrer Beratungen nahm auch *Goerdeler* teil, der frühere deutschnationale Politiker und Leipziger Oberbürgermeister. Schon früh hatte er versucht, etwas gegen die NS-Politik gegen Juden und Oppositionelle zu unternehmen. 1936 trat er in Leipzig von seinem Amt zurück, der vordergründige Anlass war sein Protest gegen die Entfernung einer Denkmalstatue des jüdisch-stämmigen Komponisten *Felix Mendelssohn Bartholdy* durch lokale Nazis. Seitdem reiste er – offiziell als Berater bei der Firma Bosch angestellt – rastlos durch die Welt, um Kontakte zu britischen, amerikanischen und anderen westlichen Regierungen zu knüpfen, die er vor *Hitler* warnen wollte.

Nicht allen Teilnehmern der Arbeitsgemeinschaft von Beckerath war 1943/44 bekannt, dass ihr Gast *Goerdeler* inzwischen die zivile Spitzenfigur des Widerstands gegen *Hitler* war, der gemeinsam mit

dem früheren Generalstabschef *Ludwig Beck* an einem Staatsstreich arbeitete. Nicht alle wussten, dass *Lampe* je ein Exemplar ihrer Studien an *Goerdeler* und an *York von Wartenburg* vom Kreisauer Kreis verschickte. In den Jahren 1941 bis 1944 hat sich *Goerdeler* etwa zehnmal mit Freiburger Professoren um *Eucken* und *Ritter* getroffen und stand in regem Briefkontakt mit ihnen. Von seiner Ausbildung war er Jurist, interessierte sich aber zugleich brennend für wirtschaftliche Fragen und war ausgesprochen marktwirtschaftlich orientiert, dies auch während seiner Zeit als sogenannter Reichspreiskommissar. Die Ideen der ordoliberalen Ökonomen flossen auch in eine von ihm verfasste „Wirtschaftsfibel“ ein, die nach dem Krieg zur ökonomischen Volksbildung eingesetzt werden sollte.

Von den mehr als 40 Gutachten der Arbeitsgemeinschaft²⁹ ragten die Überlegungen zu einer Währungsreform („Währungsreparatur“) heraus. Ausgangspunkt der Überlegungen waren die potenziellen Gefahren für die Geldwertstabilität. Sie ergaben sich aus einer „zurückgestauten Inflation“, bewirkt durch die Geldschöpfung zur Kriegsfinanzierung in Verbindung mit dem seit 1936 bestehenden weitgehenden Preisstopp. Um den Ausbruch einer offenen Inflation zu vermeiden, wenn die Preise freigegeben werden, war es notwendig, den hohen Geldüberhang zu beseitigen, betonten *Lampe* und *Eucken*. Der Kopf der Freiburger Schule hatte erkannt, dass Währungsreform und Wirtschaftsreform zusammengehörten: Das eine sollte das Ungleichgewicht zwischen Geld- und Gütermenge beseitigen, das andere eine freie Preisbildung ermöglichen, sodass Preise wieder die reale Knappheit abbilden konnten und Ressourcen in die produktivste Verwendung lenkten.

Ähnlich argumentierte in dieser Zeit auch *Ludwig Erhard*. Er arbeitete seit 1942 in einem kleinen privaten Wirtschaftsforschungsinstitut, machte sich aber bereits eigene ordnungspolitische Gedanken. Anfang 1944, als die militärische Niederlage bereits absehbar war, verfasste *Erhard* eine geheime Denkschrift zur Frage der Kriegsschulden und des Übergangs zur Friedenswirtschaft. Das entscheidende Problem sah er wie die Freiburger, deren Schriften er zum Teil kannte, im extremen Geldüberhang nach Jahren der monetären Expansion durch die Nationalsozialisten.³⁰ Würde das Un-

²⁷ Zitiert nach ebenda, Seite 127.

²⁸ Zitiert nach Christine Blumenberg-Lampe, a. a. O., Seite 40.

²⁹ Dokumentiert in Christine Blumenberg-Lampe (Hrsg.), *Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Referate, Protokolle, Gutachten der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath 1943–47*, Stuttgart 1986.
³⁰ Vgl. Ludolf Herbst, *Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939–1945*, Stuttgart 1982, Seiten 410–415.

gleichgewicht zwischen Geld- und Gütermenge nicht ausgeglichen, schien der wirtschaftliche Aufbau nach dem Krieg gefährdet. In seiner Denkschrift präsentierte er daher ebenso einfache wie radikale Schritte zur Schuldenkonsolidierung und zur Überwindung des Geldüberhangs.

Zugleich plädierte *Erhard* für eine schrittweise Abschaffung der Preiskontrollen und für eine Rückkehr zur Koordination über den Markt. So schrieb er in der Einleitung: „Ich war und bin der Auffassung, dass die günstigste Methode, den öffentlichen Bedarf zu decken, immer noch die über den Wettbewerb am Markt ist.“³¹ Seine 268 Seiten lange Denkschrift schloss mit Sätzen, die an das Credo der Ordoliberalen erinnerten: „Nie mehr wird der Staat in die Rolle des Nachwächters zurückverwiesen werden, denn auch die freieste Marktwirtschaft, und gerade diese, bedarf eines Organs der Rechtssetzung und Rechtsüberwachung.“ Wenn hier auch Skepsis gegenüber einer Politik des Laissez-faire deutlich wurde, stellte er doch klar, „das erstrebenswerte Ziel bleibt in jedem Falle die freie, auf echtem Leistungswettbewerb beruhende Marktwirtschaft mit den jener Wirtschaft immanenten Regulativen“.³²

Die Denkschrift, entstanden auf Anregung von Bekannten *Erhards* in der Reichsgruppe Industrie, wo sein Schwager als Geschäftsführer arbeitete, war eine heikle Sache, da sie wie schon die Gutachten der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath gegen das Verbot von Nachkriegsplanungen verstieß. Eine überarbeitete Version gelangte zudem ins Reichswirtschaftsministerium, wo sich der Staatssekretär und hohe SS-Offizier *Otto Ohlendorf* interessiert zeigte. Anfang Juli 1944 hatte *Erhard* sein Memorandum auch an *Goerdeler* geschickt, mit dem er in Briefkontakt stand. Als dieser schon vor der Gestapo auf der Flucht war, las er *Erhards* Memorandum in seinem Versteck und lobte die „sehr gute Arbeit, der ich im Wesentlichen zustimme“.³³ Die Denkschrift machte *Erhard* nicht zum großen Widerstandskämpfer, doch beweist sie, dass er schon während des Krieges im Widerspruch zur NS-Politik eigene Zukunftsentwürfe machte. Nachdem *Goerdeler* reichsweit zur Fahndung ausgeschrieben war, verbrannte *Erhard* eilends alle Korrespondenz und anderes potenziell belastendes Material.

31 Ludwig Erhard, *Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung* (Faksimile der Denkschrift von 1944), Frankfurt 1977.

32 Ebenda, Seite 264.

33 Zitiert nach Volker Hentschel, *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*, Berlin 1998, Seite 38.

Buchhinweis

Ludwig Erhard, *Das Prinzip Freiheit. Maximen und Erkenntnisse*, herausgegeben von Lars Vogel im Auftrag der Ludwig-Erhard-Stiftung, Anaconda Verlag, 160 Seiten. Das Buch ist im Buchhandel erhältlich.



Das fehlgeschlagene Attentat auf *Hitler* vom 20. Juli 1944 löste eine beispiellose Verfolgungswelle gegen die Mitglieder und das Umfeld des bürgerlichen und militärischen Widerstands aus. Nach unterschiedlichen Schätzungen verhaftete die Gestapo in den folgenden Monaten etwa 5 000 bis 7 000 Männer und Frauen, die als Mitarbeiter oder Mitwisser der Verschwörung verdächtigt wurden.

Darunter war auch die Kerngruppe der Freiburger Kreise: *Von Dietze* und *Lampe* wurden im September verhaftet, nachdem wohl *Goerdeler* unter Folter ihre Namen preisgegeben hatte, und in Berlin-Moabit im Gefängnis in der Lehrter Straße eingesperrt. Im November wurde auch *Gerhard Ritter* verschleppt, zunächst ins Konzentrationslager Ravensbrück, dann kam auch er nach Berlin-Moabit. Während sich die Freiburger Fakultät für ihre Kollegen einsetzte und Studenten ihre Professoren besuchten, war *von Dietze* mehrfach schwersten Folterverhören ausgesetzt. Auch *Eucken* war Ende 1944 von der Gestapo verhört worden. Mit großem Glück entging er aber einer Anklage, da er seine Aussagen mit den in Berlin inhaftierten Kollegen mittels Kassiber ab sprechen konnte, die einer seiner Studenten heimlich ins Gefängnis schmuggelte. *Böhm* entging dank einer Namensverwechslung einer Verhaftung.

In den berüchtigten Schauprozessen verurteilte der Volksgerichtshof unter *Roland Freisler* zur gleichen Zeit die „Verräter“ des 20. Juli. *Goerdeler* wurde am 2. Februar 1945 in Berlin-Plötzensee enthauptet, der frühere preußische Finanzminister *Johannes Popitz* am gleichen Tag erhängt. Schließlich wurde *von Dietze* im April 1945 vor den Volksgerichtshof gestellt. Die Anklage gegen ihn lautete wie gegen andere, sie hätten sich an den „Putschvorbereitungen des Verräters *Goerdeler* und seiner Hintermänner“ beteiligt, indem sie Pläne für eine wirtschafts-, sozial- und kulturpolitische Neugestaltung Deutschlands entwarfen. Das Urteil lautete Hochverrat und damit Todesstrafe, wurde aber nicht mehr vollstreckt. *Von Dietze*, *Lampe* und *Ritter* konnten wenige Tage vor Kriegsende im allgemeinen Zusammenbruchschaos aus dem Gefängnis entkommen, als die Truppen der Roten Armee die Hauptstadt besetzten.

Neubeginn in der Sozialen Marktwirtschaft

Die wirtschaftspolitischen Entwürfe aus dem Widerstand blieben nicht unbeachtet: *Eucken* unterstützte bis zu seinem Tode 1950 die freiheitlichen Vorstellungen *Ludwig Erhards* und dessen Schritte für eine Währungsreform bei gleichzeitiger Preisfreigabe im Juli 1948. Die Gegenkräfte waren stark, doch *Erhard* setzte sich gegen eine Front von Zweiflern durch. Er hielt auch Kurs, als die Gewerkschaften einen Generalstreik gegen ihn organisierten. Im August 1948 erschien ein Gutachten von *Röpke*, das Bundeskanzler *Konrad Adenauer*

in Auftrag gegeben hatte. Unter dem Titel „Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?“ verteidigte *Röpke* die Politik *Erhards* gegen Anfeindungen: „Auch der hartnäckigste Gegner der Marktwirtschaft muss anerkennen, dass sie, gemessen an dem durch sie überwundenen Zustand, ein ungeheurer Erfolg und ein Experimentalbeweis für die Überlegenheit eines Wirtschaftsprinzips ist.“ Der Unterschied der Wirtschaftslage vor und nach der Wirtschafts- und Währungsreform sei „so ungeheuer, dass Ausländer, die nach einigen Jahren nach Deutschland zurückkehren, von einem Wunder sprechen“.³⁴

Die mutigen Ökonomen, die 1943 und 1944 in der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath über die Wirtschaftsordnung diskutierten, waren in der Bundesrepublik geachtete Ratgeber der Regierung. Von den elf Teilnehmern wurden sechs – *Eucken*, *Lampe*, *von Beckerath*, *Böhm*, *Erich Preiser* und *Theodor Wessels* – 1948 in den wissenschaftlichen Beirat des Wirtschaftsministeriums berufen, dessen Vorsitz *von Beckerath* von 1950 bis 1964 übernahm. Die während des Weltkrieges entworfenen Gedanken der Freiburger flossen so in die Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft ein, die ihren wichtigsten Ausdruck im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen fand: Es erfüllte nicht alle Forderungen der Freiburger, doch war es ein Meilenstein, um die deutsche Kartelltradition zu brechen und einen offenen und freien Wettbewerb als Grundlage einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung zu eröffnen. ■

34 Wilhelm Röpke, *Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig? Analyse und Kritik*, Stuttgart/Köln 1950, Seite 18.

Wilhelm Röpke und die christliche Soziallehre

Prof. Dr. Manfred Spieker

Institut für katholische Theologie, Universität Osnabrück

„Ich habe bereits der geistigen Übereinstimmung mit Röpke Ausdruck gegeben, wenn ich darauf verwies, dass ein Bekenntnis zur Marktwirtschaft allein noch keine vollgültige Aussage ist, das heißt wenn nur die Technik des Systems anerkannt wird, die Frage aber nach der Gesinnung und dem moralischen Gehalt offen bleibt“ (Ludwig Erhard, Wilhelm Röpke zum Gedächtnis, Rede vor der Universität Marburg, 17. Juni 1967).

Wilhelm Röpke wurde am 10. Oktober 1899 in Schwarmstedt bei Hannover in einer Arztfamilie mit lutherischer Tradition geboren. Er studierte an den Universitäten Göttingen, Tübingen und Marburg Nationalökonomie. Nach seiner Habilitation in Marburg wurde er 1924 mit der Berufung an die Universität Jena der jüngste Professor in Deutschland. Er wechselte 1927 an die Universität Graz und 1929 an die Universität Marburg. Im April 1933 entließen ihn die Nationalsozialisten als einen der ersten Professoren der Universität Marburg, weil er sich als Regimegegner und als Verteidiger eines zum Selbstmord getriebenen jüdischen Kollegen einen Namen gemacht hatte. Er entzog sich einer Verhaftung, indem er im September 1933 einem Ruf an die Universität Istanbul folgte, die vom Gründer der laizistischen Türkei, Kemal Atatürk, als westlich orientierte neue Universität errichtet worden war.

Ende 1937 folgte er einem Ruf auf eine Professur für internationale Wirtschaftsfragen an das „Institut des Hautes Etudes“ in Genf, an dem der Diplomaten- und Beamtennachwuchs für die nach dem Ersten Weltkrieg gegründeten internationalen Organisationen ausgebildet werden sollte. Hier blieb er trotz mehrerer Versuche, ihn nach Ende des Hitler-Regimes zur Rückkehr nach Deutschland zu bewegen, bis zu seinem Tod am 13. Februar 1966. Aber auch in seiner Genfer Zeit war er wie schon Ende der 1920er Jahre ein viel gefragter Berater der deutschen Politik. Er unterstützte Ludwigs Erhards Wirtschafts- und Währungsreform 1948, und er teilte Konrad Adenauers Präferenz für die Westintegration der Bundesrepublik zur Abwehr des Kommunismus.

Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft

Wilhelm Röpke gilt als einer der großen ökonomischen Denker des 20. Jahrhunderts und zusam-

men mit Walter Eucken, Alexander Rüstow, Franz Böhm, Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard als einer der Väter der Sozialen Marktwirtschaft. Trotz seines Verbleibens in Genf war er der „kongeniale Intellektuelle der Ära Adenauer/Erhard“.¹ Er war weit mehr als ein Nationalökonom. Er war ein Gesellschaftstheoretiker, der die Kompetenz des Wirtschaftswissenschaftlers mit der des Soziologen und des Philosophen vereinte, der als Lutheraner die Soziallehre der katholischen Kirche kannte, schätzte und immer wieder zitierte und der eine ungewöhnlich reiche publizistische Aktivität entfaltete. Sie umfasste neben seinen Büchern ungezählte Artikel vor allem in der Neuen Zürcher Zeitung, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und im Rheinischen Merkur.

Seine Gesellschaftstheorie entwickelt Röpke in der Trilogie „Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart“ (1942), „Civitas humana“ (1944) und „Jenseits von Angebot und Nachfrage“ (1958), seinem bekanntesten Buch, dessen Titel geradezu ein geflügeltes Wort wurde. Die beiden ersten während des Zweiten Weltkrieges verfassten Bücher enthalten den Entwurf einer Gesellschaftsordnung für die Zeit nach der Hitler-Diktatur und eine radikale Kritik der totalitären Gesellschaftsmodelle des Nationalsozialismus und des Kommunismus, aber auch eine Kritik an der Tendenz zur Konzentration der ökonomischen und politischen Macht.

In teils pessimistischer Perspektive setzt er sich mit der Entwicklung der westlichen Industriegesellschaften im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg auseinander. Er kritisiert den Trend zum ausufernden Wohlfahrtsstaat und erinnert an die rechtlichen und ethischen Voraussetzungen einer freiheitlichen Marktwirtschaft. Entscheidend seien „die Dinge jenseits von Angebot und Nach-

¹ Hans Jörg Hennecke, Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung, Stuttgart 2005, Seite 218.

frage, von denen Sinn, Würde und innere Fülle des Daseins abhängen, die Zwecke und Werte, die dem Reiche des Sittlichen ... angehören“.²

Die soziale Funktion des Wettbewerbs

Röpke sieht in der Marktwirtschaft „die einzige Wirtschaftsordnung, die mit der Freiheit des Menschen ... harmoniert“.³ Warum ist der Marktwirtschaft – auch aus Sicht der christlichen Soziallehre – gegenüber allen anderen Wirtschaftsordnungen der Vorzug zu geben? Nicht, weil sie zu mehr Wohlstand führt, sondern weil sie der Freiheit und Würde des Menschen besser entspricht, seine Leistungsbereitschaft fördert und sein Verantwortungsbewusstsein fordert. Dass die Marktwirtschaft auch zu höherer Produktivität und mehr Wohlstand führt als eine sozialistische Wirtschaftsordnung, sei ein „unverdientes Glück“. Würde sie zu weniger Wohlstand führen, müsse ihr dennoch der Vorzug gegeben werden.⁴

Zu allen Zeiten besteht die Aufgabe der Wirtschaft darin, die materielle Versorgung der Menschen zu gewährleisten und Armut zu überwinden. Wenn die Wirtschaft dieser Aufgabe gerecht werden will, muss sie im Dienst des Verbrauchers stehen. Das tut sie, wenn sie den Wettbewerb als Instrument zur Koordinierung dezentraler wirtschaftlicher Entscheidungen sichert. Der Wettbewerb gibt dem Unternehmer die Chance, durch die Befriedigung von Konsumentenwünschen Gewinne zu erwirtschaften. Aber er nötigt ihn auch, Verantwortung zu übernehmen, weil der Gewinnchance immer ein Verlustrisiko gegenübersteht. Dem Arbeitnehmer gibt der Wettbewerb die Möglichkeit, durch Lohnverhandlungen am Gewinn teilzuhaben und seinen Arbeitsplatz frei zu wählen. Dem Konsumenten ermöglicht er die preisgünstigste Befriedigung seiner Bedürfnisse. Da alle Marktteilnehmer ihren ökonomischen Vorteil suchen, sind Produktverbesserungen sowie Preis- und Kostensenkungen eine automatische Nebenfolge.

Die katholische Soziallehre und der Wettbewerb

Die Soziallehre der katholischen Kirche teilt diese Ansichten implizit seit der 1891 veröffentlichten

Enzyklika „*Rerum novarum*“, explizit aber seit der 100 Jahre später veröffentlichten Enzyklika „*Centesimus annus*“: *Johannes Paul II.* sah im freien Markt „das wirksamste Instrument für die Anlage der Ressourcen und für die beste Befriedigung der Bedürfnisse“ (Nr. 34). *Benedikt XVI.* bestätigt dies 2009 in der Enzyklika „*Caritas in veritate*“: „Der Markt ist an sich nicht ein Ort der Unterdrückung des Armen durch den Reichen ...“ Er ist vielmehr, „wenn gegenseitiges und allgemeines Vertrauen herrscht, die wirtschaftliche Institution, die die Begegnung zwischen den Menschen ermöglicht, welche als Wirtschaftstreibende ihre Beziehungen durch einen Vertrag regeln und die gegeneinander aufrechenbaren Güter und Dienstleistungen austauschen, um ihre Bedürfnisse und Wünsche zu befriedigen“ (Nr. 35 f.).

Damit der Wettbewerb seine soziale Funktion erfüllen kann, müssen aber sowohl aus der Sicht der christlichen Soziallehre als auch aus der Röpkes einige Voraussetzungen erfüllt sein: Privateigentum und Vertragsfreiheit müssen rechtlich gesichert, freie Preisbildung und eine stabile Währung müssen gewährleistet sowie die Freizügigkeit von Arbeit, Kapital, Gütern und Dienstleistungen muss geschützt sein. Eine Marktwirtschaft, die diese Bedingungen erfüllt, ist die Wirtschaftsordnung, die dem politischen System einer gewaltenteiligen Demokratie am besten entspricht. Die Marktwirtschaft kann die Leistungsbereitschaft der Menschen nur anspornen und belohnen, wenn der Markt nicht durch Monopole und sonstige Wettbewerbsbeschränkungen korrumpiert wird.⁵ Wettbewerb ist ein Instrument zur Dezentralisierung wirtschaftlicher Macht.

Die Aufgaben des Staates

Der Staat hat eine zentrale wirtschaftspolitische und eine nicht weniger zentrale sozialpolitische Aufgabe. Die wirtschaftspolitische Aufgabe ist die Sicherung der Wettbewerbsfreiheit. *Wilhelm Röpke* und andere Väter der Sozialen Marktwirtschaft plädieren deshalb für eine staatliche Ordnungspolitik, die Wettbewerb, Privateigentum und Vertragsfreiheit gewährleistet. Staatliche Interventionen lehnen sie nicht a priori ab, aber es müssen marktkonforme Anpassungsinterventionen und nicht marktfremde Erhaltungsinterventionen sein.⁶ Der Gesetzgeber muss im Auge behalten, dass er die Wettbewerbsfreiheit auch gefährden

2 Wilhelm Röpke, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, 5. Auflage, Bern 1979, Seite 22.

3 Ebenda, Seiten 21 f.

4 Vgl. ebenda, Seite 22.

5 Vgl. Wilhelm Röpke, *Civitas humana*, 4. Auflage, Bern 1979, Seite 74.

6 Vgl. ebenda, Seite 77.

kann, beispielsweise durch Subventionen, Mengenbeschränkungen im Außenhandel oder Devisenvorschriften. Er muss sich deshalb davor hüten, sowohl zu viel als auch zu wenig zu reglementieren.

Die sozialpolitische Aufgabe des Staates besteht darin, ein Mindestmaß sozialer Sicherheit zu gewährleisten. Ein Staat, der mit dem Wettbewerb auch flexible Löhne bejaht, mithin dem Arbeitnehmer das Risiko der Arbeitslosigkeit zumutet, muss ihm „ein Minimum an materieller und immaterieller Stabilität seiner Existenz“ gewährleisten.⁷ Die Sozialpolitik ist in dieser Perspektive nicht nur nachträgliche Korrektur unerwünschter Verteilungsergebnisse der Marktprozesse, sondern Möglichkeitsbedingung der Marktwirtschaft. Wettbewerbsfreiheit und soziale Gerechtigkeit sind gleichrangige und sich ergänzende Ziele der Sozialen Marktwirtschaft. Gewiss gilt schon die größere wirtschaftliche Effizienz der Marktwirtschaft als „sozialpolitischer Gewinn“, aber sie reicht nicht, um das Ziel der sozialen Gerechtigkeit zu verwirklichen.⁸ Dazu bedarf es vielmehr eines Sozialsystems, das jenen Teilen der Gesellschaft eine menschenwürdige Existenz gewährleistet, die nicht leistungsfähig sind.

Zu den sozialpolitischen Aufgaben zählt auch die Ordnung der Arbeitsbeziehungen, die durch das Arbeits-, Tarifvertrags-, Betriebsverfassungs- und das Mitbestimmungsrecht den Schutz der Arbeitnehmer regelt, und nicht zuletzt das Sozialhilferecht. Die sozialstaatlichen Leistungen müssen aber marktkonform sein, das heißt sie müssen als Transfereinkommen Hilfe zur Selbsthilfe sein.⁹ Würden die Leistungen dagegen auf nicht marktkonformem Weg, beispielsweise durch Preisbindungen, Subventionen, Arbeitsplatzgarantien oder Lohnfestsetzungen bereitgestellt werden, würde sich der Sozialstaat die Finanzierungsbasis selbst entziehen.

Staatsaufgaben aus Sicht der katholischen Soziallehre

Auch in der christlichen Soziallehre werden die Aufgaben des Staates zur Sicherung einer gemeinwohlorientierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gesehen, wenngleich die sozialpolitische

Aufgabe gegenüber der Sicherung des Wettbewerbs lange Zeit dominierte. Schon *Leo XIII.* in „*Rerum novarum*“ 1891 (Nr. 13, 26-29, 32, 38) und *Pius XI.* in „*Quadragesimo anno*“ 1931 (Nr. 25, 79) haben die Notwendigkeit staatlicher Interventionen in den Grenzen des Naturrechts und des Subsidiaritätsprinzips zur Lösung der sozialen Frage und für den Aufbau einer humanen gesellschaftlichen und politischen Ordnung unterstrichen. Die beiden jüngsten Sozialenzykliken von *Johannes Paul II.* und *Benedikt XVI.* widmen sich ausführlich den Aufgaben des Staates bei der Sicherung einer marktwirtschaftlichen Ordnung einerseits und einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung andererseits.

Benedikt XVI. geht in der Enzyklika „*Caritas in veritate*“ 2009 (Nr. 41) angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sogar von einer wachsenden Bedeutung der Rolle des Staates aus. Er sieht ihn viele seiner Kompetenzen zurückgewinnen, ohne allerdings zu sagen, um welche Kompetenzen es sich dabei handelt. Schließlich fordert er eine „echte politische Weltautorität“, die sich freilich am Subsidiaritätsprinzip orientieren soll (Nr. 67). Die Enzyklika „*Centesimus annus*“ von *Johannes Paul II.* war da 1991 einerseits zurückhaltender und andererseits präziser: Der Staat habe „die Aufgabe, den rechtlichen Rahmen zu erstellen, innerhalb dessen sich das Wirtschaftsleben entfalten kann. Damit schafft er die Grundvoraussetzung für eine freie Wirtschaft, die in einer gewissen Gleichheit unter den Beteiligten besteht, sodass der eine nicht so übermächtig wird, dass er den anderen praktisch zur Sklaverei verurteilt“ (Nr. 15).

Der Staat hat zu verhindern, „dass die Arbeit des Menschen und der Mensch selber auf das Niveau einer bloßen Ware herabgedrückt werden“ (Nr. 34). Er hat sich um den Schutz der Arbeitsbedingungen und der natürlichen Umwelt zu kümmern (Nr. 34, 40 und *Caritas in veritate*, Nr. 51). Er hat Mitbestimmungsbedingungen zu regeln (*Centesimus annus*, Nr. 43 und *Caritas in veritate*, Nr. 25, 64), den Wettbewerb zerstörende Monopole zu verhindern und schließlich „die Sicherheit der individuellen Freiheit und des Eigentums sowie eine stabile Währung und leistungsfähige öffentliche Dienste“ zu garantieren (*Centesimus annus*, Nr. 48). Er hat durch seine Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Umweltpolitik das „Ziel eines ausgeglichenen Wachstums und der Sicherung der Vollbeschäftigung“ zu verfolgen, eine Renten- und Arbeitslosenversicherung, ein hohes Ausbildungsniveau und in schweren Strukturkrisen auch Umschulungsmaßnahmen zu gewährleisten (Nr. 15).

7 Ebenda, Seite 86.

8 Alfred Müller-Armack, *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* (1949), in: derselbe, *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik*, Bern/Stuttgart 1976, Seite 131.

9 Vgl. Wilhelm Röpke, *Civitas humana*, a. a. O., Seite 77.

Grenzen der Staatstätigkeit

So vielfältig die Aufgaben auch sind, die die christliche Soziallehre dem Staat zuspricht, sie wird nicht müde, auch die Grenzen des Staates in Erinnerung zu rufen. Der Staat könne, schreibt *Johannes Paul II.* in „Centesimus annus“, neben den vielfältigen Einzelaufgaben „in Ausnahmefällen Vertretungsfunktionen wahrnehmen, wenn Teilbereiche der Gesellschaft oder Gruppen von Unternehmen zu schwach oder erst im Entstehen begriffen und daher noch nicht imstande sind, ihre Aufgabe zu erfüllen“ (Nr. 48). Das bezog sich 1991 zwar auf jene Länder, die gerade dabei waren, die kommunistische Unterdrückung zu überwinden und die weder eine Marktwirtschaft noch ein freies Unternehmertum kannten. Es gilt aber gewiss auch für globale Wirtschaftskrisen, wie die von 1931 oder die gegenwärtige. *Johannes Paul II.* mahnte aber auch, dass „solche stellvertretenden Interventionen, die durch dringende, vom Gemeinwohl geforderte Gründe gerechtfertigt sind, ... zeitlich möglichst begrenzt sein (müssen), um nicht den genannten Teilbereichen und Unternehmensgruppen die ihnen eigenen Kompetenzen auf Dauer zu entziehen und dadurch den Umfang der staatlichen Interventionen übermäßig auszuweiten. Dies wäre sowohl für die wirtschaftliche wie für die bürgerliche Freiheit schädlich“ (Nr. 48).

Röpke sah dies ähnlich. Zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise von 1931 sprach er dem Staat, auf dessen Grenzen er sonst so großen Wert legte, durchaus Vertretungsfunktionen zu, auch wenn er sonst ein vehementer Kritiker der *Keynes'schen* Theorie zur Konjunktursteuerung war. Aber in diesem Ausnahmefall befürwortete er eine Verschuldung des Staates zur Ankurbelung der Nachfrage.¹⁰

Die zweite Parallele im Hinblick auf die Grenzen des Staates zeigt sich in der Kritik des Wohlfahrtsstaates. Dass der Staat die Aufgabe hat, ein Sozialleistungssystem bereitzustellen, um „mensenwürdige Formen der Armut und Entbehrung“ zu beseitigen, daran hat die christliche Soziallehre seit „*Rerum novarum*“ keinen Zweifel gelassen. Aber auch der Sozialstaat hat das Subsidiaritätsprinzip zu beachten. Der das Subsidiaritätsprinzip missachtende Versorgungsstaat dagegen, so warnte *Johannes Paul II.* in „Centesimus annus“, „der direkt eingreift und die Gesellschaft ihrer Verantwortung beraubt, löst den Verlust an menschlicher Energie und das Aufblähen der Staatsapparate aus, die mehr von bürokratischer Logik als von

dem Bemühen beherrscht werden, den Empfängern zu dienen; Hand in Hand damit geht eine ungeheure Ausgabensteigerung“ (Nr. 48). So kann es auch kein vom Staat einzulösendes Recht auf Arbeit geben. Der Staat könnte ein solches Recht „nicht direkt sicherstellen, ohne das gesamte Wirtschaftsleben zu reglementieren und die freie Initiative der Einzelnen einzugrenzen“ (Nr. 48).

Wilhelm Röpke, der an der Notwendigkeit „solidarischer Hilfe der Gesellschaft“ für die Opfer wirtschaftlicher Entwicklungen ebenfalls keinen Zweifel lässt,¹¹ kritisiert den aufgeblähten Wohlfahrtsstaat als „Taschengeldstaat“, der den Menschen die freie Verfügung über ihr Einkommen entzieht und die Verantwortung für die Befriedigung der lebenswichtigen Bedürfnisse an sich zieht. Das Ergebnis einer solchen Politik sei nicht die Vermenschlichung des Staates, sondern die Verstaatlichung des Menschen.¹²

Jenseits von Angebot und Nachfrage

Röpke lässt keinen Zweifel daran aufkommen, dass Markt und Wettbewerb „nur als Teil einer höheren und weiteren Gesamtordnung verstanden und verteidigt werden“ können. Die Gesellschaft selbst könne nicht auf dem Gesetz von Angebot und Nachfrage gebaut werden. Der Staat sei mehr als eine Aktiengesellschaft.¹³ Die Marktwirtschaft bedürfe „eines festen anthropologisch-soziologischen Rahmens“.¹⁴ *Röpke* kritisiert die „verbreitete Prüderie der Gelehrten“, insbesondere der Nationalökonomien, sich mit ethischen Fragen zu beschäftigen.¹⁵ Die Sozialwissenschaften einschließlich der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sind für ihn moralische und praktische Wissenschaften, die untrennbar mit Werturteilen verbunden seien.¹⁶ *Röpke* beschreibt seine eigene Position als „Dritten Weg“ jenseits von Kapitalismus und Kollektivismus oder auch als „Wirtschaftshumanismus“.¹⁷

Der anthropologische und soziologische Rahmen, in den er die Marktwirtschaft eingebettet sehen will, ist den anthropologischen Grundlagen und Ordnungsprinzipien der christlichen Soziallehre eng verwandt. Ausdrücklich kommt *Röpke* nur sel-

11 Ebenda, Seite 376.

12 Vgl. Wilhelm Röpke, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, a. a. O., Seiten 234 f.

13 Ebenda, Seiten 145 f.

14 Wilhelm Röpke, *Civitas humana*, a. a. O., Seite 83.

15 Ebenda, Seite 161.

16 Vgl. ebenda, Seite 155.

17 Ebenda, Seite 46.

10 Vgl. ebenda, Seite 347.

ten auf die christliche Soziallehre, Religion oder die Kirchen zu sprechen. Er gehöre zu denen, „die ungerne ihre religiösen Überzeugungen zu Markte tragen“.¹⁸

Röpke identifiziert sich 1944 mit der Enzyklika „Quadragesimo anno“ von 1931, deren Gesellschafts- und Wirtschaftsphilosophie die Marktwirtschaft bejahe und einen entarteten Liberalismus ebenso ablehne wie den Kollektivismus. Er verteidigt die Enzyklika gegen eine korporatistische Interpretation, die mit ihr einen autoritären Ständestaat begründen will. Die Enzyklika wende sich nicht gegen Markt und Wettbewerb, sondern gegen den Klassenkampf. Sie setze sich ebenso für eine „Reinigung der Marktwirtschaft von ihren monopolistischen Entartungen“ und für eine „Entproletarisierung“ ein wie gegen „die Aushöhlung des Staates durch wirtschaftliche Gruppenmacht“.¹⁹ Zur Beschreibung seines eigenen föderativen Staatskonzepts stützt er sich auf einen Ausdruck der christlichen Soziallehre, der dies am besten beschreibe: das Prinzip der Subsidiarität, dessen Definition in „Quadragesimo anno“ (Nr. 79) erstmals vorgenommen wurde.²⁰

Zu den Möglichkeitsbedingungen einer Marktwirtschaft gehört auch das Ethos der Marktteilnehmer, das für *Wilhelm Röpke* seine Wurzeln ebenfalls jenseits von Angebot und Nachfrage hat. Sein Bild vom Menschen ist durch die antik-christliche Überlieferung geformt. Er sieht im Menschen das „Kind und Ebenbild Gottes“, das nicht zum Mittel erniedrigt werden dürfe, aber auch selbst nicht Gott sei, „zu dem ihn die Hybris eines falschen, atheistischen Humanismus vergötzt“.²¹ Das Ebenbild Gottes aber ist sterblich. Diese Erkenntnis ist weniger trivial, als sie klingt. Schon in seiner Kulturkritik stellt *Röpke* unvermittelt fest, „dass niemand wirklich frei sein kann, der nicht mit dem Tode innerlich seinen Frieden geschlossen hat“.²²

Die Marktwirtschaft setzt freie, interessierte, erfinderische, leistungswillige und risikobereite Menschen voraus. Sie bedarf der zu einem Ethos geformten Tugenden. „Selbstdisziplin, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Fairness, Ritterlichkeit, Maßhalten, Gemeinsinn, Achtung vor der Menschenwürde des anderen, feste sittliche Normen –

das alles sind Dinge, die die Menschen bereits mitbringen müssen, wenn sie auf den Markt gehen und sich im Wettbewerb miteinander messen. Sie sind die unentbehrlichen Stützen, die beide vor Entartung bewahren. Familie, Kirche, echte Gemeinschaften und Überlieferung müssen sie damit ausstatten.“²³ Markt und Wettbewerb hängen also von Voraussetzungen ab, die sie selbst nicht schaffen können. Ihre moralische Grundlage sind die Zehn Gebote, die zu vermitteln Aufgabe der Kirchen ist.²⁴ Aber auch der Familie spricht *Röpke* eine zentrale Rolle zu. Sie sei der erste Ort der Verantwortung und Lebensplanung.²⁵

Ethik als Fundament von Gesellschaft und Wirtschaft

Die Familie ist gefährdet durch kulturelle und politische Trends wie den Scheidungsboom, die Geburtenarmut, die Genderideologie und die Krippenpolitik, deren primäres Ziel nicht das Wohl des Kindes, sondern die Verfügbarkeit der Mutter für den Arbeitsmarkt ist.²⁶ Gut 40 Jahre nach *Röpkes* Tod steht es um das Ethos der Marktteilnehmer nicht zum Besten. Je mehr die Familie als Ort der Verantwortung und der Lebensplanung ausfällt, je zahlreicher die Alleinerziehenden und die ohne Familie aufwachsenden Kinder sind, desto verbreteter sind Armut, der Ruf nach Betreuung und staatlichen Interventionen.²⁷ Je schwächer die Familie ist, desto eher tendiert der Staat zum Versorgungsstaat.

Eine Wirtschaftsordnung ohne ethisches Fundament, ist auch für die christliche Soziallehre nicht denkbar. Darin sind sich die katholische Soziallehre und die evangelische Sozialethik einig. Insofern ist es nicht überraschend, dass es viele Gemeinsamkeiten zwischen *Wilhelm Röpke* und der christlichen Soziallehre gibt. Schon *Leo XIII.* hat in „*Reverentiarum*“ die Bedeutung von Religion und Kirche für die Lösung der sozialen Frage unterstrichen (Nr. 13). Das menschenwürdige Verhältnis von Kapital und Arbeit war für ihn in erster Linie

23 Derselbe, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, a. a. O., Seite 186.

24 Vgl. derselbe, *Moral und Wirtschaft*, in: *Was ist wichtiger als Wirtschaft?*, hrsg. von der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Ludwigsburg 1960, Seite 22.

25 Vgl. derselbe, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, a. a. O., Seite 241.

26 Vgl. Manfred Spieker, *Voraussetzungen, Ziele und Tabus der Krippenpolitik in Deutschland. Sozialethische Anmerkungen zur Rolle der Familie*, in: *Kinderbetreuung in der ersten Lebensphase zwischen Familie, Kirche und Staat*, Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche, Band 43, Münster 2009, Seiten 69 ff.

27 Vgl. das Manifest *Ehe und Gemeinwohl* des Witherspoon-Instituts, deutsch in *Neue Ordnung*, Sonderheft August 2009.

18 Wilhelm Röpke, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, a. a. O., Seite 25.

19 Derselbe, *Civitas humana*, a. a. O., Seiten 96 f.

20 Vgl. ebenda, Seite 179.

21 Wilhelm Röpke, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, a. a. O., Seite 21.

22 Derselbe, *Civitas humana*, a. a. O., Seite 202.

nicht eine ökonomische, sondern eine sittliche und politische Frage. *Pius XI.* hat in der von *Röpke* geschätzten Enzyklika „*Quadragesimo anno*“ davor gewarnt, „die Bereiche des Wirtschaftlichen und des Sittlichen derart auseinander zu reißen“, dass sie nichts mehr miteinander zu tun haben (Nr. 42). Alle Enzykliken gehen, wenn sie ökonomische Fragen berühren, auf den Bereich jenseits von Angebot und Nachfrage ein.

Die christliche Perspektive in der Erörterung der Fragen wirtschaftlicher Aktivität sei geradezu daran zu erkennen, „dass sie nicht nur nach ihren Regeln, sondern auch nach ihrer moralischen Qualität und ihrer Bedeutung fragt“.²⁸ Dies gilt auch für die evangelische Sozialethik.²⁹ Markt und Wettbewerb haben immer im Dienst des Menschen zu stehen, ist der Mensch doch – wie das II. Vatikanische Konzil im ersten Satz des Wirtschaftskapitels seines Schlüsseltextes „*Gaudium et Spes*“ (1965) erklärt – Urheber, Mittelpunkt und Ziel aller Wirtschaft, weshalb auch im Wirtschaftsleben die Würde der menschlichen Person und ihre ungeschmälerte Berufung sowie das Wohl der gesamten Gesellschaft zu achten und zu fördern sind (Ziffer 63).

Aus sich selbst heraus, schreibt *Johannes Paul II.* in „*Centesimus annus*“, verfügt die Wirtschaft aber „über keine Kriterien, mit deren Hilfe neue und höhere menschliche Bedürfnisse von solchen, die die Entfaltung einer reifen Persönlichkeit verhindern, klar zu unterscheiden sind“ (Nr. 36). *Benedikt XVI.* stellt in „*Caritas in Veritate*“ fest, „die Wirtschaft braucht für ihr korrektes Funktionieren die Ethik, nicht irgendeine Ethik, sondern eine menschenfreundliche Ethik“. Man dürfe sich auch „nicht nur darum bemühen ..., dass ‚ethische‘ Sektoren ... der Ökonomie oder des Finanzwesens entstehen, sondern dass die gesamte Wirtschaft und das gesamte Finanzwesen ethisch sind und das nicht nur durch eine äußerliche Etikettierung, sondern aus Achtung vor den ihrer Natur selbst wesenseigenen Ansprüchen“ (Nr. 45). Das Ziel der Wirtschaft liegt also „nicht in der Wirtschaft selbst, sondern in ihrer menschlichen und gesellschaftlichen Bestimmung“.³⁰

Markt und Wettbewerb als Kulturgüter

Konkretere Aussagen zur menschlichen und gesellschaftlichen Bestimmung, in deren Dienst die Wirtschaft steht, finden sich in allen Sozialenzykliken. Die Wirtschaft hat im Dienst des ganzen Menschen und aller Menschen zu stehen. Im Dienst des ganzen Menschen heißt, sie hat nicht nur seinen materiellen, sondern auch seinen immateriellen Bedürfnissen zu dienen und zu beachten, dass es auch nicht marktfähige Bedürfnisse gibt (*Centesimus annus*, Nr. 34). Im Dienst aller Menschen zu stehen heißt, dem Prinzip der universalen Bestimmung der Güter und damit dem Gemeinwohl Rechnung zu tragen, also alle Schichten und alle Völker an den Früchten der Entwicklung teilhaben zu lassen (Nr. 31).

Auch die Lösung globaler Probleme, so schließt *Johannes Paul II.* seine Enzyklika sei „nicht nur eine Frage der Wirtschaft oder der Rechts- oder Gesellschaftsordnung“. Sie erfordere vielmehr „klare sittlich-religiöse Werte sowie die Änderung der Gesinnung, des Verhaltens und der Strukturen“. Dazu mittels ihrer Soziallehre einen Beitrag anzubieten, fühle sich die Kirche in besonderer Weise verantwortlich. *Johannes Paul II.* hegt die Hoffnung, „dass auch jene große Gruppe, die sich zu keiner Religion bekennt, dazu beitragen kann, der sozialen Frage das notwendige sittliche Fundament zu geben“ (Nr. 60 unter Verweis auf die Enzyklika „*Sollicitudo Rei Socialis*“ von 1987).

Wilhelm Röpke und die christliche Soziallehre versuchen gemeinsam deutlich zu machen, dass Markt und Wettbewerb kein Natur-, sondern ein Kulturprodukt sind, sowie dass der Markt nicht nur Tauschplatz für Produzenten und Konsumenten, für Angebot und Nachfrage, sondern Möglichkeitsbedingung menschlicher Freiheit und Entfaltung ist. Sie zeigen, dass Markt und Wettbewerb der sorgfältigen Hegung bedürfen, einer Hegung, die sich auch in der Architektur vieler mitteleuropäischer Städte spiegelt: Im Zentrum dieser Städte liegt meist ein Marktplatz, der umgeben ist von einem Rathaus, einem Gericht, einer Waage, einer Post, einem oder mehreren Gasthöfen und einer Kirche, und nicht selten steht die Kirche im Zentrum des Marktplatzes. ■

28 Päpstlicher Rat *Justitia et Pax* (Hrsg.), *Kompodium der Soziallehre der Kirche* (2004), Ziffer 335.

29 Vgl. die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland *Gemeinwohl und Eigennutz. Wirtschaftliches Handeln in Verantwortung für die Zukunft*, Gütersloh 1991, Ziffern 6 und 97–102, und Martin Honecker, *Grundriss der Sozialethik*, Berlin 1995, Seiten 435 f.

30 Päpstlicher Rat *Justitia et Pax* (Hrsg.), a. a. O., Ziffer 331.

Ludwig-Erhard



LUDWIG-ERHARD-PREIS FÜR

WIRTSCHAFTSPUBLIZISTIK 2009

Am 2. Juli 2009 wurde der Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik in Berlin verliehen. Die Hauptpreisträger waren *Dr. Rainer Hank*, Ressortleiter Wirtschaft sowie Geld & Mehr bei der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, und *Dr. h.c. Martin Wolf*, Mitherausgeber und Chefökonom der Financial Times, London. Die Förderpreise erhielten *Sebastian Jost*, Redakteur bei den Zeitungen Die Welt und Welt am Sonntag, sowie *Dr. Philip Plickert*, Redakteur bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Die Laudationes sprach *Dr. Ursula Weidenfeld*, Mitglied der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik.



V.l.: Dr. Rainer Hank, Sebastian Jost, Dr. Hans D. Barbier, Dr. Philip Plickert, Dr. h.c. Martin Wolf

Fotos: Henning Lüders, Berlin

Laudationes

Dr. Ursula Weidenfeld

Mitglied der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik



Ursula Weidenfeld

ihr schon gewohnt außerordentlich hohes Niveau hinweg gehoben haben.

In der Krise, so sagt der französische Philosoph *Alexis de Tocqueville*, bleibt der Mensch selten auf seinem gewohnten Niveau. Entweder er sinkt deutlich darunter, oder er hebt sich darüber hinweg. Die Ludwig-Erhard-Stiftung hat heute die große Freude, vier Journalisten und Publizisten auszuzeichnen, die sich in den vergangenen Monaten über



Martin Wolf

Er wurde zum Commander of the British Empire ernannt. Regelmäßig findet sich sein Name auf den „Journalist-des-Jahres“-Listen in den USA und in Großbritannien. Er wird zu Recht gerühmt, und wir freuen uns, den vielen Auszeichnungen heute den wichtigsten deutschen Preis für Wirtschaftsjournalisten hinzufügen zu dürfen.

Martin Wolfs Einfluss reicht weit über die Tätigkeit bei der *Financial Times* und an den Universitäten hinaus. Er schreibt eine der einflussreichsten wirtschafts- und finanzpolitischen Kolumnen Europas. Seine Arbeit ist bei Politikern und Politikberatern gefürchtet und geachtet. Unbestechlich und eigensinnig analysiert er die Finanzpolitik, die Wirtschaftspolitik, die Strategie der Notenbanken und

die Erklärungen, die die Wirtschaftswissenschaften anzubieten haben. Dabei lässt er Denkverbote genauso wenig gelten wie die Grenzen, die die ein oder andere wirtschaftspolitische Schule gern setzen würde. Auf *Martin Wolfs* Blog „Economistforum“ finden sich unter den Kommentatoren und Diskutanten die Namen all derer, deren Stimme man in der aktuellen weltwirtschaftlichen Situation gern lesen will.

Hier setzen sich Ökonomen mit den Thesen *Alan Greenspans* auseinander. Hier regt sich *Joseph Stiglitz* über die Pläne der USA zur Bankenregulierung auf. *Martin Wolf* stellt die Fragen, die die Weltwirtschaft bewegen – und die Chefökonom der Weltwirtschaft antworten, streiten, diskutieren. Man muss nicht jede Meinung teilen, die dort vertreten wird. Man muss nicht einmal alles richtig finden, was *Martin Wolf* schreibt. Aber in jedem Fall findet man eine anspruchsvolle, aufrichtige und manchmal sogar ein bisschen uneitle Debatte über die Fragen, die die Welt zurzeit bewegen.

Wolf nimmt der Krise nichts von ihrer Relevanz, wenn er ihre Dramatik relativiert. Leben wir wirklich in einer Krise, die so außerordentlich ist, dass sie irgendwann einmal als die große Depression, die ökonomische Wasserscheide des 21. Jahrhunderts gewertet wird? *Martin Wolf* glaubt das nicht unbedingt – und bezieht damit nicht nur eine im Augenblick seltene, nachdenkliche und überlegende Position im publizistischen Krisengeschäft.

Es ist wohl so, dass die Menschen die Gegenwartsprobleme immer übergewichten, aus der Vergangenheit nur unvollkommen und ungerne lernen und die Abgründe der Zukunft in aller Regel erst zur Kenntnis nehmen, wenn sie zur Gegenwart geworden sind. Dann aber widmen sie sich ihnen umso temperamentvoller. *Wolf* entzieht sich diesem Mechanismus, indem er die langen Linien der Wirtschaftsgeschichte im Auge behält. Er analysiert die Wirklichkeit, ordnet sie ein und setzt sie in Bezug zur Erfahrung, zum Stand der ökonomischen Forschung und zu einem immer möglichen Überraschungsmoment. Damit kann er auch den Krisenbekämpfern ihren Platz zuweisen. Schlechte



Politik lässt sich nicht entschuldigen mit dem Verweis auf die Dramatik der Krise, im Gegenteil: In guten Zeiten werden politische Fehler und falsche Einschätzungen verziehen; in schlechten rächen sie sich.

Der Staat ist zwar zurück im Spiel, sagt *Wolf*. Doch ganz sicher nicht als anhaltend großzügiger Stimulator. Sondern eher so, wie Staaten sich verhalten, die große Kriege geführt und finanziert haben und die nun die finanziellen Lasten dafür schultern müssen.

Die Krise, so sagt *Wolf*, beschleunigt ein paar weitere Trends, zum Beispiel die Drift des weltwirtschaftlichen Gewichts weg von Europa hin nach Asien. Europa und seine Wirtschaftsverfassung seien verwundbarer gewesen, als man geglaubt habe. Andere Trends habe die Krise gebrochen, zum Beispiel die weltweiten Kredit- und Verschuldungsmechanismen, von denen man zwischenzeitlich einmal angenommen hat, dass sie den Wohlstand der Nationen an sich steigern. Der Reputation der Marktwirtschaft wurde schwerer Schaden zugefügt. Und: Die Krise wird ein bitteres Erbe hinterlassen. Doch sie wird die Welt eben nicht so dramatisch und tief greifend verändern, wie das zurzeit viele annehmen.



Rainer Hank

Rainer Hank ist Wirtschaftsressortleiter der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Er studierte Philosophie, Literaturwissenschaften und Theologie in Tübingen und Fribourg und promovierte über die Literatur der Wiener Moderne. Zum Journalismus im Allgemeinen und zum Wirtschaftsjournalismus im Besonderen fand der Mitarbeiter

des Bonner Cusanuswerks durch Praktika bei der Süddeutschen Zeitung und bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ). 1988 wechselte er dann vom Begabtenförderungswerk der katholischen Kirche zu seiner eigentlichen Begabung: Er wurde Wirtschaftsjournalist bei der FAZ. *Rainer Hank* berichtete vornehmlich über Gewerkschaften und Tarifpolitik und entwickelte sich schnell zu einem gefürchteten Kritiker des rheinischen Kapitalismus. In den neunziger Jahren gehörte *Rainer Hank* zu den prägenden Kom-

mentatoren der wiedervereinigten deutschen Wirtschaftspolitik.

Das alles, meine Damen und Herren, ist zwar sehr verdienstvoll. Aber dafür gibt es natürlich noch keinen Erhard-Preis. – Das erste entscheidende Motiv für den Preis ist der Wirtschaftsteil der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, dessen Gründungsressortleiter *Rainer Hank* ist. Diese Seiten leisten etwas Besonderes, auch im Vergleich mit der großen Schwester Alltags-FAZ. Sie interessieren Menschen für Wirtschaft, die sich sonst nicht für die Ökonomie erwärmen können. Frauen lesen ihn, Linksintellektuelle und das Stammpublikum wohl auch. Die Wirtschaft in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung ist humorvoll, ohne albern zu werden. Sie ist lesbar, ohne opportunistisch zu sein. Ihr Lesestoff ist beim Frühstück zu verkraften und ist dennoch nicht oberflächlich. Die Haltung ist klar marktwirtschaftlich; das als Appetitanreger zum Sonntagsfrühstück zu wagen, ist eine wirklich große Leistung.

Die zweite große Leistung ist das Buch, das *Rainer Hank* in diesem Jahr geschrieben hat. Es heißt: „Der amerikanische Virus. Wie verhindern wir den nächsten Crash?“ Es ist eines der deutschen Bücher zur Krise, das im besten Sinne das leistet, was Wirtschaftsjournalisten leisten können. Sie können die Lage beschreiben. Sie können nach Erklärungen suchen und dies für den Leser so aufschreiben, dass er es versteht. Journalisten müssen aber auch den Mut haben, da ein Fragezeichen zu setzen, wo eines hingehört. „Der amerikanische Virus“ hat diesen Mut. Das Buch ist aufrichtig da, wo es noch keine Antworten gibt. Es ist ehrlich in den Passagen zur Wirtschafts- und Finanzordnung, wo auch der Autor kalt erwischt wurde und – man höre und staune – die ein oder andere Ansicht modifizierte. In einer Zeit, die schnell ist mit Schuldzuweisungen, naheliegenden Schlüssen und wohlfeilen Behauptungen, muss das besonders gewürdigt werden.

Die Jury hat mit *Rainer Hank* ein Mitglied des Ausschussgremiums, also aus ihren eigenen Reihen, ausgezeichnet. In normalen Zeiten wäre das ungehörig. Doch die Zeiten sind nicht normal. Wir waren uns einig, dass in diesem Jahr diejenigen den Preis bekommen sollen, die auf der Seite der Publizistik entscheidend beigetragen haben, die Krise zu erfassen, sie zu verstehen und mit ihr umzuge-

hen; diejenigen also, die einen Unterschied gemacht haben.

Ich habe heute die Ehre und das Vergnügen, auch zwei junge Kollegen loben zu dürfen. *Philip Plickert* von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und *Sebastian Jost* von der Welt und der Welt am Sonntag sind die Träger des Förderpreises. Das ist für beide ausdrücklich ein Hoffnungswert. Die Jury beobachtet ihre journalistische Arbeit bereits seit Längerem, und wir wissen, dass die Medienkrise gerade für junge Journalisten oft bedeutet: weniger Platz und weniger Möglichkeiten, die eigenen Themen und Stücke angemessen ins Blatt zu bringen.



Philip Plickert

der Seite zwei des Wirtschaftsteils finden sich seine Berichte über die nationalökonomische Forschung, über Spieltheorie und Verhaltensökonomie. In einer Zeit, in der sich die meisten anderen

Philip Plickert ist in der FAZ-Wirtschaftsredaktion der Kollege, der sich um wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftshistorische Themen kümmert. In einer Zeit, in der sich viele andere Wirtschaftsredaktionen aus diesem Themenfeld verabschieden, hat er in der FAZ deutliche und neue Schwerpunkte in diesem Feld besetzt. Meist auf

meilenweit von neoliberalen Positionen distanzieren, macht *Plickert* das Gegenteil. Er zeigt und vertritt, was der Neoliberalismus *Ludwig Erhards* nach 1948 gezeigt und vertreten hat: Dass das Plädoyer für die Freiheit auch immer eines für die Vernunft ist – auch in Zeiten wie diesen.

Sebastian Jost wird für ein Stück ausgezeichnet, das demonstriert, wie schnell und wie segensreich der Markt in vermachteten und verkrusteten Sektoren wirkt. Lebendig und anschaulich schildert *Jost* im Wirtschafts-magazin *brand eins*, wie ein Arzneimittelhersteller von Generika einen aufgeteilten Markt knackt und dafür sorgt, dass die Preise sinken. *Jost*, der heute für die Welt und die Welt am Sonntag schreibt, illustriert an diesem einen Fall auch für Laien verständlich und überzeugend die Funktionsweisen des Wettbewerbs. Nebenbei wird auch klar, wie schnell ein Markt verkrustet und vermachtet, wenn man ihn nur lang genug den Beteiligten allein überlässt.



Sebastian Jost

Sehr geehrter Herr *Wolf*, lieber *Rainer*, lieber Herr *Plickert*, lieber Herr *Jost*: Es ist der Jury eine große Freude, Sie heute mit dem Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik und dem Förderpreis auszeichnen zu dürfen. ■



Shylocks Erbe – Was wir von Shakespeare über die Finanzkrise lernen können

Dr. Rainer Hank

Ressortleiter Wirtschaft sowie Geld & Mehr bei der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung

„Shakespeares ‚Kaufmann von Venedig‘ ist kein Schurke und Betrüger, sondern ein Abenteurer. Das Drama versetzt uns in eine Welt voller Unternehmergeist. Es ist eine Welt, in der die Menschen mit hohen Einsätzen etwas wagen, ohne sicher sein zu können, dass ihre Unternehmung auch Erfolg hat. Das gilt für das Geschäft, nicht minder als für die Liebe. Man hat keine Bedenken, auf Pump zu leben, exzessiv Kredite zu nehmen und hohe Renditen einzustreichen, die abermals zum munteren Geldausgeben verleiten.“

Wohlstand gibt es – *Ludwig Erhard* zum Trotz – nicht für alle. Einige sind reich, andere arm. Die, die heute reich sind, waren vor einigen Jahrzehnten noch sehr arm, und vor einigen Jahrhunderten waren sie bettelarm.

Wie sehr haben wir uns verbessert, verglichen mit den Bedingungen, unter denen unsere Vorfahren – sagen wir um das Jahr 1600 – leben mussten? Einen Wohlstandsfortschritt um 200 Prozent schätzen die Leute, wenn man sie raten lässt, und sie verschätzen sich damit gewaltig: Was wir uns heute an Essen und Trinken, an Gesundheit und Bildung, an Wohnung und Kleidern leisten können, übertrifft das Niveau des Jahres 1600 nicht um 200, sondern um 2000 Prozent, sagen uns die Wirtschaftshistoriker. Dass wir diese Erfolgsgeschichte derart unterschätzen, liegt natürlich daran, dass die Menschen sich rasch an das gewöhnen, was sie haben, und sich heute ohnehin niemand mehr so genau an das beginnende 17. Jahrhundert erinnern kann.

Gewiss könnten wir uns die Geschichte des menschlichen Fortschritts eher zu vergessen erlauben, hätte die gesamte Menschheit ungefähr im gleichen Maße daran partizipiert. Aber so ist es ja nicht. Der Durchschnittsdeutsche und der Durchschnittsafrikaner lebten um das Jahr 1600 ungefähr in gleich elenden Bedingungen. Heute haben wir uns um 2000 Prozent verbessert, während sich in Afrika in der Zwischenzeit nicht sehr viel getan hat.

Ideen als Quelle des Wohlstands

Warum also sind einige reich und andere arm? Aus meiner Sicht ist das die Dreh- und Angelfrage, warum es nicht nur Freude macht, sondern auch fast schon moralische Pflicht ist, über die Quellen des wirtschaftlichen Wachstums nachzudenken. Ich weiß, ich bin nicht der erste, der sich damit beschäftigt. Entsprechend breit ist das Spektrum der Antworten. „Akkumuliert, akkumuliert: Das ist Moses und die Propheten“, hielt bekanntlich *Karl Marx* für das Geheimnis des Kapitalismus, und noch die sogenannten neuen Wachstumstheorien von heute pflichten ihm bei.

Ist Kapital das Geheimnis des Kapitalismus? Im Gegenteil, sagen die Idealisten, denen ich mich in dieser Dankesrede gern anschließen möchte: Es waren Ideen, die den Kapitalismus ans Laufen brachten. Die Abenteuer der europäischen Wohlstandsgeschichte begannen im Kopf, nicht in den Maschinen. Dass es uns heute so gut geht, beruht auf einer Veränderung unserer Einstellungen, Tugenden und Haltungen zu Reichtum, Erfolg, Risiko oder Wettbewerb. Es ist keine verbohrt europäische Arroganz, sondern historische Wahrheit, zu behaupten, dass dieser „ethische und rhetorische Tsunami“ im europäischen Bürgertum der frühen Neuzeit startete und wir alle bis heute die Früchte dieser Umwertung aller Werte ernten.¹

Für diese Auffassung habe ich einen Kronzeugen, den man in diesen Tagen in einem Vortrag min-

¹ Vgl. Deidre McCloskey, *Bourgeois Virtues: Ethics for an Age of Commerce*, University of Chicago Press 2006; vgl. auch www.deidremccloskey.com.

destens einmal zitieren sollte: *John Maynard Keynes*. „It is ideas, not vested interests, which are dangerous for good or evil.“ Ideen verändern die Welt mehr als die Macht der Interessengruppen. Weil bis zum späten Mittelalter die biblische Überzeugung galt, man könne nicht Gott dienen und dem Mammon (Mt 6, 24) – wobei Mammon für Besitz und Reichtum steht –, war das Sozialprestige des Kaufmanns nie sonderlich hoch. Eher geht bekanntlich ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass ein Reicher in den Himmel kommt (Mt 19, 24). Der Verzicht auf das Vermögen brachte *Franz von Assisi* die Heiligsprechung. Auf die Idee, seinen Vater, einen reichen Kaufmann der Stadt, heilig zu sprechen, wäre niemand gekommen.

Irgendeine Umdeutung der Einstellungen und Haltungen muss also stattgefunden haben zwischen dem späten Mittelalter und dem Jahr 1800, als es in England zum Wachstumswunder der industriellen Revolution kam. Denn diese industrielle Revolution fiel nicht vom Himmel. Profitstreben, Gier, der Traum vom Reichwerden, all das kannten die Menschen immer schon seit Adam und Eva; es gehört zu ihrer Natur. Dass aber das Profitstreben segensreich für die Menschen ist, dass es sich deshalb auch auszahlt, sich „nützliches Wissen“ auszudenken und marktfähige Erfindungen zu machen, dazu bedarf es der Anerkennung von Leistung, Arbeit und Gewinn, was – wie wir bis heute sehen – alles andere als selbstverständlich ist.² Und es bedarf der Erfindung und Garantie lebenswichtiger Institutionen, nennen wir sie Markt, Privateigentum und Vertragsfreiheit, damit sich das Wirtschaften nachhaltig lohnt.

Die Jahre zwischen 1450 und 1800 in Europa sind die Achsenzeit der europäischen Wohlstandsgeschichte. Hier ist die Antwort zu finden auf die Schicksalsfrage, warum einige Nationen reich, andere aber arm sind. Es ist aufregend, diesen Prozess der rhetorischen Neubewertung zu rekonstruieren und zu sehen, welche intellektuellen oder auch ideologischen Klimmzüge etwa *Francesco Datini*, ein toskanischer Wollhändler und Spekulant des 14. Jahrhunderts, machen musste, um nicht nur seine Handels-, sondern auch seine Bankgeschäfte als gottgefällig zu interpretieren. Renaissance ist eben nicht nur Abwendung von der mittelalterlichen Frömmigkeit, sondern auch Ca-

mouflage der neuen Werte im Deutungsrahmen der alten Wertewelt. Wir müssen Leuten wie *Datini* extrem dankbar sein. Ihren Ideen, mehr noch als ihren Taten, verdanken wir unseren Wohlstand.

Antikapitalistisches Weltbild um 1600

Doch statt nach Prato oder Florenz will ich mit Ihnen jetzt unter Führung von *William Shakespeare* einen kleinen Ausflug in das Venedig der frühen Neuzeit machen. *Shakespeares* Schauspiel „Der Kaufmann von Venedig“ wähle ich deshalb, weil das Stück sich deuten lässt als ein Schwellentext der rhetorischen Umwertungsgeschichte, wenn man so will zwischen *Dante* und *Adam Smith*; ein idealistischer Basistext also als Bedingung der Möglichkeit der späteren materialistischen Wohlstandsrevolution.

Venedig gilt als das Modell eines politisch klug regierten, multikulturellen und gerade deshalb auch wirtschaftlich erfolgreichen Gemeinwesens. Sein Wohlstand beruht auf dem Seehandel. Große Flotten, für deren Finanzierung und Risikoabdeckung schon damals häufig große Handelskompanien zeichneten, waren aktiv im globalen Tausch: Luxusgüter aller Art – Gewürze, Tuche und vieles mehr –, gar alles, was die damalige Welt produzierte, kreuzte den Hafen der Stadt. Venedig war eine lebensfrohe und sinnenfreudige Weltstadt, in der Handel und Kultur blühten. Weltoffen war man in jeder Hinsicht. Privatwirtschaftlicher Unternehmergeist wurde gefördert, der Staat garantierte Rechtssicherheit, und das Meer besorgte die Daseinsvorsorge.

Shakespeare veröffentlicht seinen „Kaufmann von Venedig“ – man weiß nicht so genau, ob das Stück eine Tragödie oder eine Komödie ist – im Jahr 1600. Die Zeit, in der es spielt, wird nirgends genau datiert. *Shakespeare* begnügt sich, für sein elisabethanisches Publikum das Bild eines auf der Seefahrt beruhenden Wohlstands zu evozieren: Die venezianische Welt des 14. und 15. Jahrhunderts war eine Welt, die seinem Publikum bekannt war, beruhte doch auch der Wohlstand Englands auf den Erfolgen des Seehandels. Die Welt Venedigs ist unsere Welt, sollten die Zuschauer begreifen.

Wie groß die Aversion gegenüber Reichtum, Markt oder Wohlstand bei den Menschen um 1600

2 Vgl. John Moky, *The Gifts of Athena: Historical Origins of the Knowledge Economy*, Princeton University Press 2002.



noch war, lässt sich etwa bei *Robert Burton* nachlesen, dessen „Anatomie der Melancholie“ unheimlich populär war und das überkommene Weltbild drastisch zeichnete. *Burton* fragt: „Was ist ein Marktplatz?“³ Und seine Antwort, ganz der antikapitalistischen Tradition verhaftet, lautet: „Es ist ein Ort, wo einer den anderen übers Ohr haut, eine Falle. ... ein Auflauf wandelnder Koblode und Gespenster, ein Theater der Heuchelei, ein Handelshaus der Gaunerei und Liebedienerei, eine Pflanzstätte der Schurkerei. Solange sie einander zweckdienlich sind, lieben sie sich und stehen sie sich sogar bei, aber kaum ist kein Vorteil mehr zu erwarten, da behandeln sie den anderen wie einen alten Hund, jagen ihn davon oder hängen ihn an den nächsten Nagel. ... Mit einem Wort: Jeder dient nur seinen eigenen Zielen. Unser Summum Bonum ist Besitz, und die Göttin, die wir anbeten, heißt *Dea Moneta*, Königin Geld: Ihr opfern wir täglich, sie lenkt unsere Herzen, Hände, Sinne.“ – Wenn man das hört, weiß man auch, wo die Ressourcen des heutigen Antikapitalismus liegen: Die rhetorische Wucht *Burtons* ist freilich längst im Klischee der immergleichen Stereotypen verflacht.

Shakespeare kennt dieses Markt verachtende Weltbild, mag es aber nicht mehr teilen. Sein „Kaufmann“ ist kein Schurke und Betrüger, sondern ein Abenteurer. Das Drama versetzt uns in eine Welt voller Unternehmergeist. Es ist eine Welt, in der die Menschen mit hohen Einsätzen etwas wagen, ohne sicher sein zu sein können, dass ihre Unternehmung auch Erfolg hat. Das gilt für das Geschäft, nicht minder als für die Liebe. Man hat keine Bedenken, auf Pump zu leben, exzessiv Kredite zu nehmen und hohe Renditen einzustreichen, die abermals zum munteren Geldausgeben verleiten. Wir sind nicht im „Theater der Heuchelei“ *Burtons*, sondern in einer Welt, die selbst „Bühne ist, wo jeder Mensch eine Rolle spielen muss“.

Abenteurer und Hasardeure

Schauen wir uns diese Rollen einmal etwas genauer an: Da ist zunächst *Bassanio*, ein aristokratischer Lebemann, ein Hasardeur, Glücksspieler und notorischer Geldverschwender. *Bassanio* ist das typische Exemplar einer höfischen Zeit, dem

der Müßiggang auf Kosten anderer als höchstes Ziel dient. Der Kerl ist bis über beide Ohren verschuldet und zum wiederholten Mal völlig blank. Er muss zugeben, seinen Besitz vollständig heruntergebracht zu haben. Als Ausweg plant er eine Hochzeit mit der hübschen, und – viel wichtiger noch – reichen Erbin *Portia*. Die Sache hat nur einen Haken: Das Werben um die reiche Dame kostet eine ganze Stange Geld, das *Bassanio* eben mal wieder fehlt.

So kommt *Bassanio*, ebenfalls zum wiederholten Mal, auf die Idee, seinen Freund *Antonio* anzupumpen. *Antonio*, der Kaufmann von Venedig, ist viel mehr als nur ein „ehrbarer Kaufmann“. Er ist ein genialer Abenteurer, der das große Geld auf See gemacht hat und weiterhin machen will. Er liebt das „venture“, ein Ausdruck, welcher zu *Shakespeares* Zeit nicht nur die Unternehmung im kaufmännischen Sinn meinte, sondern auch Abenteuer, Glück, Wagnis oder Risiko. Alle seine Besitztümer hat *Antonio* auf See. Alles setzt er auf eine Karte. Wenn die Rechnung aufgeht, wird sich das Abenteuer für ihn mannigfach auszahlen. Welch unglaubliche Renditen im Seehandel zu machen waren, bezeugt der Weltumsegler *Sir Francis Drake*, ein Verwandter im Geiste des *Antonio*, der nach der Überlieferung bei der Rückkehr von seiner Weltumsegelung 1577 bis 1580, also in nur drei Jahren, seinen Aktionären eine Rendite auf das eingesetzte Kapital von 4700 Prozent gebracht hat. Da werden die heutigen „Ackermänner“ mit ihren lumpigen 25 Prozent ganz schön blass.

Dass die Sache riskant ist, weiß *Antonio*: Auf See gibt es Sandbänke und Untiefen, zuweilen neigt der Mast des Schiffes sich bedrohlich und küsst sein eigenes Grab. Keine Frage: Was eben jetzt noch so viel wert war, kann plötzlich zerrinnen. Nichts ist beständig, alles ist vergänglich.

Antonio, der Bürger, ist also Abenteurer wie der Aristokrat *Bassanio*. Doch er ist kein Hasardeur. Denn er muss sein Geschäft nüchtern und rational kalkulieren, er braucht Seeleute, die Schiffe zu navigieren verstehen, und muss Wissen haben über die Märkte ferner Länder und die politischen Gegebenheiten auf der ganzen Welt. *Antonios* Risikofreude ist die des bürgerlichen Kaufmanns der Moderne.

Antonio also ist zwar reich, aber nicht liquide, da seine Schiffe erst in einigen Wochen mit den Han-

³ Robert Burton, Anatomie der Melancholie, übersetzt von Werner von Koppenfels, Mainz 1988, Seiten 55 f.

delslerlösen zurückkehren werden. Mit Bedauern lässt er *Bassanio* wissen, er habe „weder Geld noch Ware, um eine Summe in bar aufzubringen“. *Bassanio* möge selber sehen, „was mein Kredit in Venedig vermag“, rät ihm *Antonio*. Damit hat er sich als Bürge angeboten und ein Dreiecksgeschäft vorgeschlagen.

Modernes Zinsverständnis

Shylock, ein jüdischer Geldverleiher, soll das Geld beibringen. Der Weg zu *Shylock* fällt *Antonio* besonders schwer, gibt es doch zwischen dem Christen und dem Juden einen Jahrhunderte alten Konflikt darüber, ob es erlaubt ist, für das Verleihen von Geld Zinsen zu nehmen. Den Christen ist das Zinsnehmen verboten, den Juden nicht, zumindest nicht von Christen, was im Wettbewerb das Geschäft für *Shylock* erschwert: „Ich hasse ihn, weil er ein Christ ist, aber mehr noch deshalb, weil er in niederträchtiger Einfalt Geld gratis ausleiht und den Satz der Zinserträge hier bei uns in Venedig drückt.“ Da scheint ein Wettlauf um das billige Geld in Gang gewesen zu sein.

Juden und Christen hielten den Zins für Wucher, da es nach damaliger Auffassung als pervers galt, Geld für Geld zu verlangen. Geld sei steril, so die Lehre, weswegen mit Geld nicht abermals Geld erzeugt werden dürfe. Die Begründung dieses Verbots steht im Buch Deuteronomium, wo es heißt: „Du sollst von Deinen Brüdern keinen Zins nehmen, weder Zins für Geld, noch Zins für Speise, noch Zins für irgendetwas, das man leihen kann“ (Dt 23, 19f). Während nun die Juden dieses Verbot wörtlich nahmen, was bedeutet, dass das Zinsverbot zwar gegenüber Brüdern galt, gegenüber Nichtjuden aber nicht, interpretierten die Christen es universal, da Christen ja auch alle Welt zu Brüdern haben sollten. „Tut Gutes und leiht, wo ihr nichts dafür zu bekommen hofft“, sagt *Jesus* nach dem Bericht des Lukas-Evangeliums in der Bergpredigt.

Shylocks Verständnis des Zinses erweist sich dabei gleich in mehrfachem Sinn als moderner und der christlichen Wirtschaftsmoral überlegen: Während im Nahbereich der Familie zinslose Darlehen sinnvoll sein mögen, weil die soziale Kontrolle da, wo alle einander kennen, die Wahrscheinlichkeit der Rückzahlung erhöht, zwingt im anonymen Fernbereich der Zins den Schuldner zur Tilgung.

Er diszipliniert ihn aber auch, mit dem geliehenen Geld effizient zu wirtschaften: Er zieht das knappe Kapital immer dorthin, wo es den höchsten Ertrag erzielt.

Mehr noch: Der kluge *Shylock* leiht Geld gegen Zins, damit *Bassanio*, wie *Shylock* sagt, seine „gegenwärtigen Bedürfnisse“ befriedigen kann. Gewinn, auch der Zinsgewinn, ist ein Segen, solange die Leute nicht stehlen. *Shylock*, das ist ziemlich revolutionär, weiß also, dass der Zins nicht der Preis des Geldes ist, sondern der Preis für die Zeit, durch welche jemand in die Lage versetzt wird, seine gegenwärtigen Bedürfnisse heute schon und nicht erst in Zukunft zu stillen. Weil wir den gegenwärtigen Genuss dem künftigen vorziehen, muss ein anderer darauf verzichten. Für diesen Verzicht verlangt der Kreditgeber *Shylock* einen Aufschlag, den er ökonomisch und moralisch für gerechtfertigt hält. *Irving Fisher* – und vorher schon *Eugen von Böhm-Bawerk* – haben aus *Shylocks* Argument ihre Theorie der „Impatience“ gemacht, jener Anerkennung „menschlicher Ungeduld“, wonach wir den Genuss desselben Gutes in der Zukunft als minder bewerten im Vergleich zum augenblicklichen Verzehr. Schließlich ist die Zukunft unsicher: Wer weiß, ob wir dann überhaupt noch leben?

Schließlich, letzter Beweis von *Shylocks* Modernität, geht es um die konkreten Kreditverhandlungen: die zentrale Frage, zu welchem Zins *Shylock* die gewünschten 3000 Dukaten verleihen soll. Klug wie er ist, macht er nämlich die Höhe des Zinses abhängig vom Wert der Sicherheiten. Je riskanter das Geschäft, desto höher der Zins, das versteht sich. Dass man sich auf *Antonios* Schiffe, wenn es hart auf hart kommt, nicht verlassen kann, wissen wir schon: Wer weiß, ob sie auf fernen Meeren „ihr eigenes Grab geküsst haben“. Die Schiffe scheiden als Pfand somit aus. Letztlich kommt der Jude mit einem sehr ungewöhnlichen Vorschlag: Sollte *Antonio* den Kredit nicht bedienen können, beansprucht *Shylock*, „ein wohlabgewogenes Pfund von eurem feinen Fleisch abzuschneiden“. Dieses Pfand, so denkt er, ist sicher, so lange *Antonio* am Leben ist.

Sicherer Pfandwert als Illusion

Der Dialog zwischen *Antonio* und *Shylock* über Zins und Pfand als Sicherheit zeigt sehr eindrucksvoll, dass Kreditverhandlungen immer mit zwei Unbe-



kannten spielen. Es steht nicht nur zur Debatte, zu welchem Preis der Gläubiger seinen Kredit an den Schuldner verkauft. Es steht auch zur Debatte, was im Falle des Kreditausfalls als Pfand dienen soll und welchen Wert die Vertragspartner diesem Pfand beimessen. Riskant ist die Geschichte deswegen, weil der Wert des Pfands auch die Höhe des Kreditvolumens bestimmt, soll es doch im Idealfall garantieren, dass der Gläubiger sich daran schadlos halten kann. Da zwei Unbekannte aber schwer auszuhalten sind, verfallen die Menschen gern in den folgenreichen Fehler, den Wert des Pfandes als fix anzunehmen: Offen bleiben dann nur Kreditvolumen und Zinssatz.

Dass dieser Fehler folgenreich ist, zeigt die gegenwärtige Krise sehr eindrucksvoll. Häuser galten als risikolose Sicherheiten für eine üppige Vergabe von Immobilienkrediten und den üppigen Weiterverkauf der darauf gegründeten Forderungen, solange man ihren Wert als sicher ansah. Verführerisch war dieses Geschäft erst recht dadurch, dass die großzügige Vergabe von Krediten auch die Preise an den Gütermärkten steigen ließ, mithin auch der Wert der Pfänder wuchs und der Ausfall eines Kredits nie wirklich zum Problem werden konnte, weil der Schaden durch die im Wert gesteigerten Sicherheiten jederzeit kompensiert werden konnte. Wie amerikanische Häuserbauer ihre Kredite mit den Häusern besichert haben, so haben die Unternehmer *Merckle* oder *Porsche* ihre Spekulationsgeschäfte mit Aktien ihrer Unternehmen besichert. Erst als sich der Zyklus drehte und Geld knapp wurde, weil plötzlich viel Unsicherheit in die Welt hineinrieselte, waren zugleich die scheinbar sicheren Pfänder nichts mehr wert, was sich merkwürdigerweise vorher niemand vorstellen wollte. Die verbleibende „Masse“ schrumpft, weswegen am Ende ein „Massekredit“ so heikel ist, dessen Besicherung sich täglich selbst verzehrt.

Zurück zu *Antonio* und *Shylock*. Auch *Antonio* hat sich verspekuliert. Denn es kam, wie es kommen musste: Der Kaufmann verliert alles. Seine Schiffe gehen zu Bruch, er wird ein Bankrotteur, der seinen Kredit nicht mehr zurückzahlen kann. Das Angebot *Bassanios*, der inzwischen finanziell ausgesorgt hat, weil er die schöne *Portia* freien konnte, ihn um ein Vielfaches zu entschädigen, schlägt *Shylock* aus. Zwar braucht auch er Geld, weil seine Tochter mit großen Teilen seines Vermögens durchgebrannt ist, doch lieber besteht er auf der Einlösung seines Pfandes.

Da wird die Sache zu einer juristischen Angelegenheit; schließlich leben die Venezianer wie die Engländer in einem Rechtsstaat. Vertrag ist Vertrag, und die Rule of Law gilt, sagt *Shylock* und wetzt schon das Messer. Doch die Richter, wie alle Juristen geübt in dialektischer Rabulistik, ändern die Definition des Pfandes: Ein Pfund Fleisch, gewiss, soll der Jude erhalten. Aber dabei dürfe kein Tropfen Blut fließen, denn davon sei im Vertrag ja auch nicht die Rede gewesen. Damit ist das Pfand auf einen Schlag nichts mehr wert. *Shylock*, einen Moment zuvor noch der große Gewinner, wird zum großen Verlierer: Sein Vermögen, verfügen die Richter mit weiteren Winkelzügen, geht an *Antonio*. Sollte er sich zwangskonvertieren lassen, darf er die Hälfte davon behalten.

Ungeduld verführt zum Schuldenmachen

Fassen wir zusammen: Für *Shakespeare* bleibt die Welt des Ökonomischen zutiefst ambivalent. Gerade das macht den „Kaufmann von Venedig“ zu einem Schwellentext des europäischen Wirtschaftswunders. Am Ende des Stücks nämlich landen wir wieder in der vorkapitalistischen Märchenwelt *Bassanios*, in welcher der schöne Müßiggang gepflegt wird. Es ist eine Welt von gestern als Sehnsuchtsgestalt, in der der Gentleman noch nicht zum Wirtschaftsbürger geworden ist.

Shylock, die Figur, die die moderne Welt am meisten vorwegnimmt, ist der große Verlierer des Stücks. Im letzten Akt spielt er nicht mehr mit. Der Finanzkapitalismus verdirbt den Charakter und das Happy End: Oder würden Sie es nicht auch als sittenwidrig ansehen, als Pfand eines Kreditvertrags ein Stück lebendiges Menschenfleisch zu fordern?

Der Kaufmann geht in dieser Welt als Vertreter der sogenannten Realwirtschaft gerade noch durch: Er darf am Hofe der schönen *Portia* Platz nehmen, denn ihm verdanken wir unseren Reichtum. Dabei wissen wir heute doch alle: Marktwirtschaft ist nicht nur Erfindungsgeist und Unternehmertum. Unser aller Wohlstand gründet auf Kredit, und zwar im doppelten Sinn. Würden wir einander nicht vertrauen, würden wir uns nicht wechselseitig Verlässlichkeit unterstellen, würden alle, nicht nur die wirtschaftlichen Aktivitäten ersticken. Aber auch im engeren Sinne gilt die Erkenntnis des frühen *Joseph Schumpeter*: „Auf seinen Schulden

reitet der Unternehmer zum Erfolg.“ Der Kredithebel, mit dem der Unternehmer sein Eigenkapital verlängert, bringt ihm die erhoffte Rendite und ermöglicht ihm, sein Abenteuer erfolgreich auszuführen. Der Kredit – das fremde Geld – gibt auch dem Habenichtsin eine Chance, wenn er nur gute Ideen hat und Fortuna ihm gewogen ist. Unsere Impatience ist der Quell unseres Erfolgs. Und weil es uns nicht schnell genug gehen kann und das Geld billig daher kommt, lassen wir uns zuweilen dazu verführen, zu viel Geld zu leihen und die Risiken zu missachten.

Wären wir aber alle „patient“, gelassen und zufrieden, wir wären auf keinen grünen Zweig gekommen und lebten immer noch in der Steinzeit. Schulden machen zu wollen, Ausbund unserer Ungeduld, ist das nach *Ben Funnell* „schmutzige kleine Geheimnis des Kapitalismus“. Was täten wir ohne die Möglichkeit, uns zu verschulden? Haushalte hätten Schwierigkeiten, an Autos, Möbel oder andere teure Dinge zu kommen. Wenn es keinen Kredit gibt, kann auch der Konsum nicht über einen zumutbaren Zeitverlauf gestreckt werden. Studenten, die auf einen Kredit angewiesen sind, könnten nicht studieren. Unternehmer könnten ihren Maschinenpark nicht modernisieren. Kaufleute könnten nicht mehr investieren, und *Antonio* könnte nicht mehr seine Schiffe aussenden.

Ambivalente Haltung gegenüber dem Kreditgewerbe

Freilich: Stets muss mit Fortuna gerechnet werden. Die Dame ist ziemlich unberechenbar. Plötzlich nistet eine große Unsicherheit sich ein – keine normale Unsicherheit –, und nicht nur ein Kredit fault, sondern alle Kredite. Dann werden die Geldverleiher zu Hasszielen unserer Enttäuschung. *Shylock* wird in den Canale Grande geworfen, oder, was fast so schlimm ist, zwangschristianisiert.

Die Geldleiher, sie bleiben auch ansonsten überzeugten Marktwirtschaftlern suspekt. Wachstum, welches wir durch billigen Zins und billige Schul-

den finanzieren, hat *Paul Kirchhof* kürzlich als „Scheinwachstum“ bezeichnet. Ist das ein generelles Plädoyer gegen Schulden oder für Wucherzinsen? Wahrscheinlich nicht, aber es zeugt von der Ignoranz gegenüber Kreditzyklen: Mal ist das Geld zu billig, mal ist es zu teuer, und nie ist es uns recht. Und es zeugt vom großen Misstrauen gegenüber den Leistungen der Finanzwirtschaft.

Kein Wunder, dass, wenn es ums Geld geht, der Antikapitalismus immer latent antisemitisch daher kommt. Schon *Jesus* ließ die Geldleiher und Geldwechsler aus dem Tempel vertreiben. Aussprechen darf man das freilich nicht: „1929 traf es die Juden, heute die Bankmanager“, hat *Hans-Werner Sinn* im vergangenen Herbst gesagt und damit den antisemitischen Soupçon der Krise entlarvt. Der Ausspruch ist ihm nicht gut bekommen.

Dabei spiegelt sich in diesem latenten Antisemitismus die ambivalente Haltung gegenüber dem Kreditgewerbe. „Der Okzident braucht den Juden“, schreibt der israelische Historiker *Doron Rabinovici* in seinem 2001 erschienenen Essay „Credo und Credit“. So ist es: Der Kaufmann von Venedig braucht *Shylock*, auch wenn er ihn nicht liebt. Der Unternehmer braucht seinen Bankier, auch wenn er ständig über ihn klagt. Noch jede Revolution, die die Banker an die Laternen knüpfen wollte, verlangte, kaum hatte sie gesiegt, nach Bankern. Insofern ist es ein gutes Zeichen, dass heute schon wieder die Investmentbanker von guten Geschäften berichten.

Unser Wohlstand, das war meine idealistische These, für die ich hier werben wollte, verdankt sich der allmählichen Herausbildung einer positiven Rhetorik gegenüber Privateigentum und Gewinnstreben. Die Umwertung aller Werte dauerte einige Jahrhunderte, und der spätere Antikapitalismus bedient sich bis heute der Wertungen von früher. Dabei hat es *Antonio*, der Kaufmann, inzwischen zu ordentlichem Ansehen gebracht. *Shylock*, der Finanzier, ohne den wir nie so reich geworden wären wie wir sind, wird uns wohl immer suspekt bleiben. ■



Globalisierung nach der Finanzkrise

Dr. h.c. Martin Wolf

Mitherausgeber und Chefökonom der *Financial Times*, London

„Die globale Marktwirtschaft ist in Gefahr, und wir müssen eine Menge tun. Paradoxerweise liegt ein Teil der Lösung darin, einige der Lehren von *John Maynard Keynes* wieder auszugraben, einem Volkswirt, dessen Theorien nirgends so stark kritisiert werden wie in Deutschland. Aber ab und zu leben wir in einer keynesianischen Welt. Und jetzt ist so eine Phase.“

Es ist eine große Ehre, mit dem Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik ausgezeichnet zu werden. Das liegt zum einen an den bedeutenden Persönlichkeiten, die den Preis vor mir bekommen haben, und zum anderen – und das ist noch wichtiger – am enormen Stellenwert der Ideen und der Politik, die mit diesem Namen verbunden sind. *Ludwig Erhard* und das Deutschland, dessen Wirtschaftspolitik er nach dem Krieg geprägt hat, haben die heutige Welt entscheidend beeinflusst. Das wird mittlerweile nur allzu häufig vergessen. *Erhard* spielte für die weltweite Erholung des Wirtschaftsliberalismus nach dem Zweiten Weltkrieg eine außerordentlich wichtige Rolle. Unsere offene Weltwirtschaft ist ein Ergebnis der damaligen Politik.

Ludwig Erhards Leistungen für eine marktwirtschaftliche Ordnung

Wenn heute eine Wirtschaft als Soziale Marktwirtschaft bezeichnet wird, ist für viele das Wort „sozial“ wichtiger als das Wort „Markt“. Doch vor 60 Jahren sah das ganz anders aus. Das wirklich Außergewöhnliche war damals die Entscheidung, überhaupt auf den Markt zu setzen, nicht zuletzt im Großbritannien der Nachkriegszeit. Es war eine umstrittene und kühne Entscheidung. Es war aber, wie jeder weiß, auch eine ungemein erfolgreiche Entscheidung.

Das dynamische Wachstum der westdeutschen Wirtschaft in den fünfziger und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte enorme Auswirkungen. Ein wirtschaftlich erfolgreiches Deutschland konnte Wettbewerb und offene Märkte als Basis für die junge Europäische Gemeinschaft etablieren. Und es veränderte die Stimmung im Ausland. Daran kann ich mich aus meiner eigenen Kindheit in den fünfziger und sechziger Jahren noch gut erinnern.

Der Gegensatz zwischen dem Erfolg Deutschlands und dem Misserfolg Großbritanniens und, in den siebziger Jahren, zwischen der Stabilität der D-Mark und der Schwäche des britischen Pfunds hat entscheidend zu einem Stimmungsumschwung in Großbritannien beigetragen. Die Ironie dabei ist, dass die Briten damals dachten, das, was auf dem europäischen Kontinent heute gelegentlich als „angelsächsischer Marktkapitalismus“ verdammt wird, von den Deutschen gelernt zu haben – oder sich zumindest nach einer langen Phase des Interventionismus wieder abgeschaut zu haben.

Dies führte dazu, dass Großbritannien Mitte der achtziger Jahre den europäischen Binnenmarkt unterstützte, der sich als großer Schritt in Richtung einer einheitlichen Währung erwies und schließlich zur europäischen Integration der vergangenen Jahrzehnte führte. Es gibt in der jüngeren Geschichte kein besseres Beispiel für das Gesetz unbeabsichtigter Konsequenzen als *Margaret Thatchers* Rolle im europäischen Einigungsprozess, den sie doch so sehr ablehnte.

Der Erfolg Westdeutschlands, besonders im Vergleich zu Ostdeutschland, untergrub auch die Legitimität des wirtschaftlichen und politischen Systems der Sowjetunion. Dessen Zusammenbruch zwischen 1989 und 1991 war ein großer Schritt auf dem Weg zu unserer heutigen Weltwirtschaft. Außerdem wurde die deutsche Tradition einer unabhängigen Zentralbank für viele Länder der Erde zum Vorbild. Ohne die Reformen, die wir mit dem Namen *Ludwig Erhard* verbinden, sähe die Welt völlig anders aus. Er war zweifellos der einflussreichste europäische Wirtschaftspolitiker seit dem Zweiten Weltkrieg.

Doch heute, mitten in der schwersten weltweiten Rezession seit den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts, müssen wir uns fragen, ob die Finanzkrise die globale Marktwirtschaft in Gefahr gebracht hat, und wenn ja, was wir dagegen tun müssen.

Globale Marktwirtschaft in Gefahr

Für mich ist die Antwort klar: Ja, die globale Marktwirtschaft ist in Gefahr, und wir müssen eine Menge tun. Paradoxe Weise liegt ein Teil der Lösung darin, einige der Lehren von *John Maynard Keynes* wieder auszugraben, einem Volkswirt, dessen Theorien nirgends so stark kritisiert werden wie in Deutschland. Aber ab und zu leben wir in einer keynesianischen Welt. Und jetzt ist so eine Phase.

In meinem Buch „Why Globalization Works“, das 2004 veröffentlicht wurde, habe ich erläutert, dass die Globalisierung der Weltwirtschaft große Chancen beschert hat. Sie waren nicht so gleichmäßig verteilt, wie man es sich vielleicht wünschen würde. Aber der Aufstieg Chinas seit den 1978 begonnenen Reformen und der Aufstieg Indiens seit Beginn der Liberalisierung nach der Krise von 1991 kündigen unmissverständlich eine außergewöhnliche, buchstäblich epochale Entwicklung an: die Rückkehr Asiens, einer Region, die die Hälfte der Menschheit beheimatet.

Wichtig ist dabei, dass in einer geordneten liberalen Wirtschaft zumindest gute Chancen bestehen, dass dieser Aufstieg friedlich ablaufen wird. Diesmal, so könnte man glauben, wird die Machtverschiebung nicht zu einem katastrophalen Zusammenbruch der internationalen Beziehungen führen, wie es Ende des 19. und im 20. Jahrhundert der Fall war, als die USA, Russland, Deutschland und Japan mächtiger wurden sowie Großbritannien und Frankreich Einfluss einbüßten.

Warum ist die globale Marktwirtschaft dann überhaupt in Gefahr? Die Bedrohung liegt, wie ich in meinem 2008 veröffentlichten Buch „Fixing Global Finance“ beschrieben habe, im Finanzsystem begründet, denn dieses System sorgt für Instabilität. Heute, da wir in der gravierendsten Finanzkrise seit 80 Jahren stecken, ist das offensichtlich. Was, wenn die Welt nicht zu einem gesunden Wachstum zurückfindet? Droht dann nicht wieder Protektionismus im großen Stil? Ich würde sagen: Ja, die Gefahr ist groß. Ist eine derart schwache Erholung wahrscheinlich? Ja, das ist sie durchaus. Ich fürchte, die aktuelle Krise könnte sogar die langjährige und langsame Entwicklung hin zu einer offeneren und liberaleren Weltwirtschaft umkehren. 60 Jahre Bemühungen, eine globale Marktwirtschaft zu etablieren, sind unter Umständen gefährdet.

Finanzsystem auf dem Prüfstand

Das Finanzsystem ist die Achillessehne der Marktwirtschaft. Drei Jahrzehnte lang hat der Westen, insbesondere die USA, die Vorzüge eines liberalisierten globalen Finanzsystems angepriesen. Und was hat es uns gebracht? „Eine Finanzkrise nach der anderen“, muss die Antwort leider lauten. Wir hatten die Lateinamerikakrise, die US-Sparkassenkrise, die skandinavische Bankenkrise, die US-Immobilienkrise, die japanische Finanzkrise, die Tequila-Krise, die Finanzkrisen in Asien und Russland, den Zusammenbruch von Long-Term Capital Management, die „Dotcom-Blase“, und jetzt – die größte von allen – die Subprime-Krise, die man vielleicht einfach als Bankenkrise des Westens bezeichnen könnte.

Carmen Reinhart und *Kenneth Rogoff* vom National Bureau of Economic Research erklären in einer brillanten aktuellen Analyse, dass wir all das hätten vorhersehen können: Bankenkrisen waren schon immer die Folge von Liberalisierungen des Finanzwesens.¹ Das bedeutet nicht, dass ein liberalisiertes Finanzwesen keine Vorteile birgt. Aber über eines besteht kaum ein Zweifel: Die Krisen waren zahlreich und teuer.

Optimisten wie ich haben immer geglaubt oder zumindest gehofft, dass die Aufsichtsbehörden besser werden, die Bankmanager fähiger und das Risikomanagement zuverlässiger. Vor allem glaubten wir Optimisten, dass die modernsten Finanzsysteme der Welt, besonders das der USA, das gelobte Land eines ausgeklügelten, transaktionsorientierten Finanzwesens waren.

Kurz vor der Krise habe ich am 18. Juni 2007 einen Artikel in der *Financial Times* über „den neuen Finanzkapitalismus“ veröffentlicht. Darin habe ich geschrieben, dass heute „das Globale über das Lokale triumphiert, der Spekulant über den Manager und der Finanzier über den Produzenten. Wir erleben, wie aus dem Managerkapitalismus der Mitte des 20. Jahrhunderts ein globaler Finanzkapitalismus wird. Vor allem ist der Finanzsektor, der nach der Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren in Ketten gelegt worden war, wieder frei.“

1 Vgl. Carmen Reinhart/Kenneth Rogoff, This Time is Different: a Panoramic View of Eight Centuries of Financial Crises, National Bureau of Economic Research Working Paper 13882, März 2008.



Meine Schlussfolgerung lautete: „Unsere schöne neue Kapitalismuswelt weist zahlreiche Ähnlichkeiten mit der Welt Anfang des 20. Jahrhunderts auf. Aber sie geht in vielem weit darüber hinaus. Sie birgt interessante Chancen. Aber sie musste sich zu einem großen Teil noch nie bewähren.“

Die Bewährungsprobe kam, und zwar praktisch sofort. Deshalb ist die jüngste Krise – die Subprime- und Kreditkrise von 2007 und 2008 – die mit Abstand bedeutendste Krise der vergangenen drei Jahrzehnte. Sie stellt das am weitesten entwickelte Finanzsystem, das wir je hatten, auf den Prüfstand. Sie betrifft die gesamte westliche Welt, und sie nahm mitten in der weltweit fortschrittlichsten Volkswirtschaft ihren Ursprung. Sie geht auf Transaktionen der klügsten Finanzmanager zurück, die die raffiniertesten Verbriefungswerkzeuge anwenden und sich auf das ausgefeilteste Risikomanagement verlassen.

Trotzdem ist das Finanzsystem kollabiert. Auf den Zusammenbruch von Lehman Brothers im September 2008 folgte Chaos. Das System erlitt eine Art Herzinfarkt. Riesige Institute brauchten über Nacht Geld. Und am Ende blieb nur eine einzige Bonitätsklasse übrig: Regierungen mit einem AAA-Rating.

Es ist nicht überraschend, dass der ehemalige Chef der US-Notenbank *Paul Volcker* zu einem so vernichtenden Urteil gelangt ist. Der Internationale Währungsfonds beziffert in seinem jüngsten Bericht zur globalen Finanzstabilität die Unterstützung für westliche Kreditinstitute auf insgesamt 9000 Milliarden Dollar. Die Wahrheit ist, dass im Oktober vergangenen Jahres die Schulden der systemrelevanten Finanzinstitute verstaatlicht wurden. Der Staat ist zurück, und zwar auf außergewöhnliche Weise.

Ursachen der Finanzkrise

Warum hat eine Ära, die von wirtschaftlicher Stabilität – ja sogar der sogenannten „Great Moderation“ –, von Globalisierung, Konvergenz und niedriger Inflation geprägt war, zu einer derart monströsen Krise geführt? Ich sehe dafür folgende Gründe:

■ Erstens sind Finanzsysteme von Natur aus krisenanfällig. Das waren sie schon immer. Das erklärt allerdings nicht, warum es gerade jetzt zu dieser Krise gekommen ist und warum sie ein derart enormes Ausmaß angenommen hat.

■ Zweitens haben die direkten und impliziten Garantien der Zentralbanken und Regierungen das Finanzsystem deutlich instabiler gemacht. Diese Garantien waren es, die es den Finanzinstituten ermöglichten, mit einer derart hohen Verschuldung zu arbeiten. Im Grunde hatten die großen Finanzinstitute der westlichen Welt so gut wie kein Eigenkapital.

■ Drittens hat die Aufsicht versagt. Aufsichtsbehörden funktionieren nie, denn diejenigen, die sich der Aufsicht entziehen wollen, sind motivierter und wahrscheinlich fähiger als diejenigen, die sie durchsetzen wollen. Richtig ist zweifellos auch, dass staatlich subventionierte Kredite für angeblich erwünschte Zwecke, wie zum Beispiel Wohneigentum, das Finanzsystem anfälliger machen.

■ Viertens stimmt es zwar, dass der Staat die Panik hätte eindämmen können, wenn er von Anfang an konsequent alle gerettet hätte, aber das hätte einen noch stärkeren Anreiz für fahrlässiges Verhalten geschaffen. Die Aktionäre eines gescheiterten Finanzinstituts zu retten, halte ich für keine vernünftige Lösung, nicht einmal, um Panik zu verhindern.

■ Fünftens wurden zweifellos in der Geldpolitik Fehler begangen. Aber es ist in meinen Augen ein Irrglaube, dass die globale Blase nur durch zu niedrige Geldmarktzinsen in den USA verursacht wurde. Auffallend waren im Vorfeld dieser Krise schließlich die niedrigen realen Langfristzinsen. Und die kann die Federal Reserve nicht bestimmen.

■ Deshalb mache ich sechstens vier charakteristische Merkmale unserer Weltwirtschaft dafür verantwortlich, dass es zur aktuellen Krise gekommen ist. Eines der Merkmale war der kontinuierliche Deflationsdruck, der durch Chinas Einstieg in die Weltwirtschaft entstanden ist. Das zweite waren die Folgen der globalen Finanzkrisen von 1997 und 1998, die dazu geführt haben, dass die meisten Schwellenländer sehr vorsichtig mit ausländischem Fremdkapital waren. Ein drittes Merkmal waren die nachlassenden Investitionen westlicher Unternehmen, teilweise aufgrund sinkender Preise für Investitionsgüter. Das letzte Merkmal waren die erstaunlich hohen Ersparnisse Chinas, die, wie ich häufig betont habe, durch eine bewusste Politik Chinas gefördert wurden.

Die daraus resultierenden niedrigen nominalen und realen Langfristzinsen führten zu dem Rendi-

tehung, der Kreditausweitung und der vom privaten Konsum und den Immobilienpreisen getriebenen Nachfrage des aktuellen Jahrzehnts. Dass die Krise auf diese Art und Weise und zu diesem Zeitpunkt stattfindet, liegt zum Großteil daran, dass die aktuelle Weltwirtschaft auf makroökonomischer Ebene nicht funktioniert.

Krisen sind nicht ganz vermeidbar

Weil Krisen tief gehende Ursachen haben, ist es schwer, etwas dagegen zu tun. Krisen vollständig zu vermeiden, würde letztlich das Ende der meisten Aktivitäten im Finanzsektor bedeuten. Finanzinnovationen würde es überhaupt nicht mehr geben. Wir können lediglich hoffen, dass wir es schaffen, die Häufigkeit und die Kosten von Krisen zu senken. Doch im aktuellen Fall sind die Kosten so astronomisch, dass wir definitiv handeln müssen.

Vor allem müssen wir erkennen, wie ungeheuer gefährlich die aktuelle Lage ist. Wenn wir es nicht schaffen, die Dynamik der Weltwirtschaft wiederherzustellen, könnte das Projekt Globalisierung scheitern – genau wie in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts und mit ebensolchen schrecklichen Folgen. Dabei ist die Globalisierung trotz all ihrer Schwächen die ermutigendste wirtschaftliche und politische Entwicklung unserer Zeit.

Wenn wir die Dynamik wiederherstellen wollen, müssen wir zwei Sorten Probleme lösen: mikroökonomische und makroökonomische. In beiden Bereichen sind Sofortmaßnahmen und Systemreformen nötig. Eines möchte ich bei der Präsentation meiner Vorschläge klarstellen: Wir können nicht zum klassischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts zurückkehren.

Sherlock Holmes hätte wohl gesagt: Ist das Unmögliche erst eliminiert, muss das, was übrig bleibt, so unwahrscheinlich es auch sein mag, wenn nicht die Wahrheit, dann doch wenigstens eine vernünftige Option sein. In unserem Fall ist diese Option marktfreundlicher Pragmatismus. Wir räumen auf, wir lernen daraus, und wir machen weiter. Wie sieht so ein Ansatz in der gegenwärtigen Situation aus?

Umschuldung und Regulierung

Zuerst müssen wir aufräumen. Volkswirtschaften mit einem hohen Ausgabenanteil erleben momentan eine Pleitewelle, denn die Einkommen sinken und das Vermögen verliert an Wert. In diesem Prozess scheint kein Ende in Sicht. Was wir schnellstmöglich brauchen, ist ein System der Umschuldung. Das Beste wäre eine sofortige Umwandlung von Schuldverpflichtungen in Beteiligungskapital, besonders im Finanzsektor. Die zweitbeste Lösung ist eine staatlich finanzierte Rekapitalisierung, bei der der Staat seinen einzigartigen Einfluss nutzt, um systemrelevante Finanzinstitute zu refinanzieren.

Die mittel- und langfristige Frage betrifft die Struktur der künftigen Regulierung. Optimistische Gegner einer schärferen Regulierung sagen, die Banken hätten ihre Lektion gelernt und würden sich künftig verantwortungsbewusster verhalten. Pessimistische Gegner fürchten, dass die Gesetzgeber eine Art „Sarbanes-Oxley Act“ hoch zwei schaffen. Das Gesetz, das der amerikanische Kongress 2002 nach dem Enron- und anderen Firmenskandalen verabschiedet hat, sei schon schlimm genug. Aber für die Banken komme es jetzt vielleicht noch schlimmer, heißt es in diesem Lager. Den Optimisten kann ich nur sagen: Träumt weiter! Den Pessimisten gebe ich zu bedenken: Ja, die Gefahr einer Überregulierung besteht, aber den aufsichtsrechtlichen Rahmen nicht zu verändern, ist unrealistisch.

Wenn Regulierung etwas bewirken soll, muss sie in allen Ländern alle systemrelevanten Institute und deren gesamte Bilanz abdecken. Sie muss sich auf Kapital, Liquidität und Transparenz konzentrieren und nicht zuletzt dafür sorgen, dass der Finanzsektor weniger prozyklisch wird. Wenn Regulierung funktionieren soll, muss sie darüber hinaus relativ einfach sein. Vor allem muss jetzt das im Bankensystem investierte Eigenkapital erhöht werden. Die aktuellen Verschuldungsgrade von 30 Prozent oder mehr sind in marktorientierten Instituten untragbar. Sie bieten den Finanzinstituten einen ungeheuren Anreiz, alles auf eine Karte zu setzen. Außerdem haben Manager, deren Gehalt nach oben an die Aktionärsrendite gekoppelt ist, ein umso stärkeres Interesse daran, mit den Bilanzen ihrer Institute ein riskantes Spiel zu treiben. Bei diesem System zocken Banken im Grunde mit dem Geld der Steuerzahler. Die Lösung liegt in einem deutlich geringeren Verschuldungsgrad der Banken. Ich habe vorgeschlagen, ihn auf 10:1 oder weniger zu reduzieren. Na-



türlich wäre das teurer und würde weniger Intermediation bedeuten. Aber das wäre sicher positiv.

Entschlossene Geldpolitik ist nötig

Werfen wir jetzt einen Blick auf den makroökonomischen Kontext, der in meinen Augen noch entscheidender ist. Unmittelbar nach der Krise wurde mit massiven geld- und fiskalpolitischen Anreizen reagiert. Ich weiß, das war in Deutschland umstritten. Aber ich kann mir nicht vorstellen, welche Alternative es dazu gegeben hätte. Angesichts der massiven Verschiebungen bei der privaten Sparquote im Verhältnis zum Einkommen in Ländern wie den USA oder Großbritannien, wo die Menschen traditionell viel ausgegeben hatten, wäre die weltweite Rezession noch schlimmer ausgefallen. Exportabhängige Volkswirtschaften wie Deutschland hätten darunter noch stärker gelitten, als es ohnehin der Fall war. Dennoch besteht kein Zweifel daran, dass für all diese Anreize eine Exit-Strategie nötig ist.

Zuerst müssen wir aber über eine längerfristige Reform der Geldpolitik nachdenken. Hier stellt sich die große Frage: Welche Rolle sollten die Vermögenspreise für die Geldpolitik spielen? Bisher war zumindest die Federal Reserve der Meinung, dass man Blasen im Voraus nicht erkennen kann, dass sich aber sehr wohl im Nachhinein die Folgen beseitigen lassen. Jetzt ist klar, dass beides falsch ist. Wenn sich Preise und Kurse weit von den Fundamentaldaten entfernen, lässt sich dies durchaus feststellen. Und im Nachhinein das Chaos aufzuräumen, ist schwierig, besonders wenn hohe Schulden angehäuft wurden.

Zumindest für mich scheint jetzt klar, dass es besser ist, sich gegen steigende Vermögenspreise zu stemmen, selbst wenn dies die Inflation deutlich unter das eigentlich angestrebte Niveau drückt. Schließlich ist Deflation in solch einem Fall keine Gefahr. Deflation folgt auf einen Einbruch, und je größer der Boom, desto größer der Einbruch. Die Bundesbank sieht das ähnlich, wenn ich sie richtig verstehe.

Unter Volkswirten und Zentralbankern herrscht jedoch zunehmend Einigkeit, dass die Lösung in einem zweiten Instrument liegt: einer sogenannten „makroprudentiellen Aufsicht“, bei der die Kapitalanforderungen angepasst und möglicherweise die Kreditrichtlinien auf antizyklische Art und Weise verschärft werden. Als Pragmatiker habe ich

gegen solche Ideen grundsätzlich nichts einzuwenden. Aber sie können meiner Ansicht nach niemals so wirkungsvoll sein wie eine entschlossene Geldpolitik.

Exportmächte Deutschland und China

Zum Schluss möchte ich noch auf das globale wirtschaftliche Umfeld eingehen, besonders auf die globalen makroökonomischen Ungleichgewichte. Deutschland und China haben in dieser Hinsicht vieles gemeinsam: Sie weisen die größten Leistungsbilanzüberschüsse auf – Deutschland kam 2008 auf 235 Milliarden Dollar, China auf 440 Milliarden Dollar –, und beide Länder sind Exportmächte. Deshalb haben beide Länder darunter gelitten, dass die Nachfrage seitens der überschuldeten Abnehmer ihrer Exportgüter eingebrochen ist. Und deshalb haben jetzt beide den Eindruck, unter den Problemen anderer zu leiden.

Auf der anderen Seite bestehen entscheidende Unterschiede zwischen Deutschland und China: Deutschland ist ein äußerst wettbewerbsfähiger globaler Güterproduzent, leider aber auch eine Regionalmacht, die ihr Geld seit 1999 mit ihren Nachbarn teilt. Das Problem ist, dass Deutschlands Überschüsse von den überwiegend privaten Ausgabenzügen der Nachbarn ausgeglichen wurden. Jetzt, wo die Kreditnehmer pleite sind, bricht in diesen Ländern die Inlandsnachfrage ein. Dies führt zu einer enormen Ausweitung der Staatsdefizite und erhöht den Druck auf die Europäische Zentralbank, die Geldpolitik zu lockern.

Deutschland ist Europas Schlüsselwirtschaft. Aber China ist eine angehende Supermacht. Ohne es zu wollen, hat das Land bereits jetzt die Weltwirtschaft erschüttert. Diesen dynamischen Koloss in die Weltwirtschaft einzugliedern, erfordert enorme Anpassungen. In Gesprächen über einen Ausweg aus der Krise zeigt sich das bereits.

Das dominierende Merkmal der heutigen Wirtschaft ist die Tatsache, dass die privaten Kreditnehmer, um es deutlich zu sagen, pleite sind. Die Zentralbanken müssen, um die Ausgaben zu stützen, zur von Frau *Merkel* so skeptisch beurteilten expansiven Geldpolitik greifen, und die Regierungen müssen massiv Geld ausgeben, um die gewollt höhere Sparquote des Privatsektors auszugleichen. Entscheidend dabei ist – und ich fürchte, das ist eine keynes-

ianische Lehre –, dass die Finanzen des Staates und die des privaten Sektors nicht voneinander unabhängig sind. Wenn der Privatsektor einen Überschuss anhäuft, zwingt das den Staat ins Defizit. Das Besondere an Deutschland ist, dass der Staat hohe Schulden machen musste, weil die Privatsektoren anderer Länder angefangen haben, Überschüsse anzulegen. Das ist das Los exportabhängiger Volkswirtschaften in einer globalisierten Weltwirtschaft.

Heute strebt Deutschland nach Geldwertstabilität, während China verzweifelt versucht, den Wert seines Auslandsvermögens stabil zu halten. Diese Absichten sind nachvollziehbar. Aber dafür müssten die Schuldnerländer ihre Volkswirtschaften ohne neue verschwenderische Privatkredite und ohne einen unbestimmten Anstieg der Staatsverschuldung stabilisieren. Beides würde nämlich letztlich zu Zahlungsunfähigkeit, Inflation oder beidem führen und somit zu Verlusten für die Gläubiger. Die einzige Alternative besteht darin, dass sich die Schuldner ihren Ausstieg verdienen. Auf nationaler Ebene ist das gleichbedeutend mit einer deutlichen Steigerung der Nettoexporte. Doch wenn die Schuldnerländer das in einer lebhaften Weltwirtschaft erreichen wollen, müssen die Überschussländer ihre Nachfrage im Verhältnis zum Angebot deutlich ausweiten.

Das gilt für China. Und das gilt, so fürchte ich, auch für Deutschland. Die Lage ist sogar noch schlimmer: Wenn Länder, die heute unter hohen Staatsdefiziten und enormen privaten Sparüberschüssen leiden, nicht mehr über Exporte einen Ausgleich schaffen können, müssen sie, wenn dem Staat das Geld ausgeht, entweder anhaltende Rezessionen in Kauf nehmen oder zu Protektionismus greifen. Gibt es wirklich jemanden, der Letzteres für undenkbar hält? Wenn die USA in einer anhaltenden Rezession stecken – ohne erkennbaren Ausweg –, dann sicher nicht. Angebot und Nachfrage weltweit auszugleichen ist, wie *Keynes* gesagt hätte, keine Option, sondern in unserer misslichen Lage eine Notwendigkeit.

Überschussländer können nicht sowohl ein wertstabiles Auslandsvermögen als auch hohe Überschüsse haben. Sie müssen sich entscheiden. Das mag unfair erscheinen. Aber wer hat gesagt, das Leben sei fair?

Was, wenn wir scheitern?

Diejenigen, die nicht aus der Geschichte lernen, sind dazu verdammt, sie zu wiederholen. Der aktuelle gigantische Schock, der am Ende einer langen Serie massiver Finanzkrisen steht, ist für uns alle eine Warnung. Die Gefahr, dass das globale System zusammenbricht, ist groß.

Das wiederholte Versagen des Finanzsystems ist das stärkste Argument gegen die Globalisierung und den Kapitalismus. Es ist unmöglich, normale Menschen von den Vorzügen eines Systems zu überzeugen, das riesige Gehälter und destabilisierende Krisen hervorbringt. Niemand sollte davon ausgehen, dass das Spiel ewig so weitergehen kann.

Ich schlage ein Programm mit radikalen marktfreundlichen Reformen vor: einen schnellen und schonungslosen Insolvenzprozess für gescheiterte Institute; eine neue Struktur für das Finanzsystem; eine neue Geldpolitik, die die Vermögenspreise berücksichtigt und durch eine antizyklische makroprudentielle Aufsicht unterstützt wird; und eine ausgewogenere Weltwirtschaft mit gleichzeitig stattfindenden Reformen internationaler Finanzinstitute.

Für diejenigen von uns, die die Geburt der offenen Weltwirtschaft gefeiert haben, ist die aktuelle Krise ein Schock. Ich hatte zwar ernste Schwierigkeiten erwartet, aber der Zusammenbruch des Finanzsystems, wie wir ihn erlebt haben, hat mich verblüfft. Wir stehen vor einer enormen Herausforderung. Wenn wir sie nicht meistern, kehren wir zurück zu Protektionismus, Nationalismus und weitreichenden staatlichen Interventionen. Das hat es schon einmal gegeben. Und das kann uns wieder blühen. Dieses Horrorszenario müssen wir mit aller Kraft verhindern.² ■

² Martin Wolf hat den Vortrag in englischer Sprache gehalten. Die vorliegende Übersetzung wurde von Manfred Schnitzlein besorgt.

ORIENTIERUNGEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND GESELLSCHAFTSPOLITIK

121

Impressum

Herausgeber

Anschrift
Telefon
Telefax
E-Mail
Internet

Ludwig-Erhard-Stiftung e. V.
Johanniterstraße 8, 53113 Bonn
02 28 / 5 39 88-0
02 28 / 5 39 88-49
info@ludwig-erhard-stiftung.de
www.ludwig-erhard-stiftung.de

Bankverbindung

Deutsche Bank AG Bonn, Konto-Nr.: 0272005, BLZ 38070059

Redaktion

Dipl.-Volksw. Berthold Barth
Dipl.-Volksw. Natalie Furjan
Dipl.-Volksw. Lars Vogel

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Heinz Gebhardt
Dr. Rainer Hillebrand
Dr. Rainer Kambeck
Prof. William E. Paterson
Dr. Philip Plickert
Prof. Dr. Christoph M. Schmidt
Prof. Dr. Manfred Spieker
Prof. Dr. Henrik Uterwedde

Foto auf Seite 41: mit freundlicher Genehmigung des Walter Eucken Instituts

Graphische Konzeption

Werner Steffens, Düsseldorf

Druck und Herstellung

Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel

Vertrieb

Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft mbH, Gerokstraße 51,
70184 Stuttgart, Telefax: 0711 / 24 20 88

ISSN

0724-5246

Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 121 – September 2009.
Die Orientierungen erscheinen vierteljährlich. Alle Beiträge in den Orientierungen
sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck und Vervielfältigung bedürfen der
Genehmigung der Redaktion. Namensartikel geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion bzw. des Herausgebers wieder.

Simipusau